

# Zürcher Journalistenpreis 18

Peter Studer  
Preis für das Gesamtwerk

Barbara Klingbacher  
Der letzte Gang

Christian Keller  
Neue Spur zu Schweizerhalle-Brand

Oliver Zihlmann, Catherine Boss,  
Christian Brönnimann, Alexandre Haederli,  
Julie Jeannet, Marie Parvex,  
Mario Stäuble, Hannes von Wyl  
Paradise Papers (Serie)

William Stern  
Newcomer-Preis

# Der Zürcher Journalistenpreis

Es gibt nicht wenige Medienpreise in der Schweiz. Kaum einer aber hat eine so lange Tradition wie der Zürcher Journalistenpreis, den der Zürcher Presseverein (ZPV) ins Leben rief und 1981 erstmals verliehen hat. Trägerin ist heute die Stiftung Zürcher Journalistenpreis. Ihr Zweck ist es, über die Ausschreibung und Vergabe eines Preises einen Beitrag zur Förderung der journalistischen Qualität zu leisten. Die Prämierung von herausragenden Arbeiten soll Journalistinnen und Journalisten ermutigen, ihre unter immer anspruchsvolleren Bedingungen zu leistende Aufgabe inhaltlich wie auch stilistisch auf hohem Niveau zu meistern und journalistische Werke zu schaffen, die über den Tag hinaus in Erinnerung bleiben. Eine unabhängige, siebenköpfige Jury aus Journalisten und Publizisten begutachtet die eingereichten Arbeiten, die in Produkten von Medienunternehmen in der Deutschschweiz erschienen sind. Die Auswahl erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. Seit diesem Jahr vergibt die Jury auch einen Preis für Newcomer. Namhafte Spender und Sponsoren finanzieren die Preise.

## Preisträger 2018

---

### Peter Studer

Preis für das Gesamtwerk 7

---

### Barbara Klingbacher

Der letzte Gang 17

---

### Christian Keller

Neue Spur zu Schweizerhalle-Brand 21

---

### Oliver Zihlmann, Catherine Boss, Christian Brönnimann, Alexandre Haederli, Julie Jeannet, Marie Parvex, Mario Stäuble, Hannes von Wyl

Paradise Papers (Serie) 29

---

### William Stern

Newcomer-Preis 21

# Die Schweiz ist nicht nur Zürich

## Grussadresse des Präsidenten



Das Klagen in der Branche über fehlende digitale Geschäftsmodelle, über Rückgänge in den Leser- und den Werbemärkten, über verkleinerte Redaktionen, über Zeitungsfusionen, welche die Vielfalt zu schmälern drohen und über alle Arten von redaktionellen Mantelkonzepten ist allgegenwärtig. Man könnte meinen, die mediale Schweiz danke kollektiv ab, das Ende sei nahe.

Interessanterweise erleben wir aber genau in dieser herbeigeredeten oder herbeigeschriebenen Krisenzeit einen eigentlichen Hype an gutem Journalismus. Die Ausweitung des Zürcher Journalistenpreises auf die gesamte Deutschschweiz hat nicht bloss zu ein paar zusätzlichen Einsendungen geführt, sondern einen regelrechten Boom ausgelöst. Für das Jahr 2017 wurden doppelt so viele Arbeiten eingereicht als in früheren Jahren! Darunter einige Trouvaillen ausserhalb von Zürich, was zeigt, dass es höchste Zeit war, allen journalistischen Talenten auch abseits des zürcherischen Medienkuchens eine Chance zu geben. Folgerichtig gehen dieses Jahr zwei von vier Preisen an Journalistinnen und Journalisten von nicht-zürcherischen Medien. Seit diesem Jahr arbeitet der Zürcher Journalistenpreis auch mit dem Verein «Junge Journalisten Schweiz» zusammen und richtet zusammen mit dieser engagierten Gruppe den Newcomer-Preis aus. Wer sagt da noch, Journalismus habe keine Zukunft mehr...?

Das Preisspektrum in diesem Jahr ist breit. Der Newcomer-Preis wird für ein aussergewöhnliches Porträt eines Rentners ausgerichtet, der im Alleingang für ein Burkaverbot weibelt. Die Serie zu den «Paradise Papers», die zu einigen Enthüllungen führte, eine aufsehenerregende Recherche über eine neue Spur im Basler Schweizerhalle-Brand und eine ungewöhnliche Reportage über das Schlachten von Gänsen, den Aufstieg des Fleisches und die Verdrängung des Tötens bilden die Gruppe der ausgezeichneten Arbeiten. Für mich besonders erfreulich ist die Verleihung des Preises für das Gesamtwerk an Peter Studer, der als Journalist, Ausbilder und juristisches Gewissen für die Schweizer Medien eine wegweisende Instanz war und ist.

*Andrea Masüger*  
Präsident Stiftung Zürcher Journalistenpreis

### Stiftungsrat

.....  
*Andrea Masüger (Präsident)*

CEO Somedia

.....  
*Kaspar Loeb*

Kommunikationsberater

.....  
*Riccarda Mecklenburg*

Dozentin und Publizistin

.....  
*Rainer Stadler*

NZZ

### Geschäftsführung

.....  
*Brigitte Becker*

### Jury

.....  
*Hannes Britschgi (Präsident)*

Ringier

.....  
*Susan Boos*

WOZ Die Wochenzeitung

.....  
*Hansi Voigt*

Journalist

.....  
*Lisa Feldmann*

Autorin

.....  
*Alain Zucker*

NZZ am Sonntag

.....  
*Nina Jecker*

Basler Zeitung

.....  
*Stefan von Bergen*

Berner Zeitung

# Die Jury

## Hannes Britschgi

(Präsident)

---



Hannes Britschgi, 1955, aus Obwalden, studierte an der juristischen Fakultät Bern und machte 1984 das Berner Anwaltspatent. Seit über 30 ist er Journalist. Zuerst beim Schweizer Fernsehen: «Karussell», «Max», «Kassensturz», «Rundschau». Für seine «Rundschau»-Interviews erhielt er den «Telepreis 1997». 2001 wechselte er als Chefredaktor zum Schweizer Nachrichtenmagazin «FACTS». 2005 übernahm er die Programmleitung von «Ringier TV». 2008 wurde er «SonntagsBlick»-Chefredaktor. Seit 2011 leitet er die Ringier Journalistenschule.

## Susan Boos



Susan Boos ist 1963 in Zürich geboren und danach in St. Gallen aufgewachsen. Nach der Ausbildung zur Primarlehrerin im Seminar Rorschach stieg sie 1984 bei der «Ostschweizer AZ» in den Journalismus ein und studierte gleichzeitig an der Universität Zürich Ethnologie, Politologie und Publizistik. 1989 wurde sie Redaktorin der «Ostschweizer AZ» und wechselte 1991 als Redaktorin zur «WOZ Die Wochenzeitung»; von 2005 bis Ende 2017 war Boos in der Redaktionsleitung. Sie hat verschiedene Bücher publiziert, darunter «Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAU», das im März 2011 im Rotpunktverlag erschienen ist.

## Hansi Voigt



Hansi Voigt (49) war von Oktober 2007 bis Dezember 2012 Chefredaktor von 20 Minuten Online. In dieser Zeit entwickelte sich das Online-Angebot der Gratiszeitung zum grössten Newsportal der

Schweiz. Vorher war er beim «Beobachter» tätig und davor lange Jahre, unter anderem als Blattmacher, bei der Wirtschaftszeitung «Cash». 2006 wurde Voigt gemeinsam mit Ursula Gabathuler für einen Artikel im «Beobachter» zum Thema Armut mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet. Im Jahr 2012 wurde er vom Fachmagazin «Schweizer Journalist» zum «Chefredaktor des Jahres» gewählt. Voigt hat seit seinem Weggang von 20 Minuten Online verschiedene Beratermandate in der Schweiz und in Deutschland angenommen und sieht im digitalen Wandel vor allem viele Chancen für Journalisten und den Journalismus. Er hat 2013 das Newsportal Watson gegründet und gemeinsam mit Peter Wanner, dem Verleger der AZ Medien, lanciert. Nach der dreijährigen Aufbauphase hat er vor Kurzem die Geschäftsführung an Michael Wanner übergeben und ist offen für Neues ...

## Lisa Feldmann



Lisa Feldmann, geboren 1958 in Plettenberg, hat nach ihrem Studium der Germanistik und Anglistik (Magister) eine journalistische Laufbahn eingeschlagen, die beim «Stern» begann

und rasch Richtung Lifestyle, Mode und Frauenthemen weiterführte. Sie war in der Chefredaktion von «Elle», danach Chefredaktorin der «Cosmopolitan». Anschliessend leitete sie die Special-Redaktion des Magazins der «Süddeutschen Zeitung». Seit 2002 lebt Lisa Feldmann in der Schweiz und ist inzwischen auch Schweizerin. Ihre journalistischen Stationen hier: Mode-Berichterstattung im Lifestyle-Bund der «Sonntagszeitung», Chefredaktorin der «Anabelle» (2004–2013). Im Sommer 2013 ging sie als Chefredaktorin zu Interview. Seit Sommer 2015 brachte sie die deutsche Ausgabe der französischen Zeitschrift «L'Officiel» an den Start, die sie als Gründungs-Chefredaktorin für zwei Jahre leitete. Seit Sommer 2017 arbeitet sie an verschiedenen Projekten in der Schweiz – konzipierend, beratend – aber auch als Autorin: für die NZZ, die ZEIT und den Suhrkamp Verlag.

## Alain Zucker



1967 in Zürich geboren. Studium der Geschichte und Volkswirtschaft an der Universität Zürich und der Washington University in St. Louis, USA. Absolvent des Journalismus-Diplomkurses am Me-

dienausbildungszentrum in Luzern. 1996 Einstieg bei der «Weltwoche», erst als Wirtschaftsredaktor, Leiter der Reporter und schliesslich als Leiter der Wirtschaftsredaktion. 2003 der Wechsel zu «Das Magazin» und «Bilanz» als Autor. Ab Anfang 2005 USA-Korrespondent der «Weltwoche» und mehrerer Zeitschriften aus dem ganzen deutschsprachigen Raum. Sommer 2008 Rückkehr in die Schweiz zum «Tages-Anzeiger» als Leiter Hintergrund und Nachrichtenchef, ab 2013 Mitglied der Chefredaktion. Seit September 2016 ist Alain Zucker Blattmacher und Mitglied der Chefredaktion der «NZZ am Sonntag».

## Nina Jecker



Nina Jecker, geboren 1981 in Basel, arbeitet als Redaktorin und Kolumnistin bei der «Basler Zeitung». Zum Journalismus kam sie während des Jura-Studiums als freie Mitarbeiterin der «Neuen

Fricktaler Zeitung». Jecker fand grossen Gefallen am Schreiben und entschied sich nach dem Vorlizentiat, eine Auszeit vom Studium zu nehmen und 2006 ein journalistisches Praktikum bei «20 Minuten» in Bern zu absolvieren. Nach einem halben Jahr konnte Jecker als Redaktorin im Team bleiben, weitere drei Jahre später übernahm sie die Leitung der Berner Lokalredaktion von «20 Minuten». Es folgte 2012 ein Wechsel zur «Basler Zeitung», wo Jecker als stellvertretende Leiterin der Lokalredaktion tätig war. Ein Jahr später kam es erneut zum Wechsel zu «20 Minuten», um auf der neuen, konvergenten Redaktion in Zürich als Reporterin im Einsatz zu sein. Seit 2014 ist Jecker erneut in Basel für die «BaZ» tätig, zuerst als Ressortleiterin Lokales, seit der Geburt des ersten Sohnes 2016 als Redaktorin für Gesellschaftsthemen, Gerichtsprozesse und Lokales.

## Stefan von Bergen



Stefan von Bergen, 1960 in Bern geboren, studierte deutsche Literatur und Geschichte an den Universitäten Bern und Wien, zudem erwarb er das Gymnasiallehrerdiplom. 1990 stieg er nach einer

achtmonatigen Weltreise in den Journalismus ein, erst als Lokalredaktor, dann als Kulturredaktor der «Berner Zeitung BZ». Ab 2001 baute er den Samstags-Hintergrundteil «Zeitpunkt» der BZ auf, den er leitete. 2002 gewann er den BZ-Preis für Lokaljournalismus (heute: Swiss Press Award.) für ein Porträt des Boxers Enrico Scacchia. Seit 2009 schreibt er auch regelmässig für die Schweiz-Seiten von «Die Zeit». 2011 gewann er den Tamedia-Förderpreis für eine Beitragsreihe im BZ-«Zeitpunkt» über die Lage des Kantons Bern. Daraus erwuchs das Buch «Wie viel Bern braucht die Schweiz?» (Stämpfli-Verlag), das er 2012 als Co-Autor publizierte. Heute ist er bei der BZ Coach der Praktikanten und Volontäre sowie Hintergrundredaktor im Ressort Kanton Bern.



Der  
**Zürcher Journalistenpreis 2018**

wird  
**Peter Studer**  
für das  
**Gesamtwerk**

verliehen.  
Zürich, 15. Mai 2018

Die Jury:



Hansi Voigt



Hannes Britschgi



Susan Boos



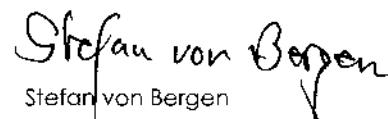
Lisa Feldmann



Alain Zucker

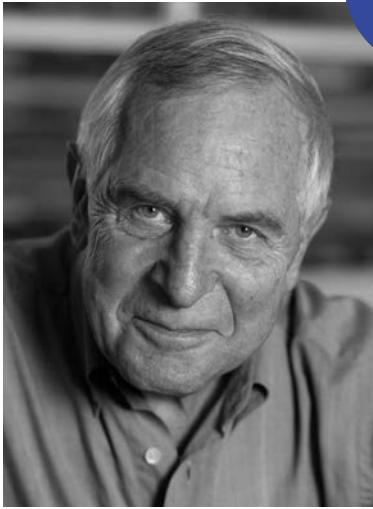


Nina Jecker



Stefan von Bergen





## Peter Studer

Jahrgang 1935, wuchs in Luzern auf, studierte Jurisprudenz, doktorierte und machte das Luzerner Anwaltspatent. Auf die juristische Ausbildung folgte ein Berufsleben im Journalismus. Nach zwei Jahren bei der kongolesischen Tageszeitung «Le Progrès» begann 1964 Studers Vierteljahrhundert beim «Tages-Anzeiger». Die Stationen waren: Jungreporter im Ressort Ausland, USA-Korrespondent in Washington, Bundeshausredaktor in Bern. 1978 machte ihn Verleger Otto Coninx zum Chefredaktor. 1987 stieg er in die Geschäftsleitung auf. Dann wechselte er zum Schweizer Fernsehen, wo er Formate wie «10vor10», «Sternstunde» und «Arena» einführte. Nach seiner Pensionierung 1999 schrieb er mehrere Handbücher zum Medien- und Kunstrecht. 2001 wurde er Präsident des Schweizerischen Presserats. Die Universität St. Gallen verlieh ihm 2005 die Ehrendoktorwürde. 2007 übernahm er für fünf Jahre das Präsidium des Schweizer Kunstvereins. Vor zwei Jahren lancierte er mit Gleichgesinnten die «Aktion dringender Aufruf» gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP.

Laudatio für Peter Studer  
von *Hannes Britschgi*

Heute packen wir die Gelegenheit für eine längst verdiente Ehrung und für einen überfälligen Dank.

Wir zeichnen den geschätzten Berufskollegen Peter Studer aus, der vielen von uns in der einen oder anderen Art ein treuer Begleiter war. Mit fast schon väterlichem Rat, mit aufmunternder Unterstützung und ebenso zuverlässig in gesund kritischer Distanz zu unseren Arbeiten. Akribisch bis in jedes Detail klopfte Studer unsere Recherchen, Porträts und Interviews ab, verlor aber nie den Blick aufs Ganze. Und im Grundsätzlichen konnten wir ihm blind vertrauen. Der durch die Nachwehen des Luzerner Kulturkampfes, Katholisch-Konservative gegen Freisinnig-Radikale, sensibilisierte Studer verteidigte aus tiefster, liberaler Überzeugung den Journalismus gegen alle seine Anfeindungen. Es gibt kaum eine medienethische Diskussion ohne engagierte Wortmeldung von ihm. Analytisch präzise durchdringt sein juristisch geschulter Intellekt jede noch so verzwickte Streitfrage. Seine Autorität als Publizist und Medienrechtler bleibt unbestritten.

Peter Studer, dieser ruhig und überlegt auftretende Kollege, hat eine bewegte, teilweise fast schon abenteuerliche Karriere erlebt. Er berichtete über den Watergate-Skandal aus nächster Nähe. Den «Tages-Anzeiger» dirigierte er durch dessen wildeste Zeiten. Uner-schrocken stellte er sich dort einer schwierigen Kampfwahl. Und sein Freund, der Schriftsteller Nikolaus Meienberg, verewigte ihn wenig schmeichelhaft in der Schweizer Literaturgeschichte.

Wie hat Peter Studer stets seine Spur halten können? Antwort: dank klugem Kopf, liberalem Kompass und einem Kämpferherz.

Wären Sie mit 27 Hals über Kopf als Schatten-Chefredaktor zur kongolesischen Tageszeitung «Le Progrès» nach Kinshasa aufgebrochen?

Hätten Sie als embedded junior reporter an der Front im Vietnamkrieg einem amerikanischen Leutnant vorgeschlagen, mit seinen Soldaten besser in breiter Formation vorzurücken statt im Gänsemarsch?

Wären Sie als Luzerner Liberaler aus gutbürgerlichem Haus in die Hearings der Chefredaktorenwahl der linken «Tages-Anzeiger»-Redaktion gegangen?

Oder hätten Sie sich – als Chefredaktor mit null Ahnung von TV – ausgerechnet beim Schweizer Fernsehen beworben?

Eben! Peter Studer hat sich und anderen viel zugemutet.

Seine Eltern hatten einen anderen Lebensentwurf für ihren Erstgeborenen. Peter sollte in Luzern die Studersche Ärztdynastie fortführen. Peter aber war ein Wortmensch – der Literatur, Kunst und Politik zugetan. Der Kompromiss mit seinen Eltern war ein Jus-Studium inklusive Doktorat und Rechtsanwaltpatent.

Seine Berufung lag im Journalismus. Im Schaufenster stand er als Chefredaktor des «Tages-Anzeigers». Kaum war er im Amt, brannte Zürich. Es war die Zeit der Jugendunruhen. Studer hielt liberalen Kurs. In seinen Leitartikeln verlangte er von den Jugendlichen, gewaltlos zu politisieren, und von den Polizisten, sich strikte an die Rechtsstaatlichkeit zu halten. Die linken Tagi-Redaktoren schimpften ihn deshalb einen «Versöhner». Der bürgerliche Direktionspräsident Heinrich Hächler forderte ihn auf, die linken Journalisten rauszuschmeissen. Studer stellte sich quer. Lieber hätte er die Faulen entlassen.

Zu allem Ärger kamen noch die Querelen mit seinem Freund Niklaus Meienberg. Der so begnadete wie bissige Schreiber berichtete

damals aus Paris. Studer hatte die Nerven, seine Artikel zu redigieren, die grössten Polemiken aus den Texten zu streichen. Wer Meienberg kennt, weiss, was das bedeutete. Eines Tages verfügte dann auch noch Verleger Otto Coninx ein Schreibverbot gegen Meienberg, obwohl ihn Studer davon abzubringen versuchte. Der Geschasste fackelte nicht lange und rächte sich an Peter Studer, den er fortan nur noch «Steter Puder» nannte.

Nach 25 Jahren «Tages-Anzeiger» wechselte Peter Studer 1989 zum Schweizer Fernsehen. Dem «linken» Direktor Peter Schellenberg kam der liberale Studer gerade recht. Der Quer-einsteiger überzeugte am Leutschenbach mit Ideen und Führungskultur. Er hatte keine Lieblinge, sondern Prinzipien. Er suchte immer Lösungen, die allen gerecht wurden. Das konnte schon mal nerven. Verlangte einer eine Lohnerhöhung, löste Studer im HR sofort eine Due-Diligence-Prüfung aus, damit er das Lohngesuch schliesslich nach objektiven Kriterien ablehnen konnte. Seine Innovationen sind noch heute Programmsäulen: «TOVOTTO», «Sternstunde» und «Arena».

Nach seinem Rücktritt vom Fernsehen wurde er, gegen die Stimmen der Gewerkschaften, zum Präsidenten des Schweizerischen Presse-rats gewählt. Unermüdlich warb er um die Verleger, bis sie sich schliesslich an der Träger-schaft beteiligten. Sein Engagement im medienethischen Diskurs der Schweiz über-setzte er in Standardwerke wie: «Medienrecht für die Praxis», «So arbeiten Journalisten fair» und «Kunstrecht». 2005 verlieh ihm die Universität St. Gallen die Ehrendoktorwürde.

Nach sieben Jahren Presserat hatte Peter Studer genug. Schliesslich gab es ein Leben nach dem Journalismus. Mit seiner Frau Margaret Walsh, Journalistin beim «The Wall Street Journal», hat er ein Leben lang Kunst gesammelt. Studer übernahm das Präsidium des Schweizer Kunstvereins.

Mit 80, noch kein bisschen altersmilde, stürzte sich Studer in eine politische Schlacht. Er wollte, ja er musste etwas gegen die Durchsetzungsinitiative der SVP unternehmen. Mit Gleichgesinnten gründete er die «Aktion Dringender Aufruf». In wenigen Wochen kamen für den Schlusspurt eine Million Franken

Spenden zusammen. Am Abstimmungssonntag gehörte er zu den Siegern.

Bald wird er sich einer historischen Recherche über Ludwig Pfyffer von Altishofen zuwenden. Der Luzerner Söldnerführer rettete 1567 den französischen König vor hugenottischen Ent-führungsversuchen. Ein Fall für Studer.

Das Erscheinungsdatum dieser Arbeit ist noch unbekannt. Aber wir dürfen ihm heute schon einen Projektkredit von 10'000 Franken über-reichen.

Peter Studer, wir gratulieren herzlich zum Gesamtwerkpreis!

# Haben die Medien «Vietnam verloren»?

Erschienen am 4. Mai 2000

Die Berichterstattung während des Vietnamkrieges veränderte die Wahrnehmung der Medien.

Ein Zeitzeuge nimmt Stellung.

Von Peter Studer

«Zum ersten Mal in der Geschichte wurde der Ausgang eines Krieges nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Fernsehschirm entschieden», folgerte der amerikanische Medienhistoriker Robert Elegant. Starke Worte im Nachhinein über den Vietnamkrieg. Der Satz geisterte damals wie heute, von den Konservativen begeistert paraphrasiert, als eine Art Dolchstosslegende durch die Diskussion. In den letzten Wochen las man ihn wieder – im Gedenken an den Fall Saigons (1975). Das macht ihn noch nicht richtig.

Ein Blick zurück: Saigon, August 1967. – Mit einem Auftragsbrief des damaligen TA-Chefredaktors Walter Stutzer stellte ich mich auf dem Presse- und Reisebüro der amerikanischen Streitkräfte vor. «Wohin möchten Sie denn?», fragte der freundliche Offizier. «Nach Danang fliegen, von dort in einen vorge-schobenen Stützpunkt, und einige Tage alles mitmachen – Patrouillen, Ausbildung, Freizeit.» «No problem.»

Ich erhielt einen amtlichen Ausweis, der mich zum Major beförderte – «damit erhalten Sie Kost und Logis in der Offiziersmesse». Und Whisky natürlich, gegen Dollars. Der Feldweibel, der mich in Danang erwartete, führte mich zuerst auf den Schwarzmarkt, wo er mich Fallschirmstiefel, Panzerweste und Helm kaufen hiess. «. . . damit die Scharfschützen des Vietcong Sie nicht als bunten Vogel aus der Patrouille schiessen», quittierte er mein Staunen.

## Dabei sein ohne Behinderung

Camp 21 sass auf dem schwer befestigten Raketen-gürtel, der Danang in einem Radius von elf Kilometern umgab, um den Vietcong an Feuerüberfällen zu hindern. Ich konnte überall dabei sein. Später sass ich in Briefings bei CIA-Spezialisten («keine Namen, bitte»), begleitete Zivilberater zur politischen Arbeit in den Dörfern, unterhielt mich mit vietnamesischen Lehrern, besuchte alte französische Missionare; bei ihnen lernte ich übrigens



Vietnamkrieg 1965

KEYSTONE/Horst Faas

am meisten über die Lage der Landbevölkerung. Niemand behinderte mich.

Zwar ist die amerikanische Gesellschaft weit offen. Aber so offen, mitten im Krieg? Nun, es war eben kein erklärter Krieg, sondern eine Hilfsaktion zu Gunsten des reichlich fiktiven demokratischen Staates Südvietnam. Die Amerikaner bezeichneten sich als Gäste; Zensur wäre – so glaubten drei amerikanische Präsidenten – ein Schwächezeichen. Während Jahren zahlte sich das aus.

## Zwei Journalistentypen

Unter der zunehmenden Zahl von Medienleuten in Südvietnam gab es zwei Gruppen. Da waren Agenturjournalisten und ausländische Durchreisende, die am täglichen Briefing im Hauptquartier eher buchhalterisches Zahlenmaterial abholten: Wie viele Vietcongs wurden getötet? Welche Bezirke und Provinzen sind sicher?

Und da waren die «Old Hands» einiger grosser Zeitungen und Magazine; ihr Ehrgeiz galt den Hintergrundartikeln. Unter ihnen etwa David Halberstam von der «New York Times», dessen Storys faktengetreu, aber auch voller unangenehmer Fragen daher kamen. Diese Fragen wollten nicht zu den Antworten passen, mit denen uns krampfhaft optimistische PR-Offiziere überschütteten. Vergeblich hatte Präsident Kennedy versucht, den Verleger der «New York

Times» zu einer Versetzung Halberstams zu überreden.

Eine Rolle für sich spielte das Fernsehen. Die privaten Landessender CBS und NBC hatten die Länge ihrer Abendnachrichten soeben verdoppelt; Fernsehinformation war in. Aber es gab noch keine Satellitenverbindungen mit der Verlockung des «instant war reporting». Die Kameracrews spedierte ihre neutral oder patriotisch-positiv betexteten Filmrollen per Luftfracht in die New Yorker Studios. Banale Lageübersichten zumeist; «magic moments», die sich unauslöschlich einprägten, waren selten. Mir ist in Erinnerung: Der Brand des Dorfes Cam Nhe, den Marines ganz bei-läufig mit ihren Zigarettenanzündern an den Schilfdächern entfachten.

Dann zeichnete sich eine Wasserscheide ab. Unerwartet hatten Nordvietnam und Vietcong die Tet-Neujahrsoffensive ausgelöst (1968). Unglaublich, was die Bilder jetzt zeigten: Überraschungsangriffe quer durch Südvietnam, auch in angeblich längst befriedeten Gebieten; die alte Kaiserstadt Hue während Wochen erobert; die amerikanische Botschaft in Saigon von Guerilla-Kommandos berannt. Eines der «magic pictures»: Vor dem eingäscherten Städtchen Ben Tre sagte ein Hauptmann mit Tränen in den Augen, er habe es zerstören müssen, um es zu retten. Es gibt eben Wahrheiten, die sich in Symbolen und Anekdoten mitteilen.



Vietnamkrieg 1965

KEYSTONE/Horst Faas

### Macht der Bilder

Möglich, dass die Offensive im Hinblick auf ihr Medienecho am Anfang des US-Wahljahrs entfesselt worden war. Wahrscheinlich, dass der Vietcong dabei den Grossteil seiner südvietnamesischen Kader verlor, was sich allerdings erst sieben Jahre später bei der Eroberung Südviets durch Nordvietnam auswirken sollte. Wichtiger war die Macht der Bilder, weil sie jahrelange Siegherwerbungen widerlegte.

Und innenpolitisch sprach einer den Fluch: Walter Cronkite, Onkel Walter, der ruhige, ungemein respektierte Chefkommentator von CBS. «Jetzt bleibt nur eines», sagte er nach seiner Rückkehr in die Kamera, «über unsern Weg aus Vietnam heraus verhandeln – aber nicht als Sieger.» «Ich habe Walter verloren», stöhnte Präsident Johnson. . . . und mit ihm middle America. Kurz darauf gab Johnson bekannt, er ziehe sich aus der Politik zurück.

Dennoch – an der Heimatfront wirkten die Tet-Bilder nur als ein Faktor neben andern. Die junge Generation samt ihren Angehörigen

und Lehrern war schockiert von der Aussicht, Kanonenfutter zu werden in einem fernen, unverständlichen Krieg. Je mehr GIs ab 1965 eingezogen wurden (und ein Jahr später mit Horrorstories zurückkehrten), desto deutlicher die Trendwende. Am braven christlichen College von Macalester in Minnesota habe ich das selber überdeutlich miterlebt. Lyndon Johnsons grosse Sozialreformen kamen knirschend zum Stillstand. Die jungen Schwarzen reagierten mit Bitterkeit; Rassenunruhen nahmen zu. Antikriegsdemonstrationen noch nie gesehenen Ausmasses überfluteten Washingtons Paradestrassen – allerdings nur, bis Präsident Nixon ab 1969 die US-Bestände in Vietnam gestaffelt reduzierte.

### Vertrauliches publiziert

Verspätet schlug Seymour Hershs Zeitungsrecherche über das Massaker von Mylai ein wie eine Bombe (Ende 1969). Einer nach dem andern wendeten sich die Kirchenführer ab. Ab 1971 publizierten die «New York Times»

mit dem Segen des Obersten Gerichts die vertraulichen Pentagon Papers – Beleg dafür, dass die Vietnamstrategen seit 20 Jahren im Nebel herumstocherten. Und der Kongress, der die Zügel jahrelang hatte schleifen lassen, strich dem Präsidenten, der sich ab 1972 überdies in den Watergate-Skandal verstrickte, kurzerhand das Vietnambudget.

Als nordvietnamesische Divisionen 1975 in Saigon einzogen, waren keine amerikanischen Truppen mehr dort. Längst hatte die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Südostasienpolitik den Nullpunkt unterschritten. Zeitungskommentare und Fernsehbilder aus Vietnam trugen zur Erosion bei; aber sie waren Medium, nicht Ursache.

# «Arena» als Bildschirm-Landsgemeinde

Erschienen am 6. Mai 1994

Plädoyer für eine wichtige Sendung des Fernsehens DRS.

Von Peter Studer

Der Erfolg gibt den Machern recht: Nach längerem Pröbeln ist es dem Schweizer Fernsehen DRS gelungen, eine politische Diskussionsendung zu programmieren, die beim Publikum ankommt. «Arena» hat sich zur Referenzsendung entwickelt, von der man in der «Classe politique», aber auch am Familientisch spricht. Besonderen Zuspruch haben «Arena»-Ausgaben, in denen Bundesräte antreten. Gegenüber der früheren «Freitagsrunde», in der sich ein älterer Moderator (ich war einer von ihnen) mit vier älteren Honoratioren unterhielt, hat «Arena» zugelegt: an Tempo, Spannung, Wirkung und Marktanteil.

## Kesseltreiben gegen die «Arena»

Dennoch – oder deshalb – ist in den letzten Tagen ein eigentliches Kesseltreiben gegen

«Arena» losgegangen. Es hagelt herbe Pauschalurteile und Ratschläge, wie man das alles ganz anders, ja viel besser machen sollte. Nicht attraktiver, nein, aber «würdiger», «nobler» (so der Zuger Ständerat Iten). Ein guter (?) Diskurs trachte nämlich danach, das «allgemein Zustimmungsfähige, insofern Vernünftige» herauszuschälen, predigt das «St. Galler Tagblatt». Nur in «tiefegehende Argumentation» dieser Art sollten sich Bundesräte einlassen, meint Daniel Eckmann, Informationschef im Militär-Departement. Er verbittet sich den «Showdown in Form eines Gladiatorenkampfes». Die Kritiker, mit denen einzelne Parlamentarier der grossen Bundesratsparteien sympathisieren, wollen uns also die «Arena» ausreden.

Der Ringier-Publizist Frank A. Meyer, Eminenz hinter manchen Bundesräten, und Daniel Eckmann empfehlen dringend andere Sendeformen. Diese erinnern, wen wundert's, an das auf Meyer zugeschnittene Zweier-Stündchen «Vis-à-vis» auf dem DRS-Kanal. «Arena» hingegen mit seinem Publikum, das eine «argumentationsfeindliche

Hurra- und Pfuikulisse» bilde, fördere geradezu «den Populismus, wie wir ihn Italien siegen sehen» (F. A. Meyer).

Aufschlussreich ist es, das Verhalten der Bundesräte angesichts dieser apokalyptischen Warnung zu vergleichen. Einige Minister – auch Otto Stich und Arnold Koller, denen noch niemand Populismus nachgesagt hat – sind mit Erfolg in die «Arena» gestiegen. Sie haben dort so sperrige Themen wie Finanz- oder Ausländerpolitik behandelt. Andere höchste Magistraten tun sich besonders vor Volksabstimmungen schwerer. So haben die Blauhelm-Befürworter Kaspar Villiger und Flavio Cotti über die Presse mitteilen lassen, dass sie die «Arena»-Form vor Volksabstimmungen nicht akzeptieren. Der eine will vor Urnengängen höchstens einem Journalisten-Panel begegnen, mit Publikum dahinter, aber ohne Parlamentarier. Der andere wünscht am Bildschirm eine Diskussion ohne Publikum, hingegen wären Parlamentarier willkommen. Beide berufen sich auf staatspolitische Grundsätze: etwa auf die gebotene Zurückhaltung der obersten Behörde im Abstimmungskampf



Christoph Blocher und Peter Bodenmann im «Arena»-Duell, moderiert von Filippo Leutenegger (1998).

KEYSTONE/Martin Ruetschi

oder auf die Rollenverteilung zwischen Regierung und Parlament.

### Bundesräte müssen vermehrt Überzeugungsarbeit leisten

Staatspolitisch lässt sich allerdings sehr wohl zugunsten der «Arena» argumentieren. Die Rolle der Regierung wird heute anders umschrieben als früher – und damit auch das gebotene Verhalten im politischen Kampf.

Früher hiess es, eine Behörde habe «neutral» zu regieren (verwalten). Parlament und Volk hingegen seien ihr übergeordnet, und allein sie dürften «politisieren».

Heute schreibt der angesehene St. Galler Staatsrechtler Alois Riklin, die «prozessorientierte Gewaltenteilung» unserer Tage habe eine «durchgängige Führungsfunktion des Bundesrates» zur Folge. «Wirksame Führung zumal in der direkten Demokratie» bestehe aber «mindestens zur Hälfte in Informations- und Überzeugungsarbeit». Diese Erkenntnis liegt auch der jetzt aktuellen Regierungsreform zugrunde.

Damit sind steife Protokollregeln zugunsten des Parlaments wie auch strikte Neutralitätsgebote im Abstimmungskampf eigentlich überholt. Mehr und mehr ist die Regierung nämlich nicht mehr freiheitsbedrohende Macht, sondern Garantin des Gemeinwohls. Sie hebt sich ab von finanzstarken Interessenverbänden und von medienmächtigen Populisten.

Gewiss, das gilt nicht schrankenlos. Die intervenierenden Magistraten müssten sich dann auch Kritik gefallen lassen, auf jede Art von «Zensur» verzichten und durch ihr persönliches Verhalten die Qualität der öffentlichen Debatte fördern, empfiehlt der Jurist Gion-Andri Decurtins. Damit ist eigentlich schon das Grundkonzept der offenen Sendung «Arena» umschrieben.

### «Arena» ist keine Brüllsendung

Es befremdet, wenn über der «Arena» das Gespenst des Populismus beschworen wird. «Hurra- und Pfeifkulisse» als Folie für einen «würdelosen Bundesratsauftritt»? Die schweizerische Demokratie wurzelt im genossenschaftlichen Miteinander und nicht im revolutionären Streit. Deshalb ist auch der Umgang mit unseren Magistraten in der Regel pfleglich; die Körpersprache und Artikulation des Publikums – zugegeben auch ein dramaturgisches

Moment – bleiben massvoll. Die «Arena» gibt sich nicht als wilde «Brüllsendung» nach dem Muster deutscher Privatsender. Der Moderator zieht einen vom politischen Thema bestimmten roten Faden. Und er bemüht sich, Argumentationsreihen zu bilden. Das gelingt manchmal mehr, manchmal etwas weniger, weil Exponenten und Publikum eben mitgestalten. Darin liegt ein gewisses Risiko – aber auch eine grosse Chance.

Bundesräte ziehen anders als früher während des Abstimmungskampfes landauf, landab, um hier im «Rössli» und dort im «Sternen» ein paar Getreue zu mobilisieren: gut so. In der «Arena» können sie an ein Publikum von rund einer halben Million gelangen, an die Unentschiedenen, von denen es vor jeder Abstimmung mehr gibt: effizienter, möchte man meinen.

# Peter Studer zur Veröffentlichung von Amtsgeheimnissen

Erschienen am 22. Juli 2016

*Das Zürcher Obergericht hat den damaligen «Tages-Anzeiger»-Journalisten Arthur Rutishauser freigesprochen. Manche waren von diesem Urteil mehr überzeugt als vom Bundesgericht, das den Freispruch aufhob.*

Von Peter Studer

Es ging um ein Thema, das Medienschaffende und Richter seit Jahren entzweit. Das Amtsgeheimnis ist im Strafgesetz doppelt geschützt, einerseits vor Geheimnisverletzung durch Beamte (Art. 320 StGB), andererseits vor der Publikation solcher Verletzungen durch «Unberechtigte», was meist Medienleute trifft: Sie bringen «Geheimerklärtes an die Öffentlichkeit» (Art. 293 StGB). Der Kommentator Trechsel wertet streng: In der Praxis «verkommt dieser Strafartikel zur Sonderstrafnorm für Journalisten», die bestraft werden, während der Geheimnisverletzer – etwa als Parlamentarier – immun bleibt oder vom Quellenschutz der Medienschaffenden profitiert (Art. 28a StGB). Der Berufsjournalist darf nämlich, abgesehen von wenigen Ausnahmen, nicht genötigt werden, seinen Informanten als Quelle bekannt zu geben.

Statt den oft kritisierten Artikel zu streichen, hat das Parlament dem Artikel einen Zusatz angefügt, wonach das Gericht «von jeglicher Strafe absehen kann, wenn das publizierte

Geheimnis von geringer Bedeutung ist», also zum Beispiel das öffentliche Interesse allenfalls den Vorrang verdient. Kein Muster einer klaren Rechtsnorm ...

Woraus bestand denn das von Arthur Rutishauser enthüllte formelle – das heisst: von der zuständigen Behörde verordnete – Geheimnis? Der damalige «Tages-Anzeiger»-Journalist hatte in zwei Ausgaben seines Blattes Passagen aus dem noch nicht veröffentlichten Schlussbericht der Zürcher Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) über skandalöse Zustände in der Beamtenversicherungskasse zitiert, und zwar mit Quellenangabe. Dafür bestrafte ihn das Statthalteramt mit einer Busse von 800 Franken.

Nach dem Freispruch durch das Zürcher Obergericht wandte sich die Zürcher Oberstaatsanwaltschaft an das Bundesgericht und verlangte eine «angemessene Busse» für Rutishauser. Das oberste Tribunal berief sich auf seine seit Jahren eingerastete Praxis, es gelte ein formeller Geheimhaltungsbegriff, denn Geheimhaltung wolle den Prozess von Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in staatlichen Kommissionen schützen – unbehelligt von primeurlüsternen Journalisten. Der Zürcher Kantonsrat habe im Übrigen ein gewichtiges Interesse gehabt, den PUK-Entwurf weiterhin geheimzuhalten, seien doch noch während der zweiten Zitierung durch den «Tages-Anzeiger»-Mann gewisse Einwendungen am Wortlaut des Schlussberichts

zu prüfen gewesen (Bundesgerichtsurteil 6B\_1267/2015).

Der renommierte Medienanwalt Christoph Born, oft für die «NZZ» tätig, sah sich in der Medienzeitschrift «Edito» (03/2016) zur Warnung veranlasst: «Wer aus einem geheimen Bericht zitiert, riskiert eine Bestrafung – je mehr Wellen ein Artikel wirft, desto grösser ist das Risiko.»

Born gibt zu, das vom Bundesgericht umgestossene Obergerichtsurteil (damals noch) nicht gelesen zu haben. Schade. Obwohl ich seiner Warnung zustimme, hat mich der gründlich argumentierte Freispruch des Obergerichts mehr überzeugt als der eher etwas schematische Schuldspruch des Bundesgerichts. Das Obergericht hatte sich nämlich genau in den Zeitablauf der PUK-Bereinigungen vertieft. Der Schlussbericht sei zuhanden des Kantonsrats mit 11:0 Stimmen genehmigt worden. Zum Zeitpunkt der Publikation der beiden «Tagi»-Artikel habe «die Meinungsbildung der PUK im Grunde genommen als abgeschlossen gelten dürfen». Eine mediale Einflussnahme auf die PUK-Arbeit sei schon chronologisch ausgeschlossen gewesen. Es sei nur noch von einem «geringen konkreten staatlichen Geheimhaltungsinteresse auszugehen», hatte das Obergericht gefolgert. Andererseits hätten die Korruptionsvorwürfe rund um die kantonale Beamtenversicherungskasse – dem grössten Politskandal der jüngeren Zürcher Geschichte (ein beteiligter Anwalt) – «zu einer heftigen Erschütterung» geführt. Es kamen hochbezahlte Astrologieberatungen, Bestechungen und Kontrolldefizite zur Sprache. Zum Publikationsdatum hätten erst Absichtserklärungen vorgelegen. Übrigens habe auch der Presserat (Stellungnahme 1/2013) die beiden Artikel als medienethisch unbedenklich eingestuft.

Die bloss noch geringe Verletzung des in Art. 293 geschützten Geheimhaltungsinteresses wog also laut Obergericht weniger schwer als das gewichtige Informationsinteresse der beunruhigten Öffentlichkeit. Schon das Obergericht hätte, scheint mir, auch direkt die Beruhigungspille des Artikels 293 Abs. 3 verabreichen können: Das Gericht dürfe «von Strafe absehen», wenn das publizierte Geheimnis zu guter letzt nur noch «geringe Bedeutung» in die Wagschale bringe.



Daniel Gloor verlässt das Zürcher Bezirksgericht (11. Juli 2012)

KEYSTONE/Walter Bieri

# Wo bleibt die Freiheit der Kunst?

Erschienen am 6. Juni 2003

*Das Bundesgericht verbietet dem Zermatter Künstler Heinz Julen, seine ehemaligen Auftraggeber zu malen; bestehende Bilder muss er herausgeben: Ein Urteil gegen die Kunstfreiheit, schreibt Peter Studer.*

Von Peter Studer

Wie weit reicht hierzulande die Kunstfreiheit, die seit 2000 in der Bundesverfassung verankert ist? Nicht allzu weit, muss angesichts eines neuen Bundesgerichtsurteils vermutet werden. Das Lausanner Tribunal verurteilte den Zermatter Künstler Heinz Julen dazu, dem USM-Möbelindustriellen Alexander Schärer und seiner Freundin Maryana Bilski zwei Bilder aus einer 30-teiligen Reihe herauszugeben. Julen hatte die beiden gemalt und ausgestellt, ohne sie um Erlaubnis zu fragen. Überdies darf Julen künftig unter Strafandrohung keine Bilder «in der inkriminierten Art» mehr malen.

Hinter dem Urteil liegt eine Vorgeschichte, über die in den Schweizer und internationalen Medien viel zu lesen war. Mit der Bildreihe hatte Julen versucht, die für ihn traumatischen Geschehnisse zu bewältigen.

Es ging um das Scheitern eines luxuriösen Hotelprojekts, mit dessen Ausführung Schärer seinen damaligen Busenfreund Julen betraut hatte. Julen bemühte sich, auf dem Felsporn knapp über dem Dorf Zermatt ein «Hotel-Gesamtkunstwerk» zu errichten, in dem jedes Detail ebenso aufwendig wie auffällig gestaltet war. Die einen nannten es genial, die andern modernistisch-schwülstig. Aber wenige Wochen nach der glanzvollen Eröffnung zeichneten sich schwere Baumängel ab. Das Hotel ist seither geschlossen; die Partnerschaft ging in die Brüche; heute laufen Schiedsverfahren um Streitwerte in zweistelliger Millionenhöhe.

Julen zog sich hierauf in eine Alphütte zurück und porträtierte jene 30 Personen, die ihn beim Projekt begleitet hatten. Die nackten Torsos sind typisiert, die Gesichter eher individualisiert, einige gleichmütig, andere ein Lächeln andeutend. Je ein Brustporträt zeigt Alexander Schärer und, als einzige Frau, Maryana Bilski. Die beiden lächeln etwas betonter. Als Vorlage hatten eigens geschossene oder auch gelieferte Polaroid-Bilder der ehemaligen Kollegen am Bau gedient. Bei den

Porträts von Schärer und Bilski, die er als Einzige ungefragt malte, stellte Julen auf Erinnerungsfotos der glanzvollen Eröffnungsparty ab. Von Bilskis Torso ist eine Brust zu sehen; über die andere fällt eine breite Haarsträhne.

Ende November 2000 stellte Julen die 30 Porträts unter dem Titel «Der letzte Raum einer Vision ist eine Installation» in einer schwarz ausgeschlagenen Einzelkoje der Zürcher Messe für Gegenwartskunst aus. Die Bilder steckten in schweren silberglänzenden Rahmen, Kerzen flackerten, und Flugblätter lagen auf. Als Julen die Installation dann auch in Zermatt zeigte, liessen Schärer und Bilski ihre beiden Porträts mit Richterhilfe abhängen und beschlagnahmen. Im Dezember 2002 entschied das Walliser Kantonsgericht auf Persönlichkeitsverletzung. Das Bundesgericht ist ihm gefolgt.

## Was ist da «ehrenrührig»?

Wer den Grundrechtskatalog der neuen Bundesverfassung konsultiert, ermisst sogleich die Dimension dieses Rechtsstreits. Ein Grundrecht schützt die Privatsphäre; wie die amerikanischen Richter sagen, hat jeder und jede das Recht, «allein gelassen zu werden», ausser man sei eine «öffentliche Person». Andere Grundrechte schützen die Medien, die Wissenschaft, die Kunst – und damit eine Kommunikation, die sich andern zuwendet, sie mitunter auch belästigt. Bei Kollisionen muss das Bundesgericht am Einzelfall abwägen, welcher Anspruch vorgeht. Hier hat es sich, ohne der Kunstfreiheit mehr als einen Seitenblick zu gönnen, voll für den Persönlichkeitsschutz des abgemalten Paares entschieden.

Das Bundesgericht sah vorab die Privatsphäre des Paares Schärer/Bilski eindeutig verletzt: Jede und jeder habe ein Recht am eigenen Bild. Man müsse sich nicht gefallen lassen, gemalt und ausgestellt zu werden. Ein solcher Malakt sei an sich schon eine Persönlichkeitsverletzung, die der Maler nur mit einem überzeugenden Rechtfertigungsgrund ungeschehen machen könne. Kunstfreiheit als Rechtfertigung? Dann müssten aber der Zweck des Kunstwerks schutzwürdig, die Mittel angemessen gewählt sein.

Besonders missfallen hat dem Tribunal das Flugblatt, das der Installation beilag: Die «reiche Familie Schärer» hindere den Visionär Julen an der Vollendung seines Gesamtkunstwerks – allein «aus Neid und unter Missbrauch» der eigenen Finanzmacht. Das sei

«ehrenrührig», nichts anderes als eine «persönliche Abrechnung», donnert das Bundesgericht. Also keine Malerei mit schutzwürdigem Zweck!

Allein: Die schärfsten Vokabeln – «reich», «Neid», «Missbrauch» – stehen nicht im Flugblatt, sind Interpretationen der Richter. Im Flugblatt jammert Julen bloss, das Konventionelle siege über das Unkonventionelle, das Geld über den Geist, die Normalität der SIA-Bauphysik über die Genialität seiner Hotel-Skulptur: ein gängiger kulturkritischer Diskurs, wie er überall zu hören ist, rund um das Zürcher Schauspielhaus bis hinauf nach Zermatt. Was ist da «ehrenrührig»?

Auch das böse, Rachsucht suggerierende Wort «Abrechnung» als angeblicher Zweck des Doppel-Porträts schrumpft zusammen. Julen hat ja seine eigene Zweckdefinition ins Flugblatt gesetzt: «. . . sich auf der Ebene der Kunst mit der Beendigung dieser Vision auseinandersetzen zu wollen». Das ist eines unter vielen legitimen Künstlermotiven, seit Maler des jüngsten Gerichts ihre Wohltäter gen Himmel fahren und ihre Widersacher ins Fegefeuer stürzen liessen. Künstler pflegen nicht den gesitteten Diskurs der Etablierten, sie stellen unbequeme Fragen. Sie sind Sand, nicht Öl im Getriebe der Gesellschaft (Günter Eich).

## Partielles Malverbot

Mit den Mitteln der künstlerischen Auseinandersetzung hat sich das Bundesgericht dann trotz seinem Hinweis auf dieses Kriterium gerade nicht befasst. Zwar gilt Julen beileibe nicht als «Weltkünstler», und sein Stellenwert in der zünftigen Kunstkritik dieses Landes ist eher niedrig. Aber darauf kommt es nicht an. Unzweifelhaft hat Julen mit dieser 30-teiligen Installation einen künstlerischen Befreiungsakt aus einer schweren Krise setzen wollen und dafür eine mehrdeutige Form gesucht. Seine ehemaligen Freunde Schärer und Bilski gehören in diesen biografischen Kontext. Hätte Julen, wie das Walliser Gericht ihm vorhielt, schonendere Stilmittel, bekleidete Torsos, attraktivere Gesichtszüge wählen sollen? Solch eine Philister-Empfehlung verkennt den Charakter jeglicher Kunst-Installation. Kommt dazu, dass die Belästigung des Paares, das immerhin im Zusammenhang mit Hotelbau und Hotelstreit oft an die Öffentlichkeit getreten ist, in sehr engen Gren-



zen bleibt. Ein Blick auf die Abbildung zeigt es.

So gesehen ist doch sehr fraglich, ob Frau Bilski eine Genugtuungszahlung von 3000 Franken wegen «schweren Eingriffs in die Persönlichkeit» angesichts des typisierten (teil-)entblösten Oberkörpers gebührt.

Wenn die Kunstfreiheit, die ja immer auch Künstlerfreiheit ist, wirklich etwas gelten soll, stimmen die beiden Hauptfolgen des Bundesgerichtsurteils erst recht nachdenklich. Ist es gerechtfertigt, Julen 2 von 30 Teilen seiner umfassenden Installation wegzunehmen und ihn eines Aspekts seiner Werkbiografie zu berauben? Nimmt man denn einem gemässigten Schnellfahrer sein Fahrzeug weg und stampft es ein? Ist es angemessen, Julen zu verbieten, «weitere Porträts und Bilder» des Paares Schärer/Bilski «in der inkriminierten Art anzufertigen»? Verträgt sich ein solches partielles Malverbot mit der Technik der Güterabwägung, die stets auf den Einzelfall abstellen muss? Man darf zweifeln.

Der Verfassungskommentator Denis Barrelet hat den Gerichten empfohlen, bei Kollisionen der Kunstfreiheit mit andern Rechtsgütern den Kunstaspekt ernst zu nehmen. Er sei so zu gewichten, «dass schöpferische Impulse nicht erstickt werden, denn Kunst muss immer neue Wege erkunden, und sie hat ein gewisses Recht zur Provokation». Von solcher Gelassenheit lässt das Bundesgericht Julen nichts spüren.

Künstler pflegen nicht den gesitteten Diskurs der Etablierten. Sie sind Sand, nicht Öl im Getriebe der Gesellschaft.



Der Schweizer Architekt und Designer Heinz Julen

KEYSTONE/Roman Weyeneth

Der  
Zürcher Journalistenpreis 2018

wird

**Barbara Klingbacher**

für Ihren Artikel

**Der letzte Gang**


erschienen im NZZ Folio  
vom 3. April 2017  
verliehen.

Zürich, 15. Mai 2018

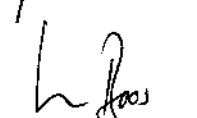
Die Jury:



Hansi Voigt



Hannes Britschgi



Susan Boos



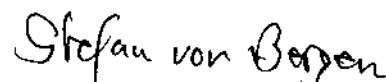
Lisa Feldmann



Alain Zucker



Nina Jecker



Stefan von Bergen

# Preisträger



## Barbara Klingbacher

Wenn ich mein Journalistenleben lang nur eine Form von Texten schreiben dürfte, dann würde ich die Reportage wählen. Ich habe in den letzten zwanzig Jahren Porträts verfasst, Interviews, O-Töne, Kolumnen, Rezensionen, eine Zeitlang erfand ich sogar Quiz' und Psychotests – das meiste davon gern. Doch nie fühle ich mich wacher als in den Momenten, in denen ich mich einfüge in ein Umfeld und hoffe, dass sich eine Geschichte entwickelt. Vielleicht gründet diese Vorliebe für Handlung an Schauplätzen darin, dass ich einst in Bern und Zürich Theater- und Filmwissenschaften studierte, vielleicht ist es auch umgekehrt. Jedenfalls drängte ich mich schon im Lokaljournalismus vor, wenn es Reportagen zu schreiben gab – oder besser «Features», die damals gerade in Mode waren (den Unterschied habe ich nie ganz verstanden). Später übernahm ich bei der «Annabelle» die Reise-reportagen und dann die Leitung des Ressorts Reportagen. Seit 2010 schreibe ich fürs «NZZ Folio», zuerst als freie Journalistin und Vertretung, seit 2013 als Redaktorin. Während dieser Zeit versuchte ich zu verstehen, weshalb die Notfallpsychiater in der Klinik Königsfelden nicht durchdrehen, warum die Hausfrau in Schweden ausgestorben ist, was britische Bräute in Diät-camps treibt, welche Gegner der heutige Robin Hood im Sherwood Forest bekämpft und wie man das Töten von Tieren lernt. Längst nicht jeder dieser Versuche war preisverdächtig, leider; aber jeder war ein Privileg.

# Laudatio

Laudatio für Barbara Klingbacher  
von *Lisa Feldmann*

Der Text von Barbara Klingbacher gehört zu jenen, die einem bleiben. Und das ist gut so.

Dabei kommt ihre Reportage über das Schlachten von Nutztieren bewusst behutsam daher, wird man als Leser nicht von aktivistischem Blutvergiessen überfordert. Nur detailliert erklärt wird einem, was da genau passiert, wenn eine Gans oder ein Wollschwein bewusstlos gemacht werden und dann getötet werden. Damit wir Menschen es abschliessend essen können.

Die Autorin, angetreten, das Töten für einmal selbst zu erledigen, sich ihren Braten sozusagen zu «verdienen», gibt auf, als sie an die Reihe kommt. Sie kann der Gans «nicht rasch und entschlossen den Halsstich setzen», wie das der Züchter vorgibt, beschränkt sich auf die Assistenz – und kann schon das kaum ertragen: ein kräftiges Flügelschlagen im Todeskampf der Nerven, drei endlose Minuten lang.

Barbara Klingbacher verzichtet auf jede moralische Wertung. Sie nimmt ihren «Nutztier-Schlachtkurs» als Selbstversuch, ihr Scheitern in letzter Sekunde weder als Versagen noch als Beweis einer höher entwickelten Sensibilität. Sie erlaubt vielmehr sich und damit uns, den Widerspruch zu spüren, den wir alltäglich an Fleischthecken verdrängen, im Restaurant ausblenden. Wenn wir uns über Tiertransporte empören, aber genauso über die ständig steigenden Preise am Bratwurst-Stand.

Man darf die Reportage «Der letzte Gang» von Barbara Klingbacher mit Recht «old school» nennen. Hier liegt unmittelbare

Recherche zugrunde, hier wurde erlebt und erfahren, nachgelesen und dann wieder weiter recherchiert. Und genau deshalb lässt uns ihre Geschichte nicht einen Moment lang los, immerzu fragt man sich – und ich? Mache ich einen ethischen Unterschied zwischen dem Leben meines Zwergdackels und einem Kälbchen im Mast-Stall? Würde ich ein Huhn schlachten können? Sollte ich nicht auch noch einmal über mein Fleisch-Essen nachdenken? Sollte ich mich vielleicht sogar engagieren? Ja, so weit kann es gehen, mit einem Text, der so engagiert daherkommt wie der von Barbara Klingbacher.

Wir hatten im diesjährigen Wettbewerb um den Journalisten-Preis gleich mehrere Beiträge zum Thema artgerechte Haltung und nachhaltige Tierzucht und Vegetarismus. Es liegt offenbar im Bewusstseins-Trend, nicht zum ersten Mal, aber spürbar aktualisiert von einer neuen Generation Schreiber. Auch das ist gut so.

Diese neue, kritische Auseinandersetzung mit unserer Ernährung, unserer Umwelt, unserem sozialen Miteinander erinnert nicht von Ungefähr an den neuen Umgang mit Themen des Feminismus oder auch – aus aktuellem, traurigen Anlass – jenem der nationalen und internationalen Waffengesetze. Auch hier treten Autorinnen und Autoren an, die den Kampf da aufnehmen, wo ihre Vorgängerinnen und Vorgänger entnervt aufgegeben haben. Oder auch nur einen Status Quo akzeptierten.

Barbara Klingbacher gehört zu jenen Journalistinnen und Journalisten, die nie aufgehört haben zu kämpfen. Der es schon immer darum ging, selbst in den Ring zu steigen, die Dinge beim Namen zu nennen, die wesentlichen übrigens genauso wie die nicht so existenziellen Themen des Lebens. Diese altmodische Gewissenhaftigkeit spürt man als Leser, man fühlt sich ernst genommen, «abgeholt», wie man heute so schön sagt.

So bleibt auch die Stimme, die Sprache einer so gestandenen Kollegin wie Barbara Klingbacher jung im besten Sinn. Und ihr Text damit einer, der in unserer medialen Gegenwart und Zukunft Gültigkeit und Wert behält.

# Der letzte Gang

Erschienen im April 2017

*Darf nur Fleisch essen, wer das Tier zuvor eigenhändig getötet hat? Ein Selbstversuch mit Gans und Schwein.*

Von Barbara Klingbacher

Den Backenknochen am Hals der Gans erfühlen. Die Kehlhaut vorsichtig nach unten ziehen. Das Messer seitlich ansetzen. Mit der Klinge rasch und entschlossen den Halsstich setzen, um Schlagader und Gurgel zu durchtrennen. Mit der anderen Hand, die den Kopf hält und die Augen verdeckt, sofort das Genick brechen. Nicht zweifeln, nicht zögern – das ist das Wichtigste. «Du musst dir sicher sein, dass du es tust», hatte Christoph Wiesner gesagt, als er das Schlachten vorzeigte. Worauf man nicht vorbereitet ist, sind die Wimpern. Das Tier zwinkert zart gegen die Innenfläche der Hand.

Wie kann man sicher sein, dass man es tut, wenn man es zum ersten Mal tut? Ich habe nie getötet, jedenfalls kein Säugetier und auch keinen Fisch. Und doch sind 1,5 Kälber, 2 Rinder, 14 Schweine und 538 Hühner bisher für mich gestorben, statistisch gesehen jedenfalls. Vielleicht waren es in Wirklichkeit einige weniger, weil ich eine Zeitlang Vegetarierin war.

Das begann nicht mit einem Entscheid, sondern einem Versehen. Es passierte mir mit siebzehn. Ich schlenderte in der irischen Stadt Cork den Ständen des English Market entlang und stand plötzlich inmitten von Kadavern. Halbe Schweine baumelten an Haken, Schafsköpfe starrten aus leeren Augen, und auf der Theke reihte sich Hase an Hase, gehäutet bis auf die pelzigen Pfoten. Es roch nach Blut, mir wurde schwindlig; draussen sass ich auf einer Parkbank, bis die Übelkeit verging.

In meiner Kindheit hatte es Tiere gegeben, und es gab Fleisch: Zwergkaninchen und Cordons bleus, Meerschweinchen und Koteletts, flauschige Wesen und das rosafarbene Etwas unter Klarsichtfolie, in das ich beim Einkaufen gern den Zeigfinger drückte; das hatte nichts miteinander zu tun. Auf dem Markt aber begriff ich zum ersten Mal körperlich: Es sind lauter tote Tiere. Damals habe ich nicht beschlossen, kein Fleisch mehr zu essen. Ich

ass einfach an diesem Tag keins, und auch nicht am nächsten, und dann neun Jahre lang nicht.

Während jener Zeit hörte ich auch erstmals den Satz: «Wer Fleisch isst, muss selber töten können.» Das sagte meine Mitbewohnerin, die ebenfalls Vegetarierin war, und ich hätte unterschrieben, ohne nachzudenken. Bis ich wieder Fleisch essen wollte. Seither habe ich versucht, beim Einkaufen auf gute Tierhaltung zu achten – und das Sterben zu verdrängen.

Noch ist die Reihe nicht an mir. Noch sind andere da, denen ich den Vortritt lassen kann: ein Polizist, ein Angestellter der Stadt Wien und eine Redaktorin, vier Mitarbeiter des Flughafens, ein Student und ein Kellner. 35 Euro haben sie bezahlt, um zu lernen, wie man eine Gans schlachtet. Ihre eigene Gans, die sie noch lebend auf dem Hof kaufen – bei Hausschlachtungen darf man nur Tiere töten, die einem selbst gehören, so will es das Gesetz.

Es ist ein kühler Wintertag, an dem elf Gänse, ein Truthahn und eine Ente sterben werden. Ihr Leben endet, wo es begonnen hat, auf diesem Bauernhof im österreichischen Wischathal. Das klingt banal und ist doch die Ausnahme; fast jedes Nutztier wird am Schluss zu einem Schlachthof gekarrt. 26 Millionen Schlachttiere sind täglich in der EU unterwegs, teils über Tausende Kilometer und bis dreissig Stunden am Stück. Die Wiesners aber töten alle

Tiere hier. Nicht nur das Geflügel, auch die Schweine werden den Hof nicht lebend verlassen. Christoph Wiesner begründet das nicht mit dem Tierwohl. Der 45-jährige Landwirt mag nicht als Romantiker gelten und als radikal nur, wenn es um Fleischqualität geht. Tiere sollten in den letzten Tagen wenig Neues erleben, sagt er, kein Verladen, keine Transporte und vor allem: keine Angst. Neues bedeutet Stress, und Stress bedeutet schlechteres Fleisch. Das Plätzli, das nach dem Braten geschrumpt und zäh auf unserem Teller liegt – das stammt wohl von einem Schwein, dessen Muskeln in panischer Fluchtbereitschaft übersäuert haben.

Die «Arche de Wiskentale» ist der Hof, den wir Städter uns gern vorstellen, wenn wir an die Herkunft von Plätzli und Pouletflügel denken. Hinter der Scheune wühlen wollige Mangalitzza-Schweine im Wald, vor der Scheune tollen Ferkel, und am Bach, der durch das Grundstück fliesst, schnattern altdeutsche Landgänse und Aylesbury-Enten. Die Wiesners halten selten gewordene Rassen, lauter Tiere, die zu langsam wachsen, zu viel Platz brauchen, nicht schwer genug werden oder das Gewicht an der falschen Stelle ansetzen – für die Fleischindustrie sind sie nicht lukrativ genug. Nur die Hühner, die scheu beim Ferkelgehege scharren, stammen aus der landwirtschaftlichen Gegenwart: Es sind Lege-Hybrid-Hühner. Nach nur einer Legeperiode – bis zu 330 Eier in 365 Tagen – werden sie normalerweise geschreddert oder zu Biogas



Die noch freien Gänse

Roberto Ceccarelli

verarbeitet; weil sie so platzsparend mager gezüchtet worden sind, ist ihr Fleisch beim Konsumenten nicht gefragt. Isabell Wiesner hat die Ausschuss-Hennen eben erst gekauft. Nicht aus Mitleid, sagt sie, zu viel Mitleid könne sich ein Hof wie ihrer nicht leisten. Es war ein guter Preis für eine gute Sache, ein Euro pro Huhn: «Die liefern uns Eier, solange es geht, und enden dann in einer Suppe.»

Eine Gans schlachtet man am besten im Team. Als Erste wagen sich zwei Flughafenangestellte vor. Die beiden haben sich für den Schlachtkurs angemeldet, weil sie finden, als Fleischesser müssten sie sich dem Töten stellen. René, ein Informatiker, hält die Füsse und die Flügel fest, Rainer, ein Gepäckarbeiter, greift nach dem Kopf und nach dem Messer. Die beiden fixieren die Gans über einem Eimer, Christoph Wiesner kauert daneben. Auch er hat ein Messer zur Hand, um einzugreifen, falls Rainer im falschen Moment zu zögern beginnt. Aber Rainer zögert nicht. Backenknochen erfühlen. Kehlhaut nach unten ziehen. Klinge ansetzen – mit sicherem Schnitt durchtrennt er seiner Gans die Kehle, mit sicherem Griff bricht er ihr das Genick. Jetzt strömt das Blut in den Eimer, und die Gans ist still. Tot ist sie noch nicht. Ihr Herz muss schlagen, um das Blut aus dem Körper zu pumpen. Ein Tier stirbt beim Schlachten immer durch den Blutverlust. Der Genickbruch oder auch ein Bolzenschuss, ein Stromstoss oder Gas – das ist nur die Betäubung, damit es nichts vom Sterben merkt.

Sekunden später öffnet die Gans den Schnabel und versucht, mit den Flügeln zu schlagen. Doch das, hatte Christoph gesagt, seien nur Nerven, die zuckten. Nach drei Minuten ist die Gans leer und tot. Rainer wird sie rupfen und in einen Kessel mit heissem Wachs tauchen – die Daunen lassen sich dann abreißen wie Härchen auf einem Frauenbein. Währenddessen stirbt bereits die nächste Gans. Thomas, der Student, und Bernhard, der Kellner, treten vor; zwei junge Wiener, die wissen wollen, wie ein Tier gelebt hat, bevor es zu Fleisch wird. Die Stimmung auf dem Hof ist still und konzentriert, als würde das Schlachten andächtig machen. Bernhard zögert nicht.

Es ist nicht leicht, das Töten zu lernen. In der Schweiz hat das Kurszentrum Ballenberg 2013 merken müssen, dass man vom Sterben

nichts wissen will. Als bekannt wurde, dass dort ein Kurs in «Kleintierschlachtung» angeboten werde, war die Empörung gross. Die Kursleiterin, die Züchtern und Bäuerinnen beibringen wollte, Hühner und Kaninchen so schonend wie möglich zu schlachten, bekam Hassbriefe aus halb Europa. Gegen 10 000 Menschen unterschrieben Onlinepetitionen, darunter solche, die sich als Vegetarier zu erkennen gaben. Viel zahlreicher aber waren die Hunde- und Katzenfreunde, die ihren Liebling wohl kaum mit Grünkohl und Quinoa ernähren. Es ist, als fände das Töten nicht statt, solange man nur nicht daran denkt. Eine Kollegin, der ich von dem Schlachtkurs erzählte – und meiner Angst davor –, sagte, sie hätte Panik, nach etwas so Perversem kein Fleisch mehr herunterzukriegen. Der Bekannte, der für billige Schnitzel nach Deutschland fährt, findet es «extrem unmoralisch», ein Tier eigenhändig zu töten. Vielleicht wäre es an der Zeit, im Detailhandel ein neues Label einzuführen: «Garantiert schlachtfrei» – für Fleisch von Nutztieren, die sich uns zuliebe selber umgebracht haben.

Der Aufstieg des Fleisches und die Verdrängung des Tötens begannen zur gleichen Zeit. Im Zug der Industrialisierung verschwanden die Tiere aus der Stadt. Metzgerlokale wurden im 19. Jahrhundert aus den überfüllten Zentren verbannt; man verdächtigte sie, an Cholera- und Typhusepidemien schuld zu sein. Stattdessen wurden nun grosse Schlachthöfe an der Peripherie gebaut; die Metzger mussten sich einmieten, schlachteten aber selbst. In den USA erfand man 1865 das industrielle Töten, die Stockyards, in denen die Tiere am Fliessband geschlachtet und zerlegt wurden. Sie machten aus dem Provinzstädtchen Chicago eine Metropole, führten zum Siegeszug der Kühlsysteme und inspirierten Henry Ford zur Fliessbandfabrikation.

Gleichzeitig brauchte man im 19. Jahrhundert immer mehr Tiere, um die Arbeiter zu ernähren. Zwar galt Fleisch seit je als hochwertige Speise, die meisten aber bekamen es selten auf den Tisch. Das änderte sich, als der Fleischkonsum der unteren Schichten den oberen einen Vorteil versprach: im Krieg und in der Fabrik. Der Chemiker Justus von Liebig teilte in den 1840er-Jahren Nährstoffe in Kohlenhydrate, Fette und Eiweiss auf; im tierischen Eiweiss vermutete er die Quelle der Muskel-

kraft. Er erfand den Fleischextraktwürfel, in dem das Rind unverderblich, handlich und kostengünstig gespeichert war. Fleisch bekam den Status eines «Supernahrungsmittels», das Fabrikarbeiter in Superarbeiter verwandeln sollte.

Nach und nach entfernte sich das Fleisch vom Tier. Das lässt sich an der Werbung ablesen, den berühmten Plakaten des Fleischverarbeiters Bell etwa: Man zeigte Schinken, Wurstkörbe, Hausfrauen, die mit Corned-Beef-Büchsen jonglierten – aber nur einmal einen Ochsen. Und nachdem die Migros in den 1950er-Jahren den ersten Selbstbedienungsladen mit Fleischabteilung eröffnet hatte, liessen sich die Hausfrauen nicht mehr beim Metzger Stücke von einem grossen Ganzen absäbeln, sondern griffen zu hübsch abgepackten Portionen. Der Tod war nun hinter Schlachthofmauern verschwunden und unter Cellophan.

Vor mir ist noch Veronika dran. Der Kurs ist ein Geschenk ihres Mannes, vor einiger Zeit hat die Journalistin hier schon ein Schwein geschlachtet. Sie ist die einzige Frau, die nach dem Messer greift. Backenknochen erfühlen. Kehlhaut nach unten ziehen. Messer ansetzen, dann sticht Veronika zu – und zögert. Die Gans flattert und stösst einen Klagelaut aus; es dauert keine Sekunde, bis Christoph Wiesner eingreift und ihr das Genick bricht. Veronika zittert. Die Wimpern, sagt sie, mit dem Zwinkern in der Handfläche habe sie nicht gerechnet.

Plötzlich bin ich sicher, dass ich mir nicht sicher genug bin. Obwohl ich wohl weiter Fleisch esse, obwohl es für diese Geschichte besser wäre: Ich will nicht versuchen zu töten. Denn den Preis für die Tapferkeit zahle nicht ich, sondern das Tier. Walter, der Polizist, übernimmt, ich halte nur Füsse und Flügel der Gans. In den Fingern kann ich das Pochen ihres Herzens spüren und die Kraft, die in den Muskeln steckt. Ein sicherer Stich, ein sicherer Griff, Walter zögert nicht. Ein paar Sekunden später versucht das blutende Tier so kräftig mit den Flügeln zu schlagen, als gäbe es noch Hoffnung auf Flucht. Schlachten passiert nicht nur im Kopf, es ist eine brachiale Tat. Ich halte die Gans, so gut ich kann, während das Leben aus ihr weicht; die drei Minuten, bis sie still ist, sind furchtbar lang.

Ich denke daran, dass die Gans ihre Tage



Der Schlachtkurs

Roberto Ceccarelli

am Bach verbracht hat, dass sie ein Leben hatte, wie man es jedem Nutztier wünscht. Ich denke an die Worte von Rainer, dem Gepäckarbeiter, der als Erster an der Reihe war. Niemals würde er das kleinste Stück eines Tieres wegwerfen, das er selber geschlachtet, gepulft und ausgenommen hat, sagte er. «Es ist, als gäbe einem das Töten die Ehrfurcht vor dem Tod zurück.»

Trotzdem würde ich gern ein bisschen weinen.

Ein grosser Teil der Menschen, die diese Schlachtkurse besuchen, sind aus dem gleichen Grund dabei wie ich. «Sie glauben, sie müssten töten können, um Fleisch zu essen», sagt Christoph Wiesner, als er mich zum Schweineschlachten auf die Weide mitnimmt. Aber wenn jemand den Kurs nur als Rechtfertigung nehme, um weiter billiges Fleisch im Supermarkt zu kaufen, «dann hat er nicht das Geringste verstanden».

Um zu verstehen, muss man die Wiesners mit anderen Schweinezüchtern vergleichen. Ihre Wollschweine sind das ganze Jahr draussen, Schweine aus konventioneller Mast sehen beim Transport zum Schlachthof erstmals Tageslicht. Hier leben rund hundert Tiere auf drei Hektaren Weide, anderswo steht einem Schwein die Fläche eines Bügelbretts zu. Hier sind die Schweine zwei Jahre alt, wenn sie geschlachtet werden, erwachsen also, anderswo mästet man sie innert sechs Monaten zu überdimensionierten Teenagern hoch.

Gerade hat Isabell Wiesner altes Brot auf die verschneite Weide geworfen, jetzt geht Christoph schweigend mit einem Gatter durch die zufrieden grunzende Herde. Noch hat er nicht entschieden, für welches Tier dieser Tag der letzte sein wird. Schliesslich stülpt er das Gatter über ein schwarzblondes. Dann greift er das Tier sanft am Kopf, und setzt das Bolzenschussgerät an. Das Schwein sackt zusammen. Bei den Schlachtkursen für

Schweine würde ein Teilnehmer den Halsstich setzen, aber Christoph hat anhand der Gans gesehen, dass ich dazu nicht taue. Er setzt den Stich, das Tier blutet aus, und ich denke, dass man diese Art des Schlachtens nicht verdrängen müsse: Ein stiller, schneller Tod beendet hier ein schönes Schweineleben.

In der einen Stunde, in der die Wiesners ihr Wollschwein auf der Wiese geschlachtet haben, sind im dänischen Ort Horsens 1480 Hybrid-Schweine gestorben. Hier, mitten in Dänemark, steht einer der grössten Schlachthöfe Europas und einer, wie ihn Paul McCartney einst gefordert hat: «If slaughterhouses had glass walls, everyone would be vegetarian», sagte der Ex-Beatle und Veganer in einer Dokumentation: Wenn Schlachthöfe gläserne Mauern hätten, wäre jeder ein Vegetarier. «Wir haben Sir Paul zu uns nach Horsens eingeladen», sagt Agnete Poulsen. Leider habe er sich nicht gemeldet. Auch die

Tierschützer, die regelmässig in der Zentrale von Danish Crown anrufen, lehnen ihre Einladung stets ab. Und die junge Frau, die sich vor dem Eingangstor mit einem Eimer roter Farbe – oder war es echtes Blut? – über-gossen hat: «Haben wir hereingebeten, damit sie sich ein Bild machen kann. Und es war ja auch so kalt draussen. Aber sie wollte auf keinen Fall.»

Agnete Poulsen leitet den Besucherdienst des Schlachthofs. Jedes Jahr kommen 20 000 Menschen, um sich das Töten anzuschauen; und eine davon bin ich. Staunend blicke ich mit einer Gruppe angehender Lebensmittel-technologien durch eine Glaswand. Unten sind 3000 Schweine in Hunderte Abteile ein-sortiert. Sie sollen nach dem Transport zur Ruhe kommen – auch hier weiss man, dass ein paar ruhige Stunden vor der Schlachtung gut sind für die Fleischqualität. Poulsen sagt, was sie an dieser Station immer sagt: «Und, was hört ihr?» Es ist eine rhetorische Frage, denn man hört nichts, vor allem nichts von dem, was man befürchtet hatte. Kein ängstliches Grunzen, kein Quietschen in Todesangst, kein panisches Trampeln bei vergeblichen Fluchtversuchen.

Der Schlachthof ist so gebaut, dass die Tiere mitwirken, sobald sie aus den Lastwagen ausgeladen sind: Weil Schweine nicht gern allein sind, lässt man sie in der Gruppe; weil sie lieber auf- als abwärtsgehen, steigen die Gänge um sanfte zwei Prozent; weil sie Dunkelheit nicht mögen, leuchtet an den Enden Licht. In diesem Bereich arbeiten kaum Menschen, automatische Klappen und Schleusen schicken die Tiere weiter voran. Sie gehen arglos und neugierig in den Tod.

Fast alles kann man auf dem 300 Meter langen Korridor mit Glasfenstern sehen, nur die «Betäubung» nicht. Zu acht besteigen die Schweine einen nicht durchsichtigen Lift, zu acht kippen sie drei Minuten später auf ein Förderband. Dazwischen liegt ein sogenanntes Paternoster-System, das die Tiere über drei Stufen in eine Grube mit Kohlendioxidgemisch senkt: «Dort schlafen sie dann langsam ein», sagt Poulsen.

Die Schweine sehen aus, als ob sie träumen würden. Ein Arbeiter hängt Tier um Tier am Hinterlauf an der Rohrbahn auf, ein zweiter sticht ein Hohlstechmesser mit Schlauch in die Halsschlagader, 1480 Mal pro Stunde. Nach drei Minuten ist das Tier tot, innert dreier

Stunden zerlegt. «Nose to tail» ist in der Fleisch-industrie längst Standard, nur eben globalisiert: Kopf und Füsse gehen nach China, Spareribs in die USA, das Schulterblatt nach Korea, das Filet nach Japan oder Deutschland, der Speck nach England, die Hinter-schinken nach Spanien und Italien. 10 Kronen bekommt ein Schweinebauer pro Kilo Schlachtgewicht; ein Tier bringt ihm also rund 130 Franken ein.

Ein gläserner Schlachthof muss zwingend ein Vorzeigebetrieb sein. Die Skandale, die aus anderen nach draussen dringen, von brutalen Arbeitern, Tieren, die bei Bewusstsein sind, wenn sie aufgehängt werden, und Schweinen, die man lebendig verbrüht – wenn jeden Tag Hunderte von Menschen hinter Glas zuschauen, kann sich niemand solche Fehler leisten.

Es waren die Besitzer von Danish Crown, damals 18 000 Schweinebauern, die den Schlachthof gläsern wünschten. Wenn sie 300 Millionen Euro verbauten, wollten sie das Ergebnis zeigen. Seither waren Studenten da und Farmer, Restaurateure und Rotary Clubs, Spitalangestellte und Schulklassen, die einen Viertel der Besucher ausmachen. Natürlich sind auch Chefs von anderen Schlacht-höfen gekommen, die die Vorstellung von Transparenz gefährlich finden. «Was, wenn die Leute dadurch Vegetarier werden?», habe einer einmal gefragt, sagt Poulsen, die ihren Job mit Leidenschaft ausübt. «Menschen werden nicht Vegetarier, weil sie sehen, wie Tiere geschlachtet werden», hat sie geantwortet. «Sondern weil sie es sich vorstellen.»

Vielleicht hat Agnete Poulsen recht: Ein Besuch im Schlachthof ist nicht in der Art schrecklich, wie man es sich vorstellt. Es ist schrecklich wie ein Horrorfilm, bei dem man das Grauen nie sieht. Das Grauen liegt im Ausmass der industriellen Tierproduktion, in 1480 Schweinen pro Stunde, 109 000 pro Woche, 5,7 Millionen im Jahr, allein in Horsens. Es liegt in den arglosen Gesichtern von Tieren, die für uns ein Produkt sind von dem Moment an, in dem sie geboren werden. An diesem Schlachthof ist nichts falsch – oder alles.

Eine Woche nach dem Besuch in Horsens habe ich mir im Internet einen Film angesehen, den die Tierrechtsorganisation Peta auf ihre Website gestellt hat: Es sind Aufnahmen aus

einem Paternoster-Betäubungslift in einem anderen Schlachthof, dem einzigen Bereich, der auch in Horsens nicht transparent ist. Darauf sind keine Schweine zu sehen, die langsam einschlafen.

Sondern solche, die im Kohlendioxid zu ersticken glauben; sie quieken und zappeln und versuchen panisch zu entkommen. Vielleicht zeigt der Film eine Ausnahmesituati-on. Doch selbst der Chef von Micarna, dem Fleischverarbeiter der Migros, sprach 2011 in einem Referat von einem «kritischen Fenster» von 10 bis 15 Sekunden bei dieser Form der Betäubung: Entsprechende Bilder, sagte er, seien der Öffentlichkeit «nur schwer bis unmöglich zu kommunizieren».

Als ich diese Bilder sah, habe ich nicht beschlossen, kein Fleisch mehr zu essen. Ich ass einfach an diesem Tag keins und dann auch nicht am nächsten.



Die tote Gans

Roberto Ceccarelli

Der  
Zürcher Journalistenpreis 2018

wird  
Christian Keller

für seinen Artikel

**Neue Spur zu Schweizerhalle-Brand**

erschienen in der Basler Zeitung  
vom 4. März 2017  
verliehen.

Zürich, 15. Mai 2018

Die Jury:



Hansi Voigt



Hannes Britschgi



Susan Boos



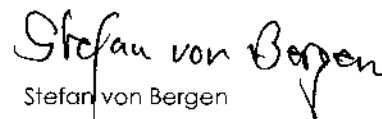
Lisa Feldmann



Alain Zucker



Nind Jecker



Stefan von Bergen



# Preisträger



## Christian Keller

Als Schreiberling war ich von Kindesbeinen an aktiv. Motiviert von den Eltern (Vater und Mutter leiten eine Arztpraxis), verschickte ich regelmässig die «Keller-Family-Zeitung» an die Verwandtschaft – mit für die Erziehungsberechtigten teilweise etwas peinlichen Enthüllungs-Berichten...

Im Gymnasium folgte dann nach dem klassischen Mitstreiten bei der Schülerzeitung der Einstieg als Freier bei der «Basellandschaftlichen Zeitung» (inklusive späterem Praktikum). 2004 begann ich neben dem Politikwissenschafts- und Geschichtsstudium an der Uni Zürich als TV-Redaktor bei Telebasel, wo ich als Produzent, Moderator und schliesslich als Verantwortlicher der Hintergrundsendung «Report» tätig sein durfte. Prägend war in jungen Erwachsenenjahren die mit Werbung und dem bescheidenen Telebasel-Lohn finanzierte Herausgabe des Schweizer Jugendmagazins «Zündstoff». Verhandlungen mit Druckereien und Mediaagenturen sowie erstmalige Erfahrungen mit der Androhung rechtlicher Schritte gegen nicht-genehme Artikel waren sehr lehrreich. 2014 wechselte ich zur «Basler Zeitung», wo ich inzwischen als Leiter der Regionalredaktion tätig bin. Die akademische Ausbildung schloss ich 2016 mit einer Dissertation zur Steuergeschichte der beiden Basel ab (das Thema ist spannender, als es klingt). Ausserordentlich profitiert in Sachen Organisation und Führung habe ich im Militär in der Offiziersschule und den anschliessenden Dienstleistungen. Seit 2011 bin ich mit meiner Frau Corinne glücklich verheiratet und stolzer Vater von drei Söhnen (6/4/3 Jahre alt).

# Laudatio

Laudatio für Christian Keller  
von *Stefan von Bergen*

Ich bin Nichtbasler und kann mich deshalb nicht an den grauenhaften Gestank vom Morgen des 1. Novembers 1986 erinnern, dafür aber an die Fotos der toten Fische im Rhein. Sie waren im vergifteten Löschwasser vom Brand in Schweizerhalle verendet. Der schlimmste Chemieunfall in der Schweiz ist lange her, Jüngere haben noch nie davon gehört. Aber jetzt kommt da ein jüngerer Kollege und gräbt wieder aus, was vor über 30 Jahren geschehen ist. Er erzählt nicht einfach eine historische Rekonstruktionsgeschichte. Nein, er hat den Ehrgeiz, die bis heute unbelegte Brandursache in der Sandoz-Halle von Schweizerhalle aufzudecken. Und er geht dabei das Risiko ein, alte Seilschaften der Verschwiegenheit aufzuschrecken und den wohligen Frieden zu stören, den Basel mit der ungeklärten Katastrophe geschlossen hat.

Nicht irgendeine komplexe chemische Reaktion hat laut Christian Keller den verheerenden Brand entfacht, sondern die Kalberei eines Chemikers. Dieser soll in der Lagerhalle voller selbstentzündlichem Chemieabfall Feuerwerkszeug für eine Abschiedsfeier gelagert haben. Und das Feuerwerk sollte ausgerechnet einen abtretenden Feuerwehrkommandanten erfreuen. Die gut gemeinte geriet zur bösen Überraschung. Das ist, denkt man zuerst, zu schräg, um wahr zu sein. Aber Christian Keller tischt uns nicht einfach eine skurrile Geschichte auf. Minutiös befragt er Zeugen, sammelt Indizien und setzt sie zu einem möglichen Puzzle zusammen. Er beharrt auch nicht einfach auf seiner These, er lässt Widerspruch zu und den Verdächtigen zu Wort kommen. Der streitet natürlich alles ab.

Es wäre nicht das erste Mal, dass ein komplexes Ereignis eine banale, unerwartete, fast lächerliche Ursache hat. Dass man also am falschen Ort gesucht hat. «Die neuen Informationen stellen alle bisherigen Vermutungen auf den Kopf», sagt der damalige Leiter des Feuerwehreinsatzes von Schweizerhalle in Christian Kellers Text. Um eine Geschichte zu verstehen, meine Damen und Herren, muss man sie manchmal auf den Kopf stellen.

Zugegeben: Christian Keller kann nicht beweisen, dass es sich wirklich genauso zugetragen hat. Aber das verschmerzt man. Denn er hat mit so viel Akribie recherchiert, er hat sein Ziel mit solcher Beharrlichkeit verfolgt, und er erzählt diese Story so kraftvoll, neugierig und unvoreingenommen, dass man sich denkt: Es könnte wirklich so gewesen sein.

# «Er prahlte damit, auf diese Weise den Chemieabfall elegant zu entsorgen»

Erschienen am 4. März 2017

*Hat ein leitender Sandoz-Angestellter wegen einer Abschiedsparty 1986 die Katastrophe von Schweizerhalle verschuldet? Neue, brisante Zeugnisaussagen belasten ihn schwer*

Von Christian Keller

Muttenz. Als Hans Müller\* am 1. November 1986 kurz nach Mitternacht auf der Rheinfelderstrasse das Ende des Hardwalds erreichte und sich vor ihm auf der rechten Seite das Werksgelände der Sandoz in Schweizerhalle auftat, war das Wetter trocken und milde. Die Temperaturen lagen um die acht Grad. Von Osten her wehte ein leichter Wind.

Gedanklich befasste sich der leitende Sandoz-Angestellte mit einer kostenintensiven chemischen Produktion, die er in den frühen Morgenstunden in seinem Betrieb kontrollieren wollte. In dem Moment, als sein Blick auf die Halle 956 fiel, muss ihm das Herz in die Hose gerutscht sein. Das Gebäude befand sich am westlichen Rand des Areals und war von der Rheinfelderstrasse aus gut sichtbar. Müller täuschte sich nicht: In Halle 956, einem Lager für Agrochemikalien ohne besondere Brandschutzvorrichtungen, war Feuer ausgebrochen. War es seine Schuld? Konnte es sein, dass seine Vorbereitungen für eine gutgemeinte Überraschungsaktion einen bösen Lauf genommen hatten? Noch hatte niemand etwas bemerkt.

Als der Chemiker in seinem Auto um 00.15 Uhr – diesen Zeitpunkt gab er später in der Zeugenbefragung an – die Empfangspforte des Sandoz-Werks Muttenz passierte, erwähnte er seine Beobachtung mit keinem Wort. Hoffte er, die brenzlige Situation eigenhändig unter Kontrolle bringen zu können? So, dass nie jemand von dem Vorfall erfuhr? Ob es einen solchen Lösversuch tatsächlich gegeben hat, ist nicht gesichert. Fakt hingegen ist, dass um 00.19 Uhr eine Patrouille der Baselbieter Polizei sowie ein Chemiearbeiter im Betriebsgebäude 935 zeitgleich Alarm schlugen.

## Verheerende Auswirkungen

Drei Jahrzehnte ist es her, seit es in Schweizer-

halle zu einem der schlimmsten Chemieunfälle Europas gekommen ist. Bei dem Unglück verbrannten 1350 Tonnen Chemikalien, darunter vor allem Agrochemieprodukte. Um ein Haar wäre auch Halle 955 in unmittelbarer Distanz zum Brandort von den Flammen erfasst worden. Dort hatte die Sandoz ihre Natriumbestände untergebracht. Da die Substanz bei Wasserkontakt explosionsartig reagiert, hätte die Feuerbekämpfung zu verheerenden Auswirkungen geführt.

In 250 Meter Entfernung befand sich zudem ein Lager mit Phosgen, einem Giftgas, das im Ersten Weltkrieg eingesetzt worden war. Wie durch ein Wunder blieb es beim Materialschaden. Abgesehen von einzelnen Atemreizungen gab es weder Verletzte noch Tote.

Dafür verendeten Abertausende Fische im Rhein, vergiftet durch abgeleitetes Löschwasser, das den Fluss rot färbte. Die rheinabwärts fliessende Schmutzwelle verursachte Umweltschäden bis nach Rotterdam. Über die Stadt Basel legte sich während Tagen ein grauenhafter Geruch. Es stank nach faulen Eiern.

Die Bevölkerung befand sich in einem Zustand zwischen Schockstarre und Wut. Auf brutale Weise hatte sich das unterschätzte Gefahrenpotenzial einer Branche ins öffentliche Bewusstsein gedrängt – einer Branche, an der Tausende Arbeitsplätze hingen. Der Krisenstab musste eingestehen, dass sein Alarmierungskonzept versagt hatte. Es kam zu Massenkundgebungen auf dem Marktplatz. «Unser Tod ist im grossen Geschäft eingepflanzt», prangte auf einem der Transparente. Als sich Verantwortliche von Sandoz und den Behörden an einem Podium im Stadtcasino der Öffentlichkeit stellten, wurden sie bespuckt und mit toten Aalen beworfen.

Für den Basler Chemiekonzern, der 1996 mit Ciba-Geigy zu Novartis fusionierte, bedeutete das Debakel nicht nur einen gewaltigen Imageschaden, sondern es hatte auch Kostenfolgen in der Höhe von 140 Millionen Franken.

## Bekannt als «Hasardeur»

Die bis heute nicht geklärten Gründe für den Jahrhundertbrand und wer die Schuld daran

trägt, führen zurück zum Protagonisten dieser Geschichte: Hans Müller. Ehemalige Weggefährten und Vorgesetzte beschreiben ihn im Gespräch mit der BaZ als schillernde, extrovertierte Persönlichkeit; eine Arbeitskraft, die hemdsärmelig, leutselig und rund um die Uhr erreichbar gewesen sei. Ein «Chemiker der alten Schule, kein Theoretiker». Er sei bei der Umsetzung chemischer Verfahren durch eine gewisse «Experimentierfreudigkeit wie ein Daniel Düsentrieb» aufgefallen. Auf einem Zeitzeugen-Forum räumt Müller freimütig ein, im Ruf eines «Hasardeurs» gestanden zu haben. Nach dem Katastrophenereignis von 1986 sei sein Betrieb bezüglich Sicherheitskontrollen «als erster» überprüft worden.

In den Fokus der aufwendigen Ermittlungen geriet Müller nie. Dies ist den umfangreichen Untersuchungsberichten der Achtzigerjahre zu entnehmen, welche die Baselbieter Staatsanwaltschaft der BaZ zur Sichtung freigegeben hat. Erstmals war es möglich, auch Einsicht in bislang unter Verschluss gehaltene Expertisen zu nehmen. Dazu gehört auch die 75-seitige Privatanalyse von Ernst P. Martin. Die Sandoz-Konzernleitung hatte den langjährigen Chef der Basler kriminaltechnischen Abteilung beauftragt, im Geheimen eigene Recherchen anzustellen.

Dass Müller bei allen Nachforschungen unbeachtet blieb, liegt auf der Hand: Zwischen seinem Zuständigkeitsbereich und der Brandhalle 956 existierten keinerlei Verbindungen. Es lagen auch keine Hinweise vor, die ihn verdächtig machten. 1988 teilte der beigezogene Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich dem Statthalteramt Arlesheim mit, dass «als wahrscheinlichste Brandursache» das Schrumpfen von Berlinerblau-Paletten eruiert worden sei. Versuche hätten gezeigt, dass der Farbstoff «sehr leicht entzündet werden kann». In der Woche vor dem Brand seien mit einem Propangasbrenner Berlinerblau-Papiersäcke auf Paletten geschrumpft und in der Halle 956 eingelagert worden. «Es deutet alles darauf hin, dass ein Palett mit einem Glutherd in einem Stapel ohne Weiteres während zwölf Stunden glimmen kann, bis ein offener Brand ausbricht.»

## Verfahren 1992 eingestellt

Der Befund blieb ohne strafrechtliche Konsequenzen. Weder der Betriebsarbeiter, der den Schrumpfbrenner bedient hatte, noch die Firma Sandoz wurden angeklagt. Im Juni 1992 stellte der Erste Baselbieter Staatsanwalt Adrian Jent, heute Strafrichterpräsident in Liestal, das Verfahren wegen des qualifizierten fahrlässigen Verursachens einer Feuersbrunst ein – «mangels eines hinreichenden Beweises der Brandursache und eines strafrechtlich relevanten Verschuldens der angeschuldigten Personen», wie in einem Pressecommuniqué begründet wurde. Es lägen «weitere Erkenntnisse aus den Untersuchungen sowie Expertisen» vor, welche die Schlussfolgerung des Wissenschaftlichen Dienstes infrage stellen würden. Andere Brandursachen wie zum Beispiel Brandstiftung seien als «ebenso wahrscheinlich» zu beurteilen.

An der Berlinerblau-These der Stadtzürcher Polizei hatte es ohnehin immer grosse Zweifel gegeben. Diverse Gerüchte und Vermutungen kolportierten den Verdacht von Fremdeinwirkung. Im Jahr 2000 erzählte der ehemalige CIA-Agent Vincent Cannistraro im deutschen Fernsehen, die Stasi und der russische Geheimdienst KGB hätten Schweizerhalle angezündet, um von der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl abzulenken. Belege für diese abenteuerliche Behauptung liessen sich jedoch keine finden.

Nun steht eine weitere, vollkommen neue Version zur Brandursache im Raum. Vor einigen Wochen sind ehemalige Sandoz-Mitarbeiter an die BaZ herantreten mit Informationen, die bislang niemandem bekannt waren – und die Hans Müller, den seinerzeit im Sandoz-Werk allseits bekannten Kaderangestellten, schwer belasten.

Beschrieben wird der folgende Sachverhalt: Um dem abtretenden Kommandanten der Werkfeuerwehr, Hermann Stämpfli, bei seinem Abschiedsfest eine Überraschung zu bereiten, habe Müller am Nachmittag des 31. Oktober 1986 – unter krasser Missachtung der Sicherheitsvorschriften – Feuerwerk und selbstentzündlichen Chemieschutt in der Halle 956 deponiert. Er selbst gehörte auch der Werksfeuerwehr an und hatte leichten Zugang zu allen Räumlichkeiten. Müllers Absicht sei es gewesen, am darauf folgenden Abend des 1. November Stämpfli und der feiernden Gesellschaft ein unangekündigtes Feuerspektakel zu bieten. In der für Übungszwecke ausgehobenen Brandgrube nördlich von Halle 956 sollte die Show über die Bühne gehen. Nur ein sehr kleiner Personenkreis sei in diesen Plan eingeweiht gewesen.

Auf Anfrage bestreitet Hans Müller, der vor Jahren in Pension ging und nicht mehr in der



Aufräumarbeiten nach der Katastrophe vom 1. November 1986

Region lebt, die Vorwürfe dezidiert: «Das ist Unsinn. Ich weiss gar nicht, wie ich das hätte bewerkstelligen sollen.»

Sind bei der BaZ Verschwörungstheoretiker vorstellig geworden? Was ist das Motiv, nach so langer Zeit an die Medien zu gelangen und eine solche Geschichte aufzutischen? Wie glaubwürdig sind diese Aussagen? «Es geht uns nicht darum, Personen an den Pranger zu stellen. Mögliche Straftaten sind ohnehin längst verjährt. Aber die Öffentlichkeit hat ein Recht, die Wahrheit zu erfahren, was 1986 tatsächlich geschehen ist», erklären die Ex-Sandoz-Leute der BaZ. Weshalb melden sie sich erst jetzt? «Wir sind selber noch nicht lange im Bild über das damalige fahrlässige Vorgehen. Wir hatten davon keine Ahnung», sagen sie.

### Festivitäten, die nie stattfanden

Wäre im Herbst 1986 alles nach Plan gelaufen, hätte am Samstag des 1. November um 9.00 Uhr die jährliche Hauptübung der Werkfeuerwehr Sandoz begonnen. Vertretern der Geschäftsleitung sowie der Belegschaft und ihren Familienangehörigen wäre demonstriert worden, wie die heranrückende Löschmannschaft bei der Halle 956 eine Brandgrube mit entzündetem Lösungsmittel unter Kontrolle bringt. Danach hätten Beförderungen, ein Mittagessen und schliesslich die bis in die frühen Morgenstunden dauernde Abschiedsfeier von Kommandant Stämpfli inklusive Überraschungsattraktion auf dem Programm gestanden. Die Festivitäten fanden nie statt. Der Ernstfall kam ihnen zuvor.

Wer vom heiklen und nirgends aufgeführten Lagergut in Halle 956 Kenntnis hatte, wer wusste, dass dort neben den aufgestapelten Chemiefässern und dem Berlinerblau verbotenerweise auch Feuerwerkskörper und selbstentzündlicher Chemieabfall aufbewahrt worden waren, der hielt den Mund. So wird es der BaZ berichtet. Niemand habe Kollege Müller verpfeifen wollen, der zwar leichtsinnig, aber gewiss nicht in böser Absicht gehandelt hatte. Und niemand habe Lust verspürt, in eine Angelegenheit hineingezogen werden, die rund um die Welt für Schlagzeilen gesorgt hatte.

Auch Mitwisser Peter Gantenbein\* verlor über die Sache nie ein Wort. Als ihn die BaZ im



60 Meter hohe Flammen

KEYSTONE / Michael Kupferschmidt

Februar kontaktiert, ist er alles andere als erfreut. Er fühlt sich hintergangen. Was ist geschehen? Bei einem Treffen unter Sandoz-Pensionären im vergangenen Jahr drehte sich das Gespräch einmal mehr um die offenen Fragen zum Schweizerhalle-Brand. Verschiedene Szenarien wurden diskutiert, bis Gantenbein nach dreissigjähriger Geheimniskäuferei sein Schweigen brach. Inzwischen bereut er es: Ohne seine Einwilligung seien seine Aussagen protokolliert und inklusive seiner Kontaktdaten an die BaZ weitergereicht worden, was er als schweren Vertrauensbruch empfinde.

### Das Hadern des Kronzeugen

Gantenbein ist der Ansicht, dass niemandem gedient sei, wenn die ganzen Vorkommnisse nochmals aufgerollt werden. Man solle es doch dabei bewenden lassen. Seinen richtigen Namen will er unter keinen Umständen in der Zeitung lesen. Angesprochen auf seine brisanten Äusserungen, macht er aber keinen Rückzieher. Gantenbein bestätigt mündlich wie schriftlich, dass zutreffend, was er 2016 bei einer Zusammenkunft offengelegt habe. Demnach hat er in Schweizerhalle Folgendes erlebt:

«Am Freitagnachmittag (31. Oktober 1986; Anm. d. Red.) sagte Müller zu mir, komm, wir fahren rasch mit dem Auto zum 956, ich zeige dir dann etwas. Auf der Westseite vom 956 angekommen, ging er mit mir in die Halle und zeigte mir das Feuerwerk, das er für die Hauptübung der Feuerwehr vorbereitet hatte.

Es war auch ein Fass aus dem Betrieb 926C dabei, worin Chemieschutt war, der selbstentzündlich sei. Alles war auf einem «Wägeli», so einem «Wägeli», wie man es im Betrieb hat. Müller prahlte sogar noch damit, dass er die Idee hatte, im Rahmen des Feuerwerks seinen Chemieabfall durch Verbrennen auf elegante Weise entsorgen zu können.»

Zur Frage, weshalb Müller sein Risiko-Material ausgerechnet im 956 abstellte, meint Gantenbein: «Die Lagerhalle war eben nahe beim Platz, wo jeweils die Feuerlöscherübungen durchgeführt wurden, dort hätte er das Feuerwerk gezündet.» Warum liess Gantenbein die Polizei im Dunkeln? «Ich wollte nicht in die ganze Maschinerie mit hineingezogen werden.» Ausserdem sei er vom Statthalteramt nie einvernommen worden.

Der angeschuldigte Hans Müller nennt diese Darstellung einen «herrlichen Gag» und versichert, «jegliche Fragen der BaZ ehrlich zu beantworten». Ihm sei kein einziges Ereignis bekannt, bei dem auf dem Werksgelände pyrotechnische Artikel eingesetzt worden seien. Und mit selbstentzündlichen Substanzen habe man einen vorsichtigen Umgang gepflegt. «Auf die sichere und umweltgerechte Entsorgung von Chemieabfällen wurde bei Sandoz schon immer grosse Aufmerksamkeit gelegt», schreibt er der BaZ in einer E-Mail. Vor der Brandkatastrophe 1986 habe es denn auch keine Zwischenfälle gegeben: «Das hätte ich gewusst.»

## Zwischenfälle mit Chemieabfall

Brandrapporte der Sandoz, die der BaZ zugespielt wurden, sprechen allerdings eine andere Sprache. Immer wieder musste die Werkfeuerwehr aufgeboten werden, weil es zu spontanen Brandausbrüchen bei Chemieabfällen gekommen war. Das belegen Dokumente aus dem Jahr 1975. So meldete beispielsweise am 29. Juni um 3.40 Uhr der Securitas-Wächter einen Feuerschein im Bau 927C. «Da der ganze Bau mit Rauch gefüllt war, musste die Feuerwehr mit Atemschutzgeräten ausgerüstet werden», steht im Protokoll der Werksleitung Muttenz. Mit einer Schlauchleitung habe das Feuer durch Wasserdampf gelöscht werden können. «Der Brandherd war eine mit Rückstand gefüllte Metallmulde.»

Bereits am 4. April 1975 hatte auf dem Areal Süd eine «Chemieschuttmulde mit Destillationsrückständen aus Leukophor EGM-Fabrikation vermischt mit Hobelspänen» Feuer gefangen. Im Eintrag vom 13. Oktober ist von demselben Problem zu lesen. Interessant ist der im Rapport von Feuerwehrrückführer Stämpfli vermerkte Satz: «Die Bearbeitung dieses Abfallproblems muss nochmals überdacht werden.»

Das Sicherheitsrisiko, das vom selbstentzündlichen Chemieschutt ausging, stellte die Sandoz-Produktionsbetriebe also sehr wohl vor Schwierigkeiten. Dass Hans Müller darüber nicht informiert war, wie er behauptet, ist schwer vorstellbar: Er teilte sich das Büro mit dem Leiter jenes Betriebs, wo sich die Vorfälle ereignet hatten.

«Die Handhabung von organischem Dreck, wie wir es nannten, stellte eine echte Herausforderung dar», erklärt ein früherer Sandoz-Mann. «Wenn nur schon ein Fass nicht vollständig abgedichtet war, konnte es gefährlich werden.» Die Person erwähnt den besonders sensiblen Katalysator «Raney-Nickel». In einem Merkblatt wird gewarnt: «Trocknet die Substanz an der Luft, erfolgt eine spontane Entzündung.» Man solle die Substanz «kühl und möglichst unter Schutzgas lagern».

Raney-Nickel sei bei chemischen Verfahren als Restprodukt zurückgeblieben, sagt der Wissenschaftler, der bei Sandoz verschiedene

Funktionen bekleidete. «Die Entsorgung war sehr aufwendig. Sich des Materials im Rahmen eines Feuerwerks zu entledigen, ist natürlich eine gerissene Idee. Wenn einer im Werk auf einen solchen Einfall kommen konnte, dann Müller. Und nur in seinem Betrieb gab es meines Wissens einen Produktionsprozess, bei dem ein selbstentzündlicher Katalysator eingesetzt wurde. Vermutlich handelte es sich dabei um Raney-Nickel.»

Wie der Chemieexperte ausführt, sei dieser Katalysator zusammen mit organischen Nebenprodukten durch eine Filtration wieder aus dem Produktionsprozess entfernt worden. «Danach musste er als Chemieabfall entsorgt werden.»

Befand sich in Halle 956 Feuerwerk und selbstentzündlicher Chemieschutt, der wegen einer undichten Abdeckung mit Sauerstoff in Berührung kam und sich erhitze? Entwickelte sich daraus ein offenes Feuer, das rasch auf die umliegenden Lagerbestände übergriff und die Feuerwerkskörper wie Raketen durch den Raum schiessen liess? So lautet die These, die dreissig Jahre nach Schweizerhalle zu einer völlig neuen Ausgangslage führt, was die Spekulationen zur Brandursache betrifft.

## Feuerwehrchef ist sich sicher

Die BaZ hat die aufgetauchten Zeugenberichte sowie das freigegebene Aktenmaterial der Baselbieter Staatsanwaltschaft Werner Kaupp vorgelegt. Der ehemalige Werkfeuerwehrrückführer der Sandoz leitete den historischen Einsatz in Schweizerhalle. In den Augen vieler älterer Zeitgenossen gilt er als Held (eine Formulierung, die er gar nicht mag), weil er sich mit seiner 392-köpfigen Löschmannschaft mutig und entschlossen der unberechenbaren Feuersbrunst entgegenstellte und die Region vor einem todbringenden Inferno bewahrte. Dass er 1992 zu einer Busse von 200 Franken verurteilt wurde, weil er bei den Aufräumarbeiten das Brandareal geschwemmt statt abgesaugt hatte, wodurch der Rhein stark verunreinigt wurde, löste einen Entrüstungssturm aus. Die Zeitungen schrieben von einem «Skandal-Urteil».

Beim Besuch in seinem Baselbieter Domizil erinnert sich Kaupp an die belastende und intensive Zeit um 1986. Von Feuerwerk und

Chemieschutt sei damals in seinen Kreisen nie die Rede gewesen. Doch jetzt, wo er die Unterlagen durchgehe, falle es ihm wie Schuppen von den Augen: «Anhand von Gantenbeins Beschreibungen fügen sich verschiedene Puzzelstücke zu einem Ganzen zusammen. Im südwestlichen Teil der Halle 956 ereignete sich der Brandausbruch. Das konnte in den Gutachten zu 200 Prozent bewiesen werden. Es ist kein Zufall, dass sich Müllers Materialwagen laut Gantenbein exakt in diesem Abschnitt befunden hat. Ihn an dieser Stelle zu platzieren, war logisch, weil sich dort ein Zugangstor befand und die Entfernung zur Brandgrube nur gering war.»

Das Dementi von Hans Müller, der die geschilderten Vorgänge als «Unfug» bezeichnet, beeindruckte ihn nicht. «Würden Sie einen solch schlimmen Fehler je zugegeben?»

Er habe die offizielle Version zur Brandursache mit dem Berlinerblau nie für stichhaltig gehalten, sagt Kaupp. Bei den zahlreichen Tests der Stadtpolizei Zürich sei er anwesend gewesen. «Entweder wurden die Schrumpffolie und das Berlinerblau im Papiersack mit einem heissen Nagel durchgestochen, was mir ein fragwürdiges Vorgehen schien. Oder man hielt den Propangasbrenner unverhältnismässig lange auf die Verpackungsfolie, bis sich mehrere Löcher bildeten.» Beide Versuchsanordnungen hätten der Realität nicht entsprochen. «Zudem war das Verschweissen eine alltägliche Praxis. Es hätte also schon viel früher zu einem Brand kommen müssen», findet Kaupp.

## Plausible Zeugenaussagen

Bei der Durchsicht der Untersuchungsakten fällt auf, dass diverse Zeugenaussagen zur neuen These passen könnten. So gaben mehrere Personen an, sie hätten um Mitternacht «schusssalvenartige Geräusche aus Richtung Sandoz-Areal» und «Zischgeräusche» gehört. Der Wissenschaftliche Dienst ordnete die Wahrnehmungen explodierendem Eternit und dem Bersten von Eisenfässern zu, was einen «kanonenschussartigen oder raketenartigen Knall» bewirke. Könnte es sich aber nicht auch um Müllers Feuerwerkskörper gehandelt haben, die in der Halle einen Höllenkrach verursachten?



Zwischen Schockstarre und Wut

zVg

Ferner liess sich erhärten, dass SBB-Rangierarbeiter in Muttenz bereits vor Mitternacht aus 956 schwarzen Rauch hatten aufsteigen sehen. Das würde zum erwähnten Katalysator Raney-Nickel passen, der wahrscheinlich im von Gantenbein beschriebenen Fass mit Chemieabfall enthalten war. Entzündet sich die Problemsubstanz, so bildet sich schwarzer Rauch. Berlinerblau hingegen verglimmt farblos.

Ein weiteres Indiz bezieht sich auf einen Streit, der sich in den Tagen nach dem Schweizerhalle-Brand abspielte. Dabei ging es eigentlich um eine Lappalie, wie der BaZ beschrieben wird: Weil im Betrieb von Hans Müller ein Materialwagen fehlte, holte sich der Werkarbeiter im Nachbargebäude ungefragt Ersatz. Das sorgte dort für dicke Häuse. «Erst jetzt hat diese Reminiszenz für mich eine ganz andere Bedeutung erhalten», sagt ein ehemaliger Sandoz-Mitarbeiter. «Fehlte das Transportgerät nicht gerade deshalb, weil es in der Halle 956 zerstört wurde?»

### Ermittler: Keine Neubeurteilung

In den Augen des Untersuchungsbeamten Kurt Zollinger besteht aufgrund der vorliegenden

Aspekte kein Anlass, eine Neubeurteilung vorzunehmen. Der studierte Chemiker gehörte ab 1987 zum Team des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich und war an der Rekonstruktion des Brandhergangs in Schweizerhalle beteiligt. Heute ist er in gleicher Funktion beim Forensischen Institut in Zürich tätig. «Die Entzündung von Berlinerblau gilt für mich nach wie vor als wahrscheinlichster Erklärungsansatz», sagt Zollinger.

Waren die Ermittler über das Feuerwerk und den selbstentzündlichen Chemieschutt im Südwesten von Halle 956 orientiert? «Nein, davon höre ich zum ersten Mal.» Allerdings sei der Brandschutt «akribisch» nach Gegenständen durchsucht worden, die nicht zur Halle passten. Dabei habe es keine auffälligen Funde gegeben. Im Gutachten steht hierzu: «Soweit dies beurteilt werden kann, waren im Lager keine selbstentzündlichen Produkte vorhanden.»

Ein Befund ohne hundertprozentige Garantie, wie Zollinger selber festhält: «Das Feuer, gerade bei einem Ausmass wie in Schweizerhalle, zerstört immer auch Beweise. Ganz ausschlies-

sen kann ich deshalb nicht, dass die aktuell diskutierte Spur nicht doch die richtige ist.» Wenn entsprechende Hinweise eingegangen wären, hätte der Wissenschaftliche Dienst noch vertiefere Abklärungen vorgenommen, sagt Zollinger. «Ausserdem wäre der Betroffene vom Statthalteramt einvernommen worden.»

So weit ist es nie gekommen. Nachdem er am 1. November 1986 in der Sandoz angekommen sei, habe er zu den ersten Feuerwehrleuten gehört, die am Schadenplatz eingetroffen seien, schreibt Hans Müller auf der erwähnten Zeitzeugen-Plattform. Bis am nächsten Tag um 14.00 Uhr habe er pausenlos im Einsatz gestanden. Half Hans Müller mit, seinen eigenen Brand zu löschen? Zeugenaussagen, Untersuchungsberichte und Sandoz-Rapporte, die der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt waren, legen diesen Schluss nahe.

*\*Richtige Namen der Redaktion bekannt.*

---

# In welche Richtungen ermittelt wurde

*Untersucht wurde fast alles – Feuerwerk und Chemieabfall waren aber kein Thema*

Von *Christian Keller*

Muttenz. Aufgrund bislang nicht bekannter Aussagen von Ex-Sandoz-Mitarbeitern steht eine neue These im Raum, weshalb es 1986 in Schweizerhalle zur Katastrophe gekommen ist. Ein leitender Angestellter soll für eine bevorstehende Abschiedsfeier des Werksfeuerwehr-Kommandanten am 31. Oktober 1986 verbotenerweise Feuerwerk und selbstentzündlichen Chemieabfall in der Halle 956 deponiert haben. Das Material war auf einem Transportwagen gelagert. Stunden später kam es zum Grossbrand. Wahrscheinlich war die Abdichtung des in einem Fass enthaltenen Chemieabfalls mangelhaft. Dies führte zum Kontakt mit Sauerstoff, wodurch sich das Fass selbst entzündete, bis schliesslich ein offenes Feuer ausbrach.

Von Feuerwerk und Chemieabfall wussten die Ermittler 1986 und auch in den Folgejahren nichts. Dies geht aus den verschiedenen Untersuchungsberichten hervor, welche die BaZ im Baselbieter Staatsarchiv erstmals einsehen konnte. Interessant sind vor allem die Expertisen des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei Zürich (beauftragt vom Statthalteramt Arlesheim) sowie das Privatgutachten des

Basler Kriminalisten Ernst P. Martin (im Geheimen beauftragt von der Sandoz). Nachfolgend eine Auflistung der Spuren, die bei den Abklärungen verfolgt wurden:

## **Brandstiftung:**

Ernst P. Martin kam nach Befragungen von Sandoz-Werksmitarbeitern und aufwendigen Rekonstruktionen zum Schluss, dass «auf Brandstiftung hinweisende Parallelen» zu anderen Chemielagerbränden «nicht übersehbar» seien. Mehrere Bombendrohungen und Brandfälle, die sich im Umfeld der Sandoz vor und nach der Brandkatastrophe 1986 ereignet hätten, würden auf eine «gegen die Firma Sandoz agierende Gegnerschaft» hinweisen. Der Wissenschaftliche Dienst der Stadtpolizei Zürich (WD) teilte diese These nicht: «Wir fanden keine Spuren, die auf Brandstiftung hingewiesen hätten. (...) Wir fanden nur Teile, die eindeutig einer der im Gebäude vorhandenen Elektroinstallationen zugeordnet werden konnten.»

## **Falsche Lagerung:**

Die Abklärungen des WD ergaben, dass «keine Stoffe eingelagert waren, welche bei

Raumtemperatur brandtechnisch problematisch sind.»

## **Rauchverbot missachtet:**

«Es ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass am Brandtag in der Halle 956 geraucht worden war», so der WD.

## **Elektrischer Defekt:**

Als mögliche Zündquellen seien in der Halle lediglich die elektrischen Installationen vorhanden gewesen. Gemäss WD seien nach dem Brand noch alle Sicherungselemente intakt gewesen. «Eine Brandentstehung durch elektrische Energie kann daher ausgeschlossen werden.»

## **Schrumpfen von Berliner Blau:**

Laut dem WD bis jetzt die «wahrscheinlichste Brandursache». Beim Schrumpfen von Berliner-blau-Papiersäcken mit einem Propangasbrenner sei das Pigment entzündet worden.

Der

# Zürcher Journalistenpreis 2018

wird

**Alexandre Haederli   Oliver Zihlmann   Christian Brönnimann**  
**Catherine Boss   Julie Jeannet   Hannes von Wyl**  
**Marie Parvex   Mario Stäuble**

für Ihre Artikelserie

## **Paradise Papers**

erschienen im Tages-Anzeiger, in der Sonntagszeitung und im Newsnet  
vom November 2017, verliehen.

Zürich, 15. Mai 2018

Die Jury:



Hansi Voigt



Hannes Britschgi



Susan Boos



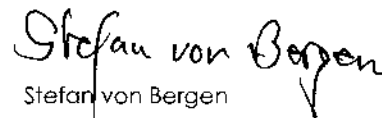
Lisa Feldmann



Alain Zucker



Nind Jecker



Stefan von Bergen



# Preisträger



1.



2.



3.



4.



5.



6.



7.



8.

## Autorenteam

1. Oliver Zihlmann

2. Catherine Boss

3. Christian Brönnimann

4. Alexandre Haederli

5. Julie Jeannet

6. Marie Parvex

7. Mario Stäubli

8. Hannes von Wyl

## Biografien

*Alle Autoren sind Mitglieder des Recherchedesk von Tamedia.*

- Oliver Zihlmann, 1972, ist Co-Leiter des Desk. Er arbeitete zuvor für die «Sonntagszeitung», «Tagesschau» und «10 vor 10».
- Catherine Boss, 1961, war vor ihrer Arbeit beim Recherchedesk Reporterin im Newsteam der «Sonntagszeitung».
- Christian Brönnimann, 1982, war vor seiner Arbeit beim Recherchedesk Bundeshausredaktor für «Tages-Anzeiger» und «Der Bund».
- Alexandre Haederli, 1983 ist Spezialisten für Datenjournalismus im Recherchedesk. Er arbeitete zuvor bei «Le Matin Dimanche».
- Julie Jeannet, 1988, ist Volontärin im Desk und war vorher bei Amnesty International
- Marie Parvex, 1980, arbeitete beim «Nouvelliste» im Wallis und später als Datenjournalistin bei «Le Temps».
- Mario Stäubli, 1983, stiess 2011 als Volontär zum «Tages-Anzeiger» und wurde danach ins Rechercheteam aufgenommen.
- Hannes von Wyl, 1987, ist Volontär im Recherchedesk. Zuvor arbeitete er beim «Tages-Anzeiger», «SRF News» und «20 Minuten».

# Laudatio

Laudatio zur Artikelserie «Paradise Papers», erschienen in «Tages-Anzeiger», «Sonntagszeitung», «Newsnet» von Catherine Boss, Christian Brönnimann, Alexandre Haederli, Julie Jeannet, Marie Parvex, Mario Stäuble, Hannes von Wyl und Oliver Zihlmann.

Von *Susan Boos*

Ich muss gestehen, am Tag, als erstmals von den «Paradise Papers» die Rede war, dachte ich: Nicht schon wieder!

Erinnern Sie sich noch an die «Panama Papers»? An die «Swiss Leaks» oder die «Offshore Leaks»?

Der Plot ist immer derselbe: Böse Kerle suchen schöne Insel für ihre Kohle.

Die Geschichten lasen sich wie Telefonbücher. Lange Listen mit Namen – so sexy und aufregend wie ein Ganzkörperpyjama.

Und jetzt also die «Paradise Papers», geleakte Daten einer Kanzlei, die auf den Bahamas residiert.

Eigentlich wollte ich die Artikel nur querlesen. Das reicht für gewöhnlich, um halbinformiert über etwas ablästern zu können.

Doch das ging nicht. Die Geschichten zogen rein. Es ging um Leute und Firmen, die man in diesem Land kennt. Um Monika Ribar zum Beispiel, die Präsidentin des SBB-Verwaltungsrates. Oder darum, wie der Rohstoffkonzern Glencore in Afrika abzockt oder wie der Sportartikelhersteller Nike via Schweiz legal Steuern hinterzieht.

Das Geniale an der «Paradise»-Serie: Sie ist nicht nur gut recherchiert, sie ist auch brilliant aufgemacht und leichtfüssig erzählt.

Ich muss aber auch einräumen, dass heimlich Neid aufkam: Die können das, weil sie die Daten zugespielt bekommen haben. Und die können es, weil sie über immense Ressourcen verfügen. Soll man das jetzt auszeichnen?

Ja! Man soll, man muss. Warum? Weil es schlicht die relevanteste Recherche des ganzen Jahres war. Sie hatte einen unglaublichen Impact. Es kam zu Entschuldigungen und Anzeigen, zu

Untersuchungen und Sanktionen. Es ist ein Stück Aufklärungsjournalismus vom Feinsten.

Dass ein Team die Zeit und die Ressourcen bekommt, diese Arbeit zu leisten, ist nicht mehr selbstverständlich. Guter Journalismus kostet, doch die Medienbranche darbt und spart.

Umso wichtiger sind Institutionen wie das «International Consortium of Investigative Journalists», der «Tages-Anzeiger» und die «Sonntagszeitung» angehören. Es koordiniert und hütet die unterschiedlichen Leaks, auch die «Paradise-Papers».

Im Manifest des Konsortiums gibt es einen grossartigen Absatz: «Unser kollaboratives Modell basiert auf der Idee, dass viele Journalisten gemeinsam eine globale Wahrheit enthüllen können, eine Wahrheit, die immer wieder überprüft wird. Indem wir Rivalitäten aus dem Weg gehen und kommerziellen Druck aussperren, können wir uns darauf konzentrieren, wahre Geschichten von echter Bedeutung zu finden und zu teilen. (...) Das ist unser Beitrag zur Demokratie, zur Gleichheit, zur Transparenz.»

In diesem Sinne, liebes Paradise-Team, danke für eure phänomenale Recherche. Herzliche Gratulation!

Die Jury hat den «Tages-Anzeiger», die «Sonntags-Zeitung» und das «Newsnet» für die Recherchen zu den sogenannten Paradise Papers ausgezeichnet. Es handelt sich um eine umfangreiche Artikelserie, wovon hier drei beispielhafte Beiträge publiziert werden. Die weiteren Texte findet man unter folgender Internetadresse:

<https://interaktiv.tagesanzeiger.ch/2017/paradise-papers/?openincontroller>

# Wie ein Schweizer von Angolas Milliarden profitiert

Erschienen am 6. November 2017

*Jean-Claude Bastos verwaltet den angolanischen Staatsfonds. Das Datenleck zeigt: Die Geschäfte nützen ihm gleich mehrfach.*

Von Christian Brönnimann

Wer in einem Strafverfahren einschlägig verurteilt wurde, verwaltet normalerweise nicht Staatsvermögen in Milliardenhöhe. Jean-Claude Bastos ist eine Ausnahme. Am 13. Juli 2011 verurteilte das Zuger Strafgericht den 50-jährigen Schweiz-Angolaner und einen Geschäftspartner wegen mehrfacher qualifizierter ungetreuer Geschäftsbesorgung. Die beiden hatten von einer Beteiligungsgesellschaft unter ihrer Kontrolle widerrechtlich Gelder ausbezahlt, die teilweise in ihre eigenen Taschen flossen.

Trotz der rechtskräftigen Verurteilung hat Angola die Verwaltung seines 5 Milliarden Dollar schweren Staatsfonds ebendiesem Jean-Claude Bastos anvertraut respektive dessen Quantum-Global-Gruppe mit Hauptsitz in Zug.

Etwa jeder zweite Einwohner Angolas lebt in Armut, von weniger als zwei Dollar am Tag. Fast jedes dritte Kind ist unterernährt. Gleichzeitig profitiert eine kleine Oberschicht vom enormen Ölreichtum. 2012 gründete Angola den Staatsfonds mit dem erklärten Ziel, einen Teil dieses Reichtums zum Wohl der gesamten Bevölkerung einzusetzen. Das Land in Südwestafrica gilt laut Transparency International als eines der korruptesten weltweit.

Chef des Staatsfonds ist kein unabhängiger Kopf, sondern José Filomeno dos Santos, Sohn des im August abgetretenen Langzeit-Staatspräsidenten José Eduardo dos Santos. Er und der in Freiburg aufgewachsene Bastos sind seit vielen Jahren Freunde und Geschäftspartner.

Der angolanische Staatsfonds lässt sich Bastos' Dienste sehr viel kosten. Der Deal läuft so: 3 Milliarden Dollar des Staatskapitals liegen in sieben Investment-Fonds, die Quantum Global 2014 und 2015 in der Steueroase Mauritius gegründet hat. Eine mauritische Quantum-Global-Firma verwaltet die Fonds. Dafür erhält diese Firma 2 bis 2,5 Prozent der 3 Milliarden pro Jahr. Das macht ab

2015 ein garantiertes jährliches Einkommen von 60 bis 70 Millionen Dollar.

Trotz der hohen regelmässigen Gebühren kamen 2014 noch weitere Zahlungen hinzu. Laut Geschäftsbericht des Staatsfonds erhielten diverse Bastos-Firmen in diesem Jahr rund 120 Millionen Dollar für Beratungsdienstleistungen.

## Ein Privatjet für 30 Millionen

Bastos nahm sowohl schriftlich als auch in einem zweistündigen Gespräch zu Fragen Stellung. Im Gespräch war er sehr engagiert und wirkte überzeugt davon, in Afrika viel Gutes zu bewegen. Er sagte, die Entschädigungen entsprächen «Branchenstandards».

Der kanadische Ökonom und Staatsfonds-Experte Andrew Bauer widerspricht. Er sagt, die Gebühren erschienen «ausserordentlich hoch». Bauer kritisiert die Mandatsvergabe an Bastos. Sie zeuge «von einem erheblichen Mangel an Sorgfalt». Normalerweise führten Staatsfonds zur Auswahl ihrer Manager eine öffentliche Ausschreibung durch, was in diesem Fall nicht geschah. «Bewerber mit einer einschlägigen Vorstrafe kommen in einem solchen Verfahren kaum zum Zug», sagt Bauer. Zudem vertrauten Staatsfonds normalerweise nicht mehr als 10 Prozent des Kapitals demselben Manager an.

Der Staatsfonds schreibt, Quantum Global sei nach einem objektiven Bewertungsprozess und aufgrund von herausragenden Leistungen gewählt worden.

Quantum Global und Bastos arbeiten eng mit der Kanzlei Appleby in Mauritius und auf den Britischen Jungferninseln zusammen. Deshalb finden sich in den Paradise Papers Hunderte Dokumente über die Vorgänge. Appleby führt Bastos wegen seiner Nähe zum angolanischen Machtapparat als Hochrisiko-Kunden.

Die Dokumente zeigen, dass Bastos der alleinige Inhaber der mauritischen Quantum-Global-Firma ist, welche die Managementgebühren erhält. Sie offenbaren auch, dass die Gebühren so hoch sind, dass sich Bastos für 2014 Dividenden, also eine Gewinnausschüttung, von 13 Millionen und für 2015 von 28 Millionen Dollar auszahlen konnte.

Die Millionen flossen in vier Tranchen auf ein Konto bei der inzwischen aufgelösten

Skandal-Bank BSI in Lugano. Das Konto wurde von einer Briefkastenfirma von Bastos auf den Britischen Jungferninseln gehalten.

«Dass ich gut verdiene, will ich nicht wediskutieren», sagt Bastos. Die Dividenden seien aber nicht einfach Gewinn, sondern er brauche sie, um sein Firmennetz mit weltweit rund 600 Mitarbeitern am Laufen zu halten.

Die Dokumente zeigen weiter, dass die mauritische Quantum-Global-Firma zumindest bis Ende 2015 fast ausschliesslich als Durchlaufstelle diente. Sie erhielt die Managementgebühren und leitete 40 Prozent davon an eine Quantum-Global-Firma in der Schweiz weiter, die einen separaten Beratervertrag hatte. Abgesehen von kleinen Ausgaben blieb der ganze Rest auf dem Konto der Mauritius-Firma liegen – und Bastos konnte viel direkt als Dividende abschöpfen. Bastos sagt, heute habe er in Mauritius 35 bis 40 Leute angestellt.

Was macht Bastos mit all dem Geld? Er kaufte zum Beispiel einen Privatjet, eine luxuriöse Dassault Falcon 7X für rund 30 Millionen Dollar. Der Jet gehörte zuvor dem russischen Milliardär Alischer Usmanow. Seit September 2016 ist der Jet in der Schweiz registriert. Öffentliche Daten zeigen seither unter anderem Flüge nach Angola, Namibia, China, in die Schweiz und viele auf die spanische Ferieninsel Ibiza. Auf Mallorca gründete Bastos vor einem Jahr eine Immobilien-Firma.

## Investments in eigene Projekte

Die hohen Managementgebühren sind aber erst der Anfang. Mehrere Investments des ihm anvertrauten Staatsfonds nützen Bastos – als privatem Geschäftsmann – gleich selber. Das grösste ist der Bau eines Tiefseehafens in der angolanischen Provinz Cabinda. Dafür sprach der Staatsfonds 180 Millionen Dollar an eine Bastos-Firma. In dieses Projekt war SBB-Präsidentin Monika Ribar involviert (siehe Text rechts).

Ein zweites Projekt ist der Bau des High Tech Tower im Zentrum von Angolas Hauptstadt Luanda, ein modernes Hochhaus, das erst auf dem Papier existiert. Das Land, auf dem gebaut werden soll, ist im Eigentum einer Firma, die Bastos privat gehört. Am 19.

Dezember 2014 schloss einer der mauritischen Fonds, in dem das angolische Staatsgeld liegt, einen Vertrag mit dieser Firma. Darin sicherte der Fonds 157 Millionen Dollar für den Bau des Hochhauses zu. Das Projekt ist ein Joint-Venture. Eine zweite Firma von Bastos hat gemäss Vertrag den Projekt-Lead und will den Büroteil des Hochhauses entwickeln.

Der Vertrag hält fest, dass am Ende 100 der 157 Millionen Dollar des Fonds direkt dieser zweiten Bastos-Firma zukommen sollen, in Form einer Übernahme von Schulden, die beim Bau angefallen sind. Am Schluss soll der Fonds nur den Hotelteil erhalten.

Tom Keatinge leitet das Zentrum für Finanzkriminalität des renommierten britischen Thinktanks Rusi. Er hat Dokumente des 157-Millionen-Deals analysiert: «Offensichtlich lässt Bastos den Fonds in ein Projekt investieren, von dem er persönlich profitiert. Es besteht das Risiko, dass der Fonds zu viel für das Hotel bezahlt und auch den Teil des Gebäudes finanziert, der am Schluss Bastos gehört. Die Übernahme von Schulden ist zwar eine gängige Finanzierungsmethode, aber auch eine bekannte Möglichkeit, jemanden im Versteckten zu begünstigen», sagt Keatinge.

Bastos sagt, die Finanzierungsstruktur für das Projekt habe inzwischen geändert. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, vom Staatsfonds-Geld ungebührlich zu profitieren. «Es besteht und es bestand nie ein Interessenkonflikt», sagter. «Ich bin ein langfristiger Investor, der alles daran setzt, dass die Projekte erfolgreich realisiert werden. Die anderen Aktionäre und ich haben immer die gleichen Interessen an Wachstum und Erfolg des Projektes.» Zudem schliesse Quantum Global immer alle Vereinbarungen «at arms length» ab, das heisst, zu Marktbedingungen, denen auch unabhängige Partner zustimmen würden.

Für ein weiteres Hotelprojekt von Bastos sicherte der Fonds 40 Millionen Dollar zu, ebenfalls mit Vertrag vom 19. Dezember 2014. Die Entscheide dafür traf das Investment-Komitee am Vortag. Neben Bastos, der sich gemäss Sitzungsprotokoll doch wegen eines Interessenkonflikts der Stimme enthielt, nahmen zwei weitere Komiteemitglieder an der Sitzung teil. Das eine Mitglied ist ein italienischer Hoteldesigner. Das andere ein Schweizer Geschäftsmann. Dieser ist auch in einer leitenden Funktion tätig für eine Firma namens Turtle Management in Zürich. Und die spielt

in Bastos' Welt eine zentrale Rolle: Sie ist sein Family Office. Das Büro also, das sich um Bastos' private Geschäfte kümmert. Dazu gehören auch die Firmen, in die Geld vom Staatsfonds fliesst.

Das heisst übersetzt: Dieselbe Person, die das Privatvermögen von Bastos im Auge hat, entscheidet mit, wohin die angolischen Staatsmilliarden fliessen. «Die schweren Interessenkonflikte dieser Konstellation sind offensichtlich», sagt Staatsfonds-Experte Bauer.

### Plötzliche Wertsteigerung

Jean-Claude Bastos sagt, der Kadermann seines Family Office sei wegen seiner grossen Erfahrung in Afrika qualifiziert, die Investment-Vorschläge zu beraten. Generell betont er, dass er viel für den Staatsfonds erreicht habe. Dessen Nettovermögen sei trotz schwierigem Marktumfeld gestiegen, was die Leistungsfähigkeit von Quantum Global beweise.

Bloss: Die offiziellen Zahlen des Fonds werfen Fragen zu dieser Entwicklung auf. Bis vor kurzem stand der Fonds nämlich mit rund 300 Millionen Dollar im Minus. Dieses Minus wurde im Abschluss 2016 nur deshalb getilgt, weil der Fonds seine Investments neu bewertet hatte – und zwar um 290 Millionen Dollar höher als zuvor.

Der angolische Wirtschaftsprofessor Carlos Rosado de Carvalho hat die Berichterstattung der Fonds-Revisionsstelle konsultiert. Er kommt zum Schluss: «Das Resultat basiert auf fiktiven Werten und entspricht nicht der Realität.» Zur Veranschaulichung greift er zu folgender Analogie: «Ich kaufe ein Haus für 100 000 Dollar. Einen Tag später sage ich, das Haus hat nun einen Wert von 200 000 Dollar, und führe es so in meiner Buchhaltung. Das heisst noch lange nicht, dass sich der Wert des Hauses tatsächlich über Nacht verdoppelt hat.» Bastos behauptet, die Investments seien immer noch zu tief bewertet.

Es gibt noch mehr offizielle Zahlen: Demnach hat Quantum Global im ganzen Jahr 2016 neue Investments von gerade mal 26 Millionen Dollar getätigt. Rund 85 Prozent der 3 Milliarden Staatskapital in den mauritischen Fonds liegen nach wie vor ungenutzt auf der Bank. Die hohen Managementgebühren fliessen trotzdem.

Bastos stellt in Aussicht, Quantum Global habe viele weitere Investmentprojekte in der Pipeline, und verspricht, dass die ganzen 3

Milliarden bis spätestens 2019 investiert sein werden.

Die Paradise Papers bringen noch etwas ans Licht: Bastos hat gegenüber der mauritischen Finanzmarktbehörde unvollständige oder gar irreführende Angaben zu seiner Verurteilung von 2011 gemacht. Seinem Antrag zur Gründung der Firmen auf Mauritius legte er ein Schreiben seines Anwalts – und Quantum-Global-Verwaltungsrats – Martin Neese bei. Darin stellte Neese den angeblichen Sachverhalt der Verurteilung dar. Dabei wich er allerdings vom tatsächlichen Inhalt ab. Das zeigt ein Blick in das erstmals zugänglich gemachte Urteil des Strafgerichts Zug.

Anwalt Neese schrieb nämlich, Bastos habe sich nicht selber bereichert. Die Richter hielten im Urteil hingegen explizit fest, Bastos und sein Partner hätten im Zusammenhang mit einer Zahlung von 80 000 Franken «indirekt sich selbst (...) bereichert». Und: Es könne «von einer gewissen Selbstbedienungsmentalität» gesprochen werden.

Zudem liess Neese den für die Strafzumessung entscheidenden Bestandteil des Urteils, eine hohe bedingte Geldstrafe von 350 Tagessätzen oder knapp 160 000 Franken, unerwähnt und schrieb stattdessen, Bastos sei nur eine Busse von 4500 Franken auferlegt worden. Und auf die konkreten Zahlungen, für die Bastos verurteilt worden war, darunter ein Barbezug von 75 000 Euro, ging Neese gar nicht erst ein. Neese wollte sich auf Anfrage nicht dazu äussern. Bastos' Auszug aus dem Strafregister ist inzwischen wieder leer, weil die zweijährige Probezeit abgelaufen ist.

In einem Fragebogen der mauritischen Finanzmarktbehörde verneinte Bastos zudem, aktuell persönlich in ein Verfahren verwickelt zu sein. Tatsache ist hingegen, dass in Zug nach wie vor ein Zivilverfahren hängig ist. Die Aktionäre der Gesellschaft, für die Bastos damals verantwortlich war und die in Konkurs ging, wollen so noch Geld zurückholen.

Bastos sagt, er habe der Behörde in Mauritius seine Verurteilung offengelegt und habe die Frage nach dem persönlichen Verfahren nicht auf diesen Fall bezogen. «Ich habe niemals falsche Angaben gemacht.»

### Bruder des Ministers mischt mit

Weshalb lässt der angolische Staatsfonds all das zu? Profitieren regierungnahe Kreise in Angola etwa selber? Beweise dafür finden sich

in den Paradise Papers keine. Nur so viel: Eines der Investments des Fonds ist der Bau einer Getränkefabrik in Angola. Gemäss Vertrag vom 6. Oktober 2014 soll eine angolanische Firma 20 Prozent der Aktien der Fabrik erhalten. Ihr Beitrag ist nicht Geld, sondern der Boden, auf dem die Fabrik gebaut wird, sowie umfassende, vom Staat garantierte Steuererleichterungen. Einziger Direktor der Firma ist der Bruder des kürzlich abgetretenen angolanischen Wirtschaftsministers Abrahão Gourgel, der kraft seines Amtes auch in einem Beratungsgremium des Staatsfonds sass. Der Wirtschaftsminister ist ein guter Bekannter von Bastos.

Bastos sagt, die Konstellation sei reiner Zufall. Der Bruder des Ministers sei der Chef der grössten Trinkwasserfirma Angolas. Er sei am Projekt beteiligt, weil er Know-how und das passende Land für die Fabrik einbringen könne.

Das Urteil von Finanzkriminalität-Experte Tom Keatinge zur ganzen Geschichte ist eindeutig: «Wer auch immer die Struktur und Vorgänge vonseiten des angolanischen Staatsfonds bewilligt hat, ist entweder hochgradig in-

kompetent oder ein Komplize. Eine solche Struktur hat nur ein Ziel: etwas zu verstecken, nämlich die wahren Begünstigten von Transaktionen. Ich befürchte, wir sehen hier, wie das Geld der Bevölkerung Angolas verschwindet. Ein Land, in dem jeder Dollar zählt. Möglicherweise ist das alles sogar legal. Aber das ändert nichts daran, dass es höchst unmoralisch ist.»

Jean-Claude Bastos spricht viel und gerne über seine Projekte und Engagements. Er initiierte etwa eine Stiftung zur Förderung von Innovationen in Afrika und ist im Stiftungsrat von Globethics, einer «Plattform für Austausch und Forschung in den Bereichen der Ethik und Werte». Sein neuester Wurf ist die Umnutzung einer Fabrik in Luanda zu einem Ort für Start-ups.

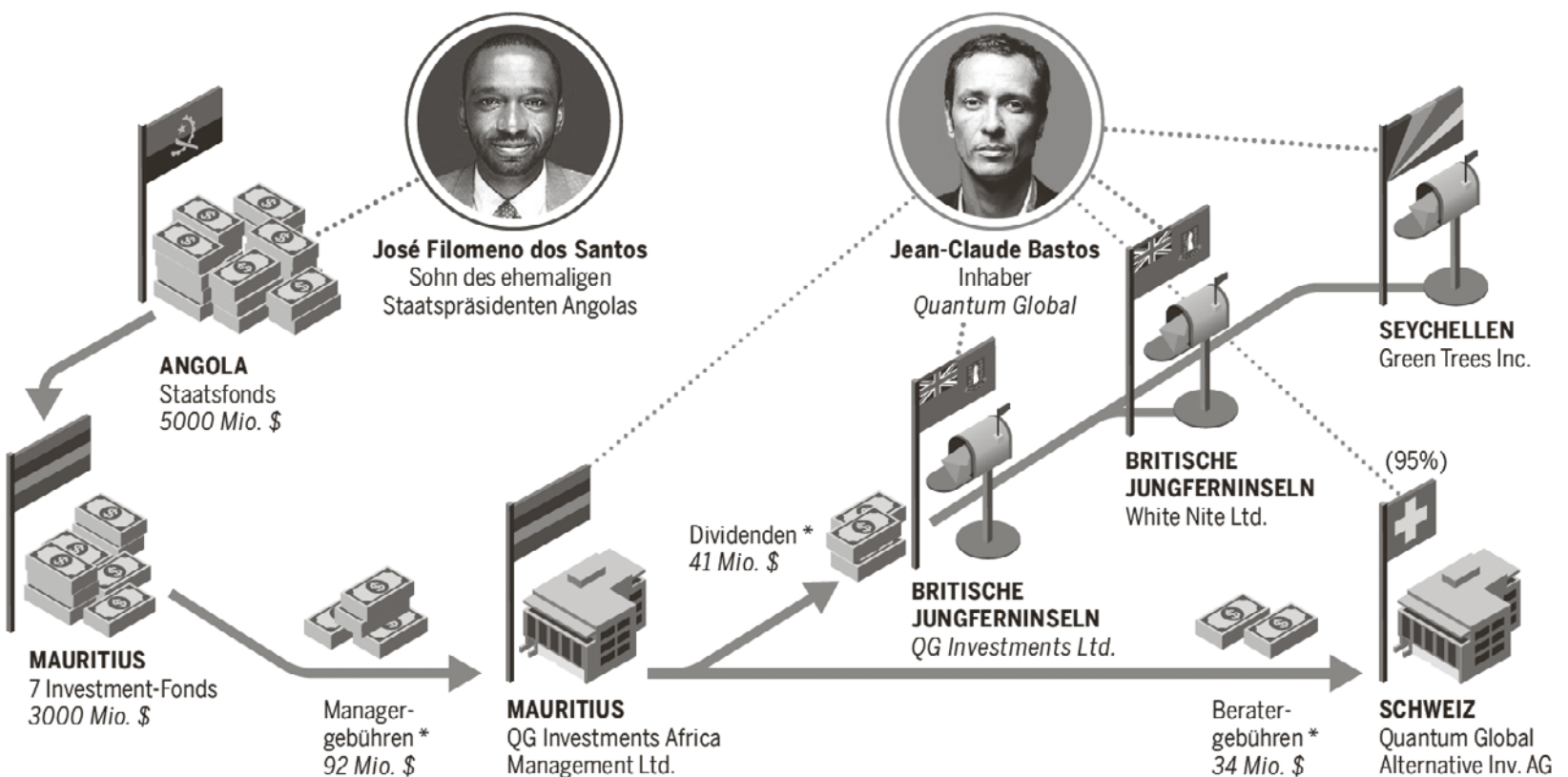
Letzte Woche publizierte die «Handelszeitung» ein grosses Porträt über den «Netzwerker für die Sache des Schwarzen Kontinents» und «Charismatiker». Und vor einem Jahr zitierte ein afrikanisches Onlineportal Bastos so: «Es ist meine Passion, den angolanischen Menschen zu helfen, indem ich einerseits eine hohe Rendite auf ihre

Investments sichere und sie andererseits bei der Entwicklung von zentralen ökonomischen und sozialen Projekten unterstütze. Der



Jean-Claude Bastos [www.jeanclaudebastosdemorais.com](http://www.jeanclaudebastosdemorais.com)

## Der Staatsfonds von Angola und seine Lenker



\* Geldflüsse von Mai 2014 bis Dezember 2015

TA-Grafik mt/Quelle: TA

---

# Das Angola-Abenteuer von SBB-Präsidentin Monika Ribar

*Ribar verdiente gut an einem Bastos-Projekt in Angola. Sie ist nicht die einzige prominente Schweizerin, die Bastos gewinnen konnte.*

Von Christian Brönnimann

SBB-Präsidentin Monika Ribar hätte wissen können, auf wen sie sich im Frühjahr 2015 einliess. Schon damals kursierten kritische Artikel über Jean-Claude Bastos' Nähe zum angolanischen Präsidentensohn und über fragwürdige Transaktionen des Staatsfonds. Und hätte sich Ribar mit der Verurteilung von Bastos auseinandergesetzt, hätte sie gemerkt, dass er 2011 nicht wie öffentlich behauptet hauptsächlich frei-, sondern in zwei von drei Anklagepunkten schuldig gesprochen wurde.

Doch Ribar, zu dieser Zeit schon Vizepräsidentin bei den SBB, entschied sich für das Engagement. Und trat im Mai 2015 in den Verwaltungsrat der Bastos-Firma Capoinvest Limited auf den Britischen Jungferninseln ein. Capoinvest steht hinter der Finanzierung eines grossen Hafenprojekts in der angolanischen Provinz Cabinda.

Der Bau des Tiefseehafens wird teilweise vom angolanischen Staatsfonds finanziert, den Bastos verwaltet. Die ersten 20 Millionen Dollar flossen Ende 2014 zur Capoinvest. Davon gingen wenig später 2 Millionen direkt zu einer Firma von Bastos in der Schweiz, für Beratungsdienstleistungen. Anfang 2017 gab der Fonds bekannt, 180 Millionen in den Hafen zu investieren. Zudem erteilte der Staat Angola weitreichende Garantien für andere Investoren.

Trotzdem soll der Profit des Hafens dereinst zu grossen Teilen in Bastos' Tasche fliessen. Ihm gehören laut eigenen Angaben nämlich 69 Prozent des Hafens. Er behauptet, er habe auch schon selbst 70 Millionen Franken für die Projektentwicklung aufgeworfen.

## 100 000 Dollar Jahresgehalt

Was also machte die SBB-Präsidentin bei diesem Projekt? «Frau Ribar hat die Capoinvest zum Set-up eines Hafenprojektes in Angola beraten, basierend auf ihrer Erfahrung in der Logistik und der Beratung», so die Antwort der SBB-Medienstelle. Noch vor der Übernahme des SBB-Präsidiums im Juni 2016 sei Ribar bei der Capoinvest wieder ausgetreten. So sei es von Anfang an geplant gewesen.

Nun sieht sich Ribar mit dem Vorwurf konfrontiert, sich in einer Offshorefirma für ein fragwürdiges Geschäft in einem heiklen Land wie Angola eingesetzt zu haben – und dafür gut entlohnt worden zu sein. In einer E-Mail von Februar 2016 gibt ein Mitarbeiter von Bastos' Family-Office nämlich die Anweisung, ein Dokument anzufertigen, das Ribar als «Platinum Member» von Capoinvest ein Jahresgehalt von 100 000 Dollar zusichert.

Hat Ribar diese Summe erhalten – und wenn ja, für welche Gegenleistung? Sie habe «an mehreren Sitzungen teilgenommen, davon an zwei in Angola vor Ort», schreibt Ribar – und «weist freundlich darauf hin», dass Capoinvest als private Firma Honorare nicht offenlegen müsse. Den Vorwurf, in ein zweifelhaftes Geschäft involviert gewesen zu sein, weist Ribar von sich. Sie habe vor Mandatsannahme «eine sorgfältige Prüfung durchgeführt» und sei «nach wie vor überzeugt von diesem Projekt».

## Firma mit Ex-Chef der Deza

Monika Ribar ist nicht die einzige prominente Schweizerin, die Bastos gewinnen konnte. Im Beirat seiner Quantum-Global-Gruppe sitzt

Alt Bundesrätin Ruth Metzler. Sie schreibt, sie berate die Gruppe «bei regulatorischen Fragen mit einem Schweiz-Bezug und zu Governance Themen, welche für die Schweizer Gesellschaften von Relevanz sind».

Der frühere Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), Walter Fust, ist ebenfalls ein Geschäftspartner von Bastos. Die beiden gründeten 2012 eine Firma, mit der Fust Beratungen für Entwicklungsprojekte abwickelt. Zudem ist Fust Präsident der von Bastos ins Leben gerufenen Afrikanischen Innovationsstiftung mit Sitz in Zürich. Fust verliert kein schlechtes Wort über Bastos: «Er hat in Afrika im Entwicklungsbereich mit seinem unternehmerischen Ansatz sehr viel bewegt.»

Die «Handelszeitung» nannte letzte Woche weitere prominente Weggefährten von Bastos, nämlich den Ex-UBS-Chef Marcel Rohner, Ex-Kuoni-Chef Armin Meier, Starwerber Frank Bodin und André Schneider, Ex-WEF-Geschäftsführer und Chef des Flughafens Genf.

Präsident der vier Schweizer Quantum-Global-Firmen ist der bekannte Zuger Wirtschaftsanwalt Thomas Ladner, Mitbegründer des exklusiven «Club zum Rennweg». Er schreibt, Quantum Global habe einen ethischen Verhaltenskodex und halte sich an alle behördlichen Regularien. Der zweite prominente Verwaltungsrat ist Anwalt Martin Neese. Er sitzt unter anderem in der Kontaktgruppe Geldwäscherei des Bundes und ist Präsident des Vereins zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen (VQF). Das ist ausgerechnet die Selbstregulierungsorganisation, die Quantum Global in der Schweiz beaufsichtigt

# Glencores Wunderwaffe

Erschienen am 6. November 2017

*Der Schweizer Rohstoffriese liess einen umstrittenen Geschäftsmann, der in einen Bestechungskandal verwickelt ist, mit dem Kongo verhandeln. Am Schluss entgingen einem der ärmsten Länder der Welt Hunderte von Millionen Dollar. Glencore profitierte. Experten sehen Korruptionsrisiken.*

Von Oliver Zihlmann und Petra Blum

Das Foto zeigt einen afrikanischen Spitzenpolitiker im Krankenheimd. Er sitzt in einem Spitalsessel, hilflos wie eine Marionette. Schläuche winden sich in seine Venen, die Nase und an die Gurgel.

Das Bild ist ein wichtiges Puzzleteil in einem weltumspannenden Korruptionsskandal. Dank den Paradise Papers erreicht er jetzt die Schweiz. Tausende Verträge, E-Mails und Dokumente aus dem Datenleck legen die Spuren für diese Geschichte. Sie führen von den Minen Afrikas über Anwaltskanzleien auf den Bermudas zu einem Hotel in Kloten und enden in Zug – dem Hauptsitz des Rohstoffriesen Glencore.

Einer der Hauptdarsteller ist der Patient auf dem Foto. Er heisst Katumba Mwanke. Bis zu seinem Tod 2012 war er der zweitmächtigste Mann der Demokratischen Republik Kongo, der Rohstoffkammer Afrikas. Er kontrollierte laut Experten einen der wenigen Reichtümer des armen Staates, die Lizenzen zur Bergung der immensen Bodenschätze.

Kupfer und Kobalt aus dem Kongo stecken in Millionen Smartphones. Die Metalle gelten als Grundlage der kommenden Elektromobil-Revolution. Die Abbaulizenzen sind Hunderte Millionen wert. Weil Katumba bei ihrer Vergabe an den Schalthebeln sass, galt er hinter dem Präsidenten als Nummer zwei. «Zusammen herrschen sie im Kongo», schrieb der «Economist». Im Volksmund hiess er Dieu-le-Père – Gottvater. Doch laut einem Verfahren in den USA hatte er ein dunkles Geheimnis.

Letztes Jahr bekannte sich die Tochterfirma eines US-Hedgofonds in einem Deal mit der Staatsanwaltschaft schuldig der Korruption. Ein Richter musste die Vereinbarung genehmigen. Darin steht unter anderem, dieser Katumba Mwanke habe Minen-Anteile im Kongo an einen «israelischen Geschäftsmann» verschoben. Dieser Israeli habe den Politiker

über Jahre massiv bestochen, 22 Millionen Dollar seien geflossen.

In einer «Darstellung der Tatsachen», die Teil des Geständnisses ist, wird minutiös ausgeführt, dass dieser Israeli sogar Anwälte und Richter im Kongo bestochen habe, um ein Urteil zu seinen Gunsten zu erhalten.

«Ich stehe hier grad beim führenden Anwalt. Er will 500 für alle Beamten und 600 für drei Anwälte der Verteidigung», soll ein Gehilfe am 4. Juni 2008 per SMS an den Israeli geschrieben haben. Geld solle auch an Katumba Mwanke gehen. Darauf habe der israelische Geschäftsmann geantwortet, seine Gegner sollen, so wörtlich, «fertiggemacht und total erledigt werden».

Das Dokument nennt den Namen dieses Geschäftsmannes nicht, dafür erwähnt es eine Firma, die er kontrolliert. Diese gehört dem Familientrust des Israeli Dan Gertler, Grossinvestor in Afrika. Er ist der Mann, der Katumba auf dem Foto fürsorglich die Hand hält. Er ist auch seit zehn Jahren ein entscheidender Partner von Glencore im Kongo.

Gertler weist auf Anfrage jede Beschuldigung vehement zurück, jemals bestochen oder sonst wie illegal gehandelt zu haben. Er könne nicht bestätigen, dass er dieser Geschäftsmann sei, dementieren will er es aber auch nicht. Eine ganze Reihe von Angaben zum Geschäftsmann im US-Dokument stimmen exakt mit jenen Gertlers überein.

Unabhängig davon schreiben Gertlers Anwälte, dieses Schuldeingeständnis sei keine verlässliche Quelle und kein Beweis gegen ihren Mandanten, da dieser nicht daran beteiligt gewesen sei und sich nie dazu habe äussern können. Seine Anwälte versichern gar, dass sich die US-Behörden dabei auf nachweislich falsche Angaben gestützt hätten. Darauf angesprochen, schrieb ein Sprecher der obersten US-Staatsanwaltschaft: «Das US-Justizministerium bleibt bei seinen Aussagen.» Fakt ist: Gertler ist weder angeklagt noch verurteilt. Für ihn gilt die Unschuldsvermutung.

Der Geschäftsmann bestätigte jedoch seine «lang anhaltende Freundschaft» mit dem Präsidenten des Kongo und auch mit Katumba, die beide aber rein persönlich seien. Katumba selbst schwärmte in seinen Memoiren von der «niemals endenden Grosszügigkeit» Gertlers, den er seinen «Zwillingsbruder» nennt. «Er hat eine Jacht gemietet, eine riesige Jacht, super», schreibt der Politiker über eine Einladung

nach Israel. «Diese super-luxuriöse Kreuzfahrt war für mich ein surreales Erlebnis. Ich, der kleine Kongoleser aus Pweto, ich schaute auf diese Welt mit grossen, erstaunten Augen.» Auf dem Spitalfoto neben Gertler hat er einen Katalog mit Luxusautos vor sich geöffnet.

## Ein «Desaster» für den Kongo

Die Beziehung des Geschäftsmannes zu Politiker Katumba bringt nun die Chefetage des Schweizer Rohstoffriesen Glencore in Erklärungsnot.

Die Schweizer kamen bereits ab 2007 mit Gertler ins Geschäft. Der war schon damals kein unbeschriebenes Blatt. In einem UNO-Report aus dem Jahr 2001 zur «illegalen Ausbeutung der Ressourcen des Kongo» nannte Generalsekretär Kofi Annan die Deals mit Gertlers Firmen einen «Albtraum» und ein «Desaster» für den Kongo. Die Weltbank und das kongolesische Parlament schlugen 2005 Alarm, als ein Konsortium um Gertler Minenlizenzen erhielt – in einem Geheimdeal, ohne Ausschreibung und durch persönliche Kontakte. Dennoch unterschrieb der Präsident, Gertlers Freund, diesen Deal.

Gertler sagt, er habe beim UNO-Report keine Stellungnahme abgeben können, und die Londoner Börse habe die Geschäfte um die Minenlizenzen umfangreich geprüft.

Glencore vergab Darlehen an Gertlers Firmen im Wert von Hunderten Millionen Dollar. Die tauchen nun alle in den Paradise Papers auf. Doch die Daten aus dem Leck zeigen auch, dass dies bei weitem nicht die einzige Verbindung zwischen den beiden ist.

## Der Problemlöser

Es ist über 28 Grad am Flughafen Zürich-Kloten an diesem Montagmittag, 23. Juni 2008. Vor den Drehtüren des Hilton Airport, einen Steinwurf neben der Flughafenautobahn, fahren die Taxis vor. Gegen 12.30 Uhr treffen sich zehn Männer in einem Sitzungszimmer des Hotels. Die Stimmung ist ernst.

Es tagt der Verwaltungsrat der Firma Katanga, die zahlreiche Kupfer- und Kobaltminen im Kongo kontrolliert. Glencore wird die Firma im folgenden Jahr übernehmen. Im Moment hält sie acht Prozent, hat aber bereits spezielle Kontrollrechte. Unter anderem bestimmen die Schweizer in den kommenden Monaten den neuen CEO aus ihren Reihen. Für Glencore sitzt Aristotelis Mistakidis in der



Eine Mine der Firma Katanga im Kongo

Simon Dawson (Bloomberg/Getty Images)

Runde, ein langjähriger Weggefährte von Glencore-Chef Ivan Glasenberg.

Die Sitzungsprotokolle des Katanga-Rates befinden sich fast vollständig in den Paradise Papers. Nur dank ihnen ist nun bekannt, was die Männer jetzt besprechen. Gleich im ersten Traktandum hört der Verwaltungsrat beunruhigende Neuigkeiten. Der Kongo sperrt sich in zentralen Punkten bei den Verhandlungen um die Minenlizenzen von Katanga.

Seit Monaten herrscht Unruhe unter Investoren. Der kongolesische Staat hatte beschlossen, alle Verträge mit privaten Minenunternehmen neu zu verhandeln, auch jene mit Katanga. Glencore hatte bereits über 150 Millionen in die Mine investiert. Sollten diese Verhandlungen scheitern, stünde das ganze Investment auf dem Spiel.

Die Verwaltungsräte sind sich sofort einig, dass die Forderungen des Kongo «absolut unannehmbar» seien. Sie beschliessen, einen

ihrer Aktionäre zu Hilfe zu rufen, der gute Beziehungen zur Staatsspitze hat: Dan Gertler.

Die Männer geben dem Geschäftsmann nun ein schriftliches Mandat für direkte Verhandlungen mit «kongolesischen Behörden». «Der Verwaltungsrat wird sich um mögliche Interessenkonflikte Gertlers kümmern», heisst es noch im Protokoll. Glencores Gesandter Mistakidis unterstützt dieses Mandat.

Gertler schaltet sich in die Verhandlungen ein, und im Handumdrehen knickt der Kongo ein. Nach nur 17 Tagen sind die lästigen Forderungen der Afrikaner vom Tisch. Schon in der nächsten Verwaltungsratssitzung am 10. Juli 2008 überschlagen sich alle mit Lob für den Geschäftsmann.

«Dan Gertler hat sein Mandat sehr gut erfüllt, die Treffen der letzten zwei Tage waren extrem produktiv», heisst es. Das Ergebnis sei ein «sehr positives Resultat». Der Verwaltungsrat «drückt seine Dankbarkeit» aus an «Dan Gertler, dass er das geschafft hat». Gertler

betont, er sei wegen seiner Erfahrung beauftragt worden, und streitet jegliche illegale Einflussnahme seinerseits ab.

Konfrontiert mit den Recherchen, bestätigt Glencore erstmals das Mandat an Gertler. Heikel ist es wegen der Vergangenheit Gertlers – und weil aufseiten des Kongo bei diesen Verhandlungen Gertlers «Zwillingsbruder» mitredete: Katumba Mwanke. Laut dem Geständnis im Hedgefonds-Fall aus den USA hat der «israelische Geschäftsmann» in den drei Monaten vor dieser Verhandlung insgesamt 18,5 Millionen Dollar an Schmiergeldern überwiesen – alles an Katumba Mwanke.

«Zu jener Zeit brauchte jede grössere Entscheidung zu Minenverträgen das Einverständnis von Katumba», sagt Elisabeth Caesens. Sie ist Kongo-Spezialistin der NGO Carter Center und veröffentlichte vor wenigen Tagen den ersten Teil ihres Buches über die staatliche kongolesische Minenge-



sellschaft Gécamines, mit der Gertler damals verhandelte. «Katumba hatte mehr Macht über Gécamines als der Minister, der für den Staatsbetrieb zuständig war.»

Im Glencore-Verhaltenskodex steht: «Jeder Umgang mit öffentlichen Bediensteten muss transparent sein, und wir müssen uns vor Umständen schützen, in denen schon nur der Eindruck entsteht, dass ein öffentlicher Angestellter dazu verleitet werden könnte, seine Arbeit nicht korrekt zu verrichten.»

### Die nächste Krise

Wenige Monate nach der Intervention Gertlers zeigte sich, dass die Euphorie der Katanga-Führungsspitze verfrüht war. Inzwischen hatte ein langjähriger Finanzdirektor von Glencore als neuer CEO übernommen. An der Sitzung vom 13. Oktober musste er seinen Verwaltungsräten bereits von der nächsten Krise in den Verhandlungen mit dem Kongo berichten.

Die Afrikaner forderten 585 Millionen Dollar für den Zugang zu Katangas Lizenzen. Die Sitzungsteilnehmer sind sich sofort einig, dass man das nicht bezahlen wolle. Ihr Beschluss: Der neu installierte CEO soll zusammen mit Glencores Aristotelis Mistakidis und zwei anderen sofort «eine Diskussion mit Dan Gertler starten».

Erneut soll der Freund des Präsidenten einschreiten – unter anderem, weil der Preis zu hoch war. Am Schluss der Verhandlungen kosteten die Lizenzen statt der vom Kongo geforderten 585 noch 140 Millionen Dollar. Glencore und Gertler sagen, Katanga habe nach der Forderung lediglich auf einer Berechnungsweise bestanden, die schon Monate vorher vereinbart wurde.

Minen-Expertin Caesens sagt hingegen, dass Katanga und Glencore hier einen immensen Rabatt erhielten: «Katanga bezahlte für ihre Lizenzen pro Tonne viermal weniger, als praktisch alle anderen Investoren im Kupfersektor damals als Preis akzeptierten.» Der Kongo verzichtete auf Hunderte Millionen Dollar – eine Ersparnis, die später zu grossen Teilen Glencore zugute kam. Weder die kongolische Regierung noch die staatliche Minengesellschaft reagierten auf die Frage, warum diese Lizenzen, die für das Volk überlebenswichtig sind, plötzlich so billig waren.

Nur Wochen nachdem der Preis gedrückt war, lieh Glencore einer Firma von Gertler

45 Millionen Dollar für eine Beteiligung an Katanga. Dank dem Darlehen erhielt Dan Gertler später Katanga-Aktien. Damit konnte er sich als Einziger neben Glencore eine grössere Beteiligung an Katanga sichern – und vom Preisabschlag auf die Lizenzen profitieren.

### Bereits 2007 «Red Flags»

In den Dokumenten zu diesem Darlehen, das über die Bermudas abgewickelt wurde, steht jedoch eine Klausel: Die 45 Millionen Dollar, die Gertlers Firma ihren Anteil an Katanga sichern, darf Glencore sofort zurückverlangen, sollten die Verhandlungen um die Verträge mit dem Kongo nicht «innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein».

Knapp drei Monate später, nach mehreren Interventionen Gertlers, vermerken die Katanga-Protokolle lapidar, die meisten Punkte mit dem Kongo seien nun «gelöst». Glencore und Gertler sagen, das Darlehen beruhe auf marktüblichen Bedingungen. Im Juli 2009 unterschrieb der Kongo die Verträge.

Besteht die Gefahr für Glencore, wegen Gertler in einen Korruptionsfall verwickelt zu werden? Klar ist: Schweizer Unternehmen müssen aufpassen, wen sie für ihre Geschäfte einspannen.

«Nach Schweizer Recht macht sich strafbar, wer jemandem für eine Bestechung Vermögenswerte zur Verfügung stellt – selbst wenn er keinen direkten Auftrag dafür gibt», sagt



Augustin Katumba Mwanke hat Katumba Mwanke 2ans déjà

Foto geteilt.

6. März 2014 · 🌐



Katumba Mwanke 2ans déjà

6. März 2014 · 🌐

👍 Seite gefällt mir

Durant les douze jours que j'ai passé à l'hôpital, Dan ne m'a pas quitté. Il a tout laissé: ses affaires, sa famille, sa vie. Il était à mon chevet jour et nuit, pour tout organiser, soutenir Zozo, veiller sur moi avec chaleureuse sollicitude. Augustin Katumba Mwanke dans « Ma Vérité » P.206

Übersetzung anzeigen

Niemals endende Grosszügigkeit: Dan Gertler (l.) mit Katumba Mwanke.

Facebook

David Zollinger, ehemaliger Staatsanwalt und Experte für Wirtschaftsstrafrecht. «Für eine Verurteilung kann es bereits ausreichen, wenn eine Firma davon ausgehen musste, dass ihr Geld voraussichtlich für Korruptionzahlungen missbraucht werden könnte.»

Die Frage ist also, ob Glencore ein Korruptionsrisiko missachtet hat. Der Konzern äussert sich auf Anfrage dazu nicht. Strafrechtsprofessor Mark Pieth hat das Geschäft von Glencore mit Gertler studiert. Sein Verdikt ist eindeutig: «Bereits 2007 gab es ›Red Flags‹, die es jedem Schweizer Unternehmen unmöglich machten, mit Dan Gertler eine Geschäftsbeziehung einzugehen.» Der Kongo sei an sich schon ein Hochrisikogebiet. Komme ein Partner mit einer solchen Vergangenheit hinzu, der auch noch staatliche Lizenzen erhielt, sei das Korruptionsrisiko schlicht viel zu hoch. «Ich sehe nur zwei Möglichkeiten», sagt Pieth, «entweder hat Glencore keine professionelle Prüfung von Dan Gertler gemacht, oder sie wussten sehr genau, dass es ein Korruptionsrisiko gab, und haben es bewusst in Kauf genommen.»

Zu einem ähnlichen Schluss kamen auch die Staatsanwälte im Fall des US-Hedgefonds. Der habe genau gewusst, dass der «israelische Geschäftsmann» auf zahlreichen Warnlisten für Investoren stand. In ihrem Geständnis zitiert der Hedgefonds einen seiner Mitarbeiter, der in einer Mail über den Israeli schrieb: «Er ist wohl das Vorbild für den Film ›Blutdiamant‹.»

### Gewaltexzesse im Kongo

Glencore hielt ihre Partnerschaft mit Gertler über zehn Jahre aufrecht. Im Mai 2013 rechnete der spätere CEO der Credit Suisse, Tidjane Thiam, zusammen mit Kofi Annan und anderen Wirtschaftsführern in einer detaillierten Studie vor, wie der Kongo allein in fünf Deals mit Offshorefirmen, die in Verbindung standen mit Dan Gertler, 1,3 Milliarden Dollar verlor. Gertler bestreitet dies vehement und sagt, seine Firma sei dazu nicht angehört worden. Die Experten schrieben, der Verlust des Kongo sei «fast doppelt so viel wie das gesamte Budget für Gesundheit und Erziehung des Kongo im Jahr 2012».

Gertler ist heute laut «Forbes» Milliardär. Auch Glencore-Spitzenmanager wie Aristotelis Mistakidis oder Ivan Glasenberg sind laut Presseberichten Milliardäre. Sie alle haben im Geschäft mit den Rohstoffen gewonnen. Der

Kongo hat verloren. In dem Land, das bei den Lizenzen auf Geld verzichtete, herrscht «eine der schlimmsten Unterernährungen auf der ganzen Welt und die sechsthöchste Kindersterblichkeit», schreiben Thiam und Co.

Noch heute hat die Misswirtschaft verheerende Auswirkungen. Am 23. Juni 2017 schlug die Spitze der katholischen Kirche des Kongo Alarm. Innert neun Monaten wurden 31 Kirchenspitäler geplündert, 141 katholische Schulen zerstört, 60 Kirchen geschändet. Man habe 30 Massengräber gefunden, 3380 Opfer fielen Massakern zum Opfer.

Doch die Bischöfe und Erzbischöfe liessen es nicht bei Klagen bewenden. In einem dramatischen Appell schreiben sie erstmals klar, wo die Ursachen der Gewaltexzesse liegen. Es gebe eine massive Wirtschaftskrise, die «Explosion der Jugendarbeitslosigkeit» treibe die Jugendlichen schliesslich in die Arme der brutalen Milizen. Und diese Wirtschaftskrise, so die Bischöfe, habe eine Ursache: Korruption. «Eine Gruppe unserer Landsleute missbraucht ganz offensichtlich ihre Macht», steht im Appell der Kirche. «Sie streicht sich selbst enorme Gewinne ein – auf Kosten des Wohlergehens aller anderen.»

Im Februar dieses Jahres, nach dem US-Schuldeingeständnis, verkündete Glencore, dass sie Gertler aus ihren Minen in Afrika auskaufen – auch seine Beteiligung an Katanga. Der israelische Geschäftsmann erhielt noch einmal Geld von den Schweizern. Insgesamt 534 Millionen Dollar.

# Steuertricks mit Haken

Erschienen am 7. November 2017

*Kaum einer umdribbelt die Steuergesetze so geschickt wie der US-Konzern Nike. Und das ganz legal. Nike Schweiz zahlte dem Staat jüngst nur 360 000 Franken. Acht Schritte vom Schuhladen zur Steueroase – in Turnschuhen.*

Von Mario Stäuble

Mitten im Atlantik, auf den Bermudainseln, rund 1000 Kilometer von der US-Ostküste entfernt, lagert ein moderner Milliardenchatz. Im Zentrum des Hauptorts Hamilton, in einem verglasten Kubus an der Victoria Street, hat der erfolgreichste Sportkonzern der Welt einen grossen Teil seiner Marken parkieren lassen: das berühmte Haken-Logo, den Swoosh. Das Air-Jordan-Symbol. Selbst Roger Federers Initialen «RF».

Der Schatz gehört Nike, und bis ins Jahr 2014 heisst einer seiner Hüter Jerome Wilson. Der Anwalt kümmert sich mit seinen Kollegen der Anwaltskanzlei Appleby um nicht weniger als zwölf Nike-Offshorefirmen. Einige sind nach berühmten Sneakers benannt: Air Max Ltd. Nike Cortez. Nike Huarache. Das geht aus den Paradise Papers hervor, dem Datenleck der Kanzlei Appleby Global sowie

deren Spin-off Estera. Die «Süddeutsche Zeitung» teilte die Daten mit dem International Consortium of Investigative Journalists, nun haben 382 Journalisten weltweit die Informationen ausgewertet.

Nikes Präsenz auf Bermuda bedeutet aber nicht, dass der Konzern auf der 60 000-Einwohner-Insel Turnschuhe designen oder nähen liesse. In Hamilton gilt ein Gewinnsteuersatz von null Prozent, und die Gesellschaften sind undurchsichtige, ineinander verschachtelte Briefkastenfirmen, mit deren Hilfe der Multi ab 2006 bis 2014 Hunderte Millionen an Steuern vermeidet.

Nike ist ein Sportkonzern wie kein anderer. Im Mai 2017 meldet das Unternehmen Umsatzrekord, das siebte Jahr in Folge. Die Verkäufe von Sneakers, Shirts und Shorts erreichen 34 Milliarden Dollar. Das entspricht etwa der Wirtschaftsleistung Boliviens.

Gleichzeitig passiert Verblüffendes: Während Umsätze und Gewinne steigen, sinkt die Steuerquote. 2005/2006 liefert Nike 35 Prozent des globalen Gewinns an Steuerbehörden auf der ganzen Welt ab, 2016/2017 sind es noch 13,2 Prozent. Damit unterbietet der US-Konzern grosse Schweizer Konsumgüterhersteller wie Nestlé (35,2 Prozent) oder Swatch (23,7 Prozent). Selbst die als aggress-

sive Steuervermeiderin kritisierte Google-Mutterfirma Alphabet meldet in diesem Jahr mehr (19,2 Prozent).

In der Schweiz liefert der weltgrösste Sportartikelhersteller kaum Gewinnsteuern ab. Die Nike Schweiz GmbH erzielt 2015 laut Steuerausweis einen Reingewinn von 1,3 Millionen Franken. Das ergibt laut Online-Steuerrechner eine Steuersumme von 360 000 Franken. Dabei verkauft Nike nach Schätzungen von zwei Branchenexperten hierzulande Produkte für mehr als 100 Millionen – und arbeitet mutmasslich hochprofitabel. Rechnet man mit der Marge, die Nike 2015 global erreichte, müsste der Konzern bei 100 Millionen Umsatz im Schweizer Markt 14,3 Millionen Gewinn vor Steuern verbucht haben.

Was passiert hier?

Die Antwort auf diese Frage verbirgt sich in einem Firmennetz in der Schweiz, Holland, den USA und auf Bermuda, in dem sich nur Spezialisten wie Jerome Wilson zurechtfinden. Der «Tages-Anzeiger» hat in den Paradise Papers recherchiert, Dokumente analysiert und ein Dutzend Interviews mit Schuhhändlern und Steuerspezialisten geführt, um das Nike-Steuergerirr aufzuknoten. Das System Nike erweist sich als Schulbeispiel dafür, wie aggressiv manche Multis Lücken im internationalen



Der Gewinn, den Nike mit dem Verkauf eines Dualtone Racer in Zürich erzielt, wird nur zum Bruchteil in der Schweiz versteuert.

Raisa Durandi

Steuerrecht ausnutzen. Und wie sie dafür lobbyieren, dass diese nicht gestopft werden.

Wer das System verstehen will, muss vorne beginnen: in einem Schuhladen. Zum Beispiel in der Zürcher Altstadt.

### Schritt 1 Zürich, Schweiz

Im Pomp It Up an der Oberdorfstrasse liebt man die Klassiker. Adidas, verwurzelt im Fussball und im Hip-Hop. Asics, geliebt von Runnern und Quentin-Tarantino-Fans. Aber die meisten Kunden, die an einem Donners-tagmittag im September den Sneakershop betreten, steuern auf die Schuhe mit dem Swoosh zu. Über 200 Nike-Modelle sind ausgestellt. Eine Kundin scannt die Auswahl, kauft dann zwei Paare, die für das ungeübte Auge identisch aussehen. Sie verbringt kaum fünf Minuten im Laden.

Manche Sneakerheads stellen ihre Schuhe wie Kunst in Vitrinen; manche kaufen die Jubiläumsversion des Air Max 97 in allen 15 Farben, die Nike im August 2017 neu lancierte. Wie kein anderes Sportunternehmen hat es Nike geschafft, aus Kunden Fans zu machen.

## Minime Gewinne

*Was Schweizer Ableger von US-Multis deklarieren*

Nike ist nicht der einzige US-Multi, dessen Schweizer Ableger im Vergleich zum Geschäftsvolumen minime Steuerbeträge bezahlt. Apple, das wertvollste Unternehmen der Welt, unterhält in der Schweiz zwei Gesellschaften. Die Apple Retail Switzerland GmbH meldete dem Steueramt 2014 einen Reingewinn von 1 679 800 Franken; Apple Switzerland AG gab 2014 einen Gewinn von 8 099 700 Franken an. Dies bei einem Schweizer Umsatz, den Experten auf über eine Milliarde Franken schätzen. Apples «Double Irish», ein Steuersparkonstrukt in Irland, ist inzwischen berühmt. Die EU will Irland nun gerichtlich zwingen, von Apple bis zu 13 Milliarden Euro Steuern nachzufordern. Die Tesla Motors Switzerland GmbH, die Schweizer Tochter des Elektroauto-Herstellers, deklarierte 2014 einen Reingewinn von 224 100 Franken. (ms) ms / Stäubli Mario

Der Reporter kauft im Pomp It Up ein Paar schwarz-graue Dualtone Racer. Macht 115 Franken. Die Frage ist: Was passiert mit dem Profit, den Nike mit diesen Schuhen macht?

### Schritt 2 Rümlang, Schweiz

An einem Montagmorgen im August donnern Jets vom Zürcher Flughafen über Rümlang hinweg, der Pendlerverkehr quält sich die Hauptstrasse entlang. Zwischen einer McDonald's-Filiale, einer Karosserie und einer Avia-Tankstelle taucht ein dreistöckiger Quaderbau auf. Nichts deutet darauf hin, dass sich in diesem Gebäude das Schweizer Nike-Hauptquartier befindet. Kein Banner eines jubelnden Roger Federer, keine Plakate mit schwitzenden Sportlern in neonfarbenen Tenüs. Im Erdgeschoss bietet ein Handwerkermarkt Winkelschleifer und Kloschüsseln feil. Auf den Briefkästen fehlt der Name Nike.

Aber der Swoosh muss hier irgendwo sein, schliesslich ist die Nike (Schweiz) GmbH an dieser Adresse registriert.

Man findet ihn, wenn man genauer hinschaut. Fünf Parkplätze sind mit einem signalgelben Nike-Haken markiert. Und wer das Gebäude betritt, stösst im zweiten Geschoss auf eine Milchglastür, auf die ein Poster in Regenbogenfarben geklebt ist. Da liest man:

WE WELCOME ALL RACES;  
ALL RELIGIONS;  
ALL COUNTRIES;  
ALL ORIENTATIONS;  
ALL GENDERS;  
ALL ATHLETES.  
WE STAND WITH YOU.  
BE TRUE.

Hinter dieser Tür befindet sich der Schweizer Nike-Showroom. Hierhin kommen Händler, um die jüngsten Hypervenom-Fussballschuhe oder die neue Hyperwarm-Funktionswäsche zu begutachten, wie zwei Sportfachhändler dem «Tages-Anzeiger» erzählen. Sie wollen anonym bleiben, weil sie mit Nike in geschäftlichen Kontakten stehen. Auf der Jobplattform LinkedIn präsentieren sich Zürcher Nike-Angestellte als «Key Account Manager» oder «Category Sales Rep Running & Tennis». Zwei Dutzend Profile finden sich auf LinkedIn. Der Zweck der Nike (Schweiz) GmbH lautet: «Handel und Vertrieb von Sport- und Freizeitartikeln». Man könnte fast

glauben, Nike verkaufe von hier aus seine Produkte. Kamen die Dualtone Racer aus Rümlang? Floss der Gewinn hierher?

Kaum. Ein Brancheninsider zeigt dem «Tages-Anzeiger» Nike-Verkaufspapiere: Schweizer Schuhverkäufer bestellen in Rümlang, aber der Vertrag wird mit Nike Holland geschlossen, wo sich das Europa-Hauptquartier befindet. Bestellungen, Lieferprobleme, Umtausch, Rabatte – dafür ist Rümlang zuständig. Das Geld geht jedoch nach Holland.

### Schritt 3 Hilversum, Holland

Die Gebäude sind nach Fussballer Eric Cantona und Stabhochspringer Sergei Bubka benannt, der Campus bietet den Angestellten Fussball-, Volleyball und Tennisplätze, eine Tartanbahn und Fitnessunterricht. Wer es mit dem Sport übertreibt, kann sich an den hauseigenen Physiotherapeuten wenden. Und wer Laufschuhe braucht, kauft sie im internen Shop zu Vorzugskonditionen. In Hilversum, eine halbe Autostunde von Amsterdam entfernt, hat Nike sein europäisches Hauptquartier aufgebaut. 2500 Angestellte arbeiten hier. Und hier werden die Umsätze aus ganz Europa gebucht. Auch die aus der Schweiz.

Hiesige Schuhhändler geschäften mit der Nike European Operations Netherlands B.V. Kunden, die Sneakers im Schweizer Nike-Onlineshop bestellen, stossen im Kleingedruckten auf die Nike Retail B.V. Hilversum. (Das Paket selbst kommt aus Belgien, die Kreditkarte wird über eine Gesellschaft in Irland belastet.) Und wer einen Schuh in einem Nike-Outlet-Store kauft, sieht auf dem Kassenzettel die Zeile: «Nike Retail B.V. Hilversum». Dreimal Holland.

Warum ist die Verbindung so wichtig?

Ein Grundsatz im Steuerrecht lautet, dass ein Unternehmen seinen Gewinn dort versteuern soll, wo es Kapital investiert, wo es Risiken eingeht, wo die Angestellten arbeiten. Also dort, wo sich seine Substanz befindet.

Der Nike-Aufbau – schmaler Ableger in der Schweiz, das Geschäft ferngesteuert aus Holland – ermöglicht es, zu argumentieren: Die Gewinne, die mit Schweizer Verkäufen gemacht werden, fallen nicht in der Schweiz an. Sondern in Hilversum. Und dort sind sie auch zu besteuern. Nach Rümlang fliesst nur eine verhältnismässig kleine Entschädigung für die «Hilfe» beim Verkauf. So funktioniert das Nike-System in ganz Europa.

Nike ist nicht der einzige US-Konzern, der einen solchen holländischen «Gewinnstaubsauger» aufgebaut hat. Auch Cisco oder Tesla haben Holland für ihre europäischen Hauptquartiere auserkoren. Dieses «Prinzipalmodell», wie es im Jargon genannt wird, geht für die meisten Steuerexperten in Ordnung: wo die Substanz, da die Steuerpflicht. Das Problem liegt im Fall Nike in Holland: Dort gilt zwar eine eher hohe Steuer von 25 Prozent auf dem Gewinn – aber die Regierung bietet US-Multis einige Kniffe an, wie sich der steuerbare Gewinn kleinrechnen lässt.

#### Schritt 4 Hamilton, Bermuda

Und jetzt kommt der Markenschatz ins Spiel, den Jerome Wilson und seine Kollegen auf Bermuda hüten. Er gehört einer Gesellschaft namens Nike International Ltd. mit Sitz auf der Insel – die Briefkastenfirma dient als Halterin der Nike-Marken, mit Ausnahme des Gebiets der USA. Das belegt die Datenbank der World Intellectual Property Organization.

2005 schliesst Nike International Ltd mit Nike Holland einen Lizenzvertrag: Nike Holland bezahlt die Bermuda-Firma für das Recht, Produkte zu verkaufen, auf denen ein Nike-Logo prangt. Aus US-Gerichtspapieren geht hervor, dass Nike Holland auf diese Weise alleine von 2010 bis 2012 3,85 Milliarden Dollar an Lizenzgebühren aus Holland nach Bermuda fliessen lässt. Um diesen Betrag schrumpft der Gewinn in Holland – und damit die dortige Steuerrechnung.

Was das bewirkt, zeigt ein Rechenbeispiel: Angenommen, Nike Holland hat den Dualtone Racer aus dem Niederdorf für 50 Franken an Pomp It Up verkauft. Nach Abzug der Kosten bleiben 10 Franken Gewinn, die in Holland anfallen. Darauf zahlt Nike Steuern von 25 Prozent – also 2,50 Franken. Wenn nun vom Gewinn 3 Franken als Lizenzgebühren nach Bermuda fliessen, schrumpft der Gewinn auf 7 Franken – und der Steuerbetrag auf 1,75 Franken.

Steuerkonstrukte sind nicht für die Ewigkeit gebaut. Regeln ändern sich ständig, Schlupflöcher verschwinden, neue gehen auf, und die Unternehmen mutieren mit. Auch Nike. Im Frühling 2014 heisst es für Anwalt Jerome Wilson und seine Kollegen bei Appleby: Umbauen! Nike plant, seine Marken nach Europa zu zügeln. In Bermuda verschwinden zehn der zwölf Briefkastenfirmen, nur zwei bleiben übrig. In Holland tauchen elf neue

Gebilde auf. Eine Firma sticht besonders ins Auge: die Nike Innovate C.V. Darin lagert Nike neu seine Marken ein, es sind mindestens 1500 Stück. Auch Roger Federers «RF»-Initialen werden nun in das holländische Vehikel transferiert.

Die neue Steueroase liegt nicht im Atlantik, sondern hinter den Deichen des IJmeers.

#### Schritt 5 Hilversum, Holland

C.V. steht für Commanditaire Vennootschap, Kommanditgesellschaft. Dieser Firmentyp existiert ähnlich auch in der Schweiz, wird aber selten verwendet. Der Kniff, den Nike mit der Nike Innovate C.V. anwendet, basiert auf einem Phänomen namens «hybrid mismatch»: Unternehmen nutzen aus, dass Behörden nicht dasselbe sehen, wenn sie eine C.V. betrachten. Holland sagt: Für Profite, die in die C.V. fliessen, sind die USA zuständig, weil die C.V. zwei US-Firmen gehört. In den USA kann das Unternehmen selbst entscheiden, wo die C.V. Steuern zahlen soll – worauf dann die Experten des Konzerns Holland auswählen. Ergebnis: Beide Behörden tun nichts, die C.V.-Gelder bleiben steuerfrei, solange sie nicht in die USA fliessen. Im Klartext: Nike erhält einen Steueraufschub.

Seit 2014 pumpt Nike Millionen in die Innovate C.V. Aus öffentlichen Jahresabschlüssen lässt sich herauslesen, dass die holländische Nike-Europa-Holding alleine im Jahr 2016 1017 Millionen Euro an Lizenzgebühren zahlt. Die Vermutung: Ein grosser Teil davon ist in Nike Innovate C.V. geflossen. Auf Anfrage nimmt Nike dazu keine Stellung.

Wie beliebt der Trick mit der C.V. bei US-Konzernen ist, zeigt ein Papier der amerikanisch-niederländischen Handelskammer, das an den holländischen «Correspondent» gelangte: Mindestens 80 Prozent aller US-Investments in Holland laufen über ein solches Vehikel.

Das hat einen tieferen Grund. In den USA gilt für Multis eine Gewinnsteuer von 35 Prozent – kaum ein anderes westliches Land fordert so viel. Republikanische Politiker haben nun einen Plan lanciert, um die Steuern drastisch zu senken. Noch ist es nicht so weit, und um der Steuerpflicht auszuweichen, halten US-Konzerne Milliarden im Ausland zurück. Solange sie die Gelder nicht zurückführen, bleiben sie unbesteuert. Apple speichert unvorstellbare 246 Milliarden Dollar; bei

Nike sind es 12,2 Milliarden Dollar. Das Reservoir begann sich just in dem Jahr zu füllen, als die ersten Lizenzgebühren nach Bermuda flossen. Die Strategie scheint aufzugehen: Die Republikaner drängen auf eine Steuerrabatt-Aktion. Geplant ist, dass Multis Gewinne einmalig zu einem Satz von fünf bis zwölf Prozent in die USA transferieren können.

#### Schritt 6 Leiden, Holland

Es gibt nicht viele Spezialisten, welche die Geschichte des C.V.-Vehikels erklären können und bereit sind, mit Journalisten zu sprechen. Jan Vleggeert ist eine Ausnahme. Der 56-Jährige arbeitete früher bei PricewaterhouseCoopers als Steuerberater, heute ist er ausserordentlicher Professor für internationales Steuerrecht an der Universität Leiden.

«Holland hat historisch eine starke Steuerindustrie, ähnlich wie die Schweiz», sagt Vleggeert am Telefon. Auch in der Schweiz sind viele Prinzipalgesellschaften angesiedelt, es gibt auch Schweizer «Gewinnstaubsauger». Und da ist noch eine Parallele: Hier wie dort kommen Spezialregimes immer stärker unter Druck. Während die Schweiz als Antwort die – inzwischen gescheiterte – Unternehmenssteuerreform III lancierte, begann ein Tauziehen zwischen der EU und Holland um den C.V.-Kniff. Die Handelskammer, in deren Steuerausschuss Nikes Steuerdirektor für Westeuropa sitzt, lobbyierte bei der Regierung für den Beibehalt des Konstrukts.

Aber der Druck auf Holland lässt nicht nach. «Ich lehne die C.V.-Strukturen ab», sagt Jan Vleggeert. «Sie führen zu doppelter Nichtbesteuerung. Das ist die aggressivste Form der Steuerplanung.» Dazu komme, dass Multis gegenüber KMU bevorzugt würden. Für einen Konzern wie Nike sei es kein Problem, Marken in eine Spezialstruktur zu verschieben. «Der Laden an der Ecke kann sich das niemals leisten.»

Die Folgen dieses «hybrid mismatch» treffen zuerst die US-Zivilgesellschaft. Laut einer aktuellen Studie unter der Führung der amerikanischen Citizens for Tax Justice entgehen dem US-Fiskus jährlich rund 100 Milliarden Dollar durch Offshore-Steuervermeidung von Multis. «Jeder vermiedene Dollar muss durch höhere Steuern für Amerikaner, Abstriche bei Regierungsprogrammen oder durch höhere Schulden ausgeglichen werden», schreiben die Autoren.

Aber für Jan Vleggeert sind nicht nur US-Bürger betroffen: «Wir spüren den Effekt auch in Europa.» US-Konzerne hätten wegen des C.V.-Tricks einen zusätzlichen Anreiz, ihre europäischen Gewinne in einem Land zu konzentrieren, wo sich eine doppelte Nichtbesteuerung erzielen lasse. Dadurch schrumpfen Gewinne und Steuererträge in anderen Ländern – auch in der Schweiz. «Genau deswegen gibt es Beps», sagt Vleggeert.

Beps – bitte was?

### Schritt 7 Davos, Schweiz

Erfinder des Kürzels ist der französische OECD-Steuerfunktionär Pascal Saint-Amans, er hat das Kürzel an einer Sitzung 2012 in die Runde gerufen. Es steht für «Base Erosion and Profit Shifting» und umschreibt einen gigantischen Umbauplan, den G-20 und OECD lancierten, um aggressive Steuervermeidung von Multis zu stoppen. Die Schweiz ist mit an Bord – und krempelt nun ihr Steuerrecht nach Beps-Regeln um. Einer der 15 Aktionspläne richtet sich ausdrücklich gegen «hybrid mismatches», also auch gegen Nikes C.V.-Trick.

Wie viel Schub europäische Regierungen dem Thema gaben, zeigte das WEF 2013 in Davos. Der britische Premier David Cameron sagte damals am Rednerpult: «Businesses (...) need to wake up and smell the coffee.» Cameron spielte auf Starbucks an: Die Kaffee-Kette gehörte zu den ersten Multis, gegen welche die EU-Kommission wegen «illegaler Staatshilfen» ermittelte. Das heisst: Die EU will Holland zwingen, von Starbucks wegen unfairer Steuervorteile 20 bis 30 Millionen Euro Steuern nachzufordern. Camerons Satz war eine Drohung: Wer nicht mitspielt, zahlt.

Steht Nike nun ein Streit wie Starbucks bevor? In einem Aufsatz von 2016 schreibt Jan Vleggeert, er sehe in manchen Fällen des C.V.-Tricks eine illegale Staatshilfe. «Die Nike-Struktur ist der Starbucks-Struktur nicht unähnlich», sagt er. Der Professor vermutet aber, dass Nike von Ermittlungen verschont bleiben könnte: Im Februar 2017 haben die EU-Finanzminister beschlossen, den holländischen C.V.-Kniff zu unterbinden.

Voraussichtlich per 1. Januar 2020 wird Holland das Schlupfloch stopfen, durch das Nike Milliarden fliessen lässt.

Bedeutet dies das Ende für Nikes Steuertricks? Vleggeert sagt, ein kreativer Steuerberater werde neue Wege finden. Beps sei ein

Schritt vorwärts. «Aber ich unterliege nicht der Illusion, dass die Initiative aggressive Steuervermeidung von Multis vollständig beendet.»

Nike selbst antwortet nicht auf die Frage, weshalb der Konzern seine Brands in Steuervermeidungskonstrukte verschoben hat. Ein Sprecher schickt ein allgemeines Statement: «Nike hält sich vollumfänglich an die Steuergesetze. Wir stellen rigoros sicher, dass unsere Steuerdeklarationen mit der Realität unseres Geschäfts übereinstimmen sowie mit den Investments, die wir tätigen, und mit den Stellen, die wir schaffen.»

Das holländische Finanzministerium schreibt auf Anfrage, man könne sich zu einzelnen Steuerzahlern nicht äussern.

### Schritt 8 Lausanne, Schweiz

Den Schweizer, der den Mythos Nike wie kein anderer kennt, trifft man am besten in seinem Shop in Lausanne-Flon: Guillaume «Toto» Morand (54), Glatze, raues Lachen, ausgelatschte Nike Mayfly Wovens. Ihm gehört die Pomp-It-Up-Kette, in dessen Filiale der «Tages-Anzeiger» die Dualtone Racer kaufte. Morand war der Erste, der Nike in der Schweiz als Lifestyleprodukt vermarktete. 1992 begann er damit.

Elf Läden betreibt er heute. Nike ist sein wichtigster Lieferant, sein eigener Erfolg ist mit jenem des Swoosh verwoben, an einem guten Tag verkauft er pro Shop 50 Paare. Trotzdem sagt er: «Ich habe keine gute Beziehung zu Nike.»

Früher habe er eng mit den Schweizer Nike-Vertretern zusammengearbeitet. Heute habe er keinen Ansprechpartner mehr, die Mitarbeiter wechselten ständig. Seine Besuche im Showroom würden seltener, kürzlich sass Morand an seinem Rechner, um erstmals eine ganze Kollektion über die interne Serviceplattform Nike.net zu bestellen. «Nike will in Zukunft die Marge des Detailhandels. Sie brauchen uns nur noch als Showrooms. Kunden sollen über den eigenen Onlineshop bestellen.» Man könnte sagen: Die Zalandoisierung von Nike ist im Gang. Das Sneakerbusiness digitalisiert sich.

Das wird Folgen für Nikes Steuerrechnung haben, auch in der Schweiz. Wozu teure Zürcher Arbeitskräfte beschäftigen, wenn sich alles über das Netz aus Holland erledigen lässt?

Genau um diesen Punkt wird sich die nächste grosse Debatte drehen. Im September 2017 haben die EU-Finanzminister an einem Treffen in Estlands Hauptstadt Tallinn eine Initiative zum Umbau der Besteuerung der «Digital Economy» lanciert. Eine der Ideen: Umsatz statt Gewinn besteuern. «Wir sind der Meinung, dass auch im digitalen Sektor die geschuldeten Steuern zu bezahlen sind, sei es on- oder offline», sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Ein Plan soll nächstes Jahr vorliegen. Wer darüber mit Spezialisten spricht, hört vor allem Fragen: Kündigt sich eine Steuerrevolution an? Was genau ist die «Digital Economy»? Und: Gehört ein Sportkonzern wie Nike dazu?

Morand ist eher der analoge Typ. Seine Verkäuferinnen und Verkäufer schreiben Kassenzettel von Hand, er ist stolz darauf, in seinem Geschäft keinen Informatiker zu beschäftigen. Auf der Schachtel der gekauften Dualtone Racers klebt kein Pomp-It-Up-Strichcode – die Shopmitarbeiter führen die Verkaufstatistik à la main. «Ich schaue ins Lager, wenn ich ein Gefühl dafür bekommen will, was läuft», sagt Morand. Als der «Tages-Anzeiger» ihm Nikes Steuerstrategie erläutert, grinst er. «Écoute, das überrascht mich nicht. Sie pressen die Zitrone aus.»

*Mitarbeit: Simon Bowers, Karlijn Kuijpers*



Raisa Durandi

---

## Beps und die Schweiz

### *Massive Umbauten am Steuersystem*

Das Beps-Projekt («Base Erosion and Profit Shifting») führt auch in der Schweiz zu massiven Umbauten am Steuersystem. Hinter dem Kürzel verbirgt sich ein 15-teiliger Aktionsplan der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), publiziert im Oktober 2015. Ziel ist es, zu verhindern, dass multinationale Unternehmen ihre Gewinne ganz oder teilweise der Besteuerung entziehen. Konzerne sollen dort Steuern zahlen, wo sie tatsächlich aktiv sind und Gewinne erzielen. Das wichtigste Werkzeug ist Transparenz. So müssen

Konzerne mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro künftig ihre Einnahmen den Steuerbehörden pro Land angeben. Für Schweizer Konzerne läuft dieses «country-by-country-reporting» voraussichtlich ab Steuerjahr 2018, es gilt eine Untergrenze von 900 Millionen Franken. Die Umsetzung der neuen Standards ist noch in vollem Gang – auch die Steuervorlage 17, die Nachfolge-reform der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III, enthält Beps-Elemente.

(ms) ms / Stäuble Mario

Der  
**Zürcher Journalistenpreis 2018**

wird

**William Stern**

für seinen Artikel

**Herr Lötscher hat Angst – der Kampf eines Luzerner  
Rentners gegen die Burka**

erschienen auf watson am 20. Oktober 2017


verliehen.

Zürich, 15. Mai 2018


Die Jury:



Hansi Voigt



Hannes Britschgi



Susan Boos



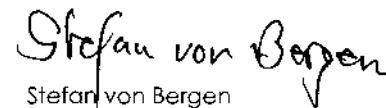
Lisa Feldmann



Alain Zucker



Nina Jecker



Stefan von Bergen





## William Stern

Seit Herbst 2014 beim Newsportal Watson. Zu Beginn als Praktikant am Newsdesk, mittlerweile mit einer 50-Prozent-Anstellung als Reporter, nebenher als freischaffender Journalist und Korrektor tätig. Vorher Praktikum beim Tachles-Wochenmagazin und Studium in Politologie und Recht im Bachelor an der Universität Zürich. Nebenbei als Blogger für NZZ Campus gearbeitet. In Männedorf aufgewachsen, seit zehn Jahren in Zürich wohnhaft.

Laudatio für William Stern  
von *Nina Jecker*

Ich kenne Erwin Lötscher nicht. Hatte weder privat noch beruflich je Kontakt zu dem 74-jährigen Luzerner. Und doch glaube ich, viel über ihn zu wissen. Dass er Mausefallen aufstellt und akribisch notiert, wann und wo ein Mäuschen in eine getappt ist. Dass er die Reste seiner Mahlzeiten aufhebt, um sie später wieder aufzuwärmen. Ich kenne das Muster des Tischtuchs in seiner Küche und die Todesursache seiner Frau. Ich weiss, dass Erwin Lötscher sich handschriftlich notiert, was er am Islam nicht mag. Auf seinem karierten Block. In seinem Text «Herr Lötscher hat Angst» gelingt es Watson-Redaktor William Stern diese und viele weitere Puzzlesteine zu einem Portrait zusammenzusetzen. Einem Portrait, das dem Leser das Gefühl gibt, den Rentner, der auf eigene Faust fast 10 000 Unterschriften für die Burka-Initiative gesammelt hat, zu kennen – mehr noch, ihn fast ein bisschen zu verstehen.

Es wäre so einfach gewesen Erwin Lötscher als grantigen, alten Wutbürger in die Pfanne zu hauen. Den Mann, der Angst vor Burkas hat, obwohl er erst einmal in seinem Leben eine gesehen hat. Der das Fremde fürchtet, derweil in seinem Leben alles den gewohnten Trott geht. Aber der Journalist William Stern hat sich dazu entschieden, fair zu bleiben. Und es ist ihm gelungen. Mit einem messerscharfen und dennoch fast liebevollen Blick hat er unzählige Details rund um Erwin Lötscher erfasst. Hat sich teilweise, auch über Zitate hinaus, dessen Sprache bedient – gopferdellicheibnomal. Das Resultat ist ein derart feines, lebendiges und unterhaltsames Portrait, wie man es nicht oft zu lesen bekommt.

Dass mit «Herr Lötscher hat Angst» ein Text ausgezeichnet wird, der in einem Online-Medium erschienen ist, passt nicht nur gut zum neu lancierten Newcomerpreis. Es freut mich auch persönlich sehr. Denn viel zu selten bleibt Online-Journalisten die Zeit, um an einem Text noch ein wenig länger zu feilen. Oder gute Artikel gehen unter im Informationstsunami des Internets. Weil der Titel kein sexy Schlagwort enthält. Oder beim besten Willen kein Katzenvideo zum Thema passt.

Wer von Ihnen den heute ausgezeichneten Text aus diesen oder anderen Gründen noch nicht angeklickt hat, sollte es nachholen. Und es lohnt sich, ihn nicht nur rasch am Smartphone zu überfliegen, wie wir es so oft tun, sondern sich damit gemütlich irgendwo hinzusetzen. Versprochen. Gopferdellicheibnomal.

# Herr Löttscher hat Angst – der Kampf eines Luzerner Rentners gegen die Burka

Erschienen am 20. Oktober 2017

*Rentner Erwin Löttscher sieht sich selber als Winkelried im Kampf gegen ein Kleidungsstück, das die Schweiz zu spalten droht. Der 74-jährige Luzerner hat im Alleingang fast 10 000 Unterschriften für die Burkaverbotsinitiative gesammelt. Besuch bei einem Wütenden.*

Von William Stern

Heute waren die Fallen leer. Erwin Löttscher richtet sie jeden Tag, eine nahe beim Gartenbeet, wo Kartoffeln, Zuckerhut und Tomatenstauden wachsen, eine beim Aufgang zum Vorplatz. 24. Juni: 1 Hausmaus, 2. Juli: 1 Spitzmaus, 13. Juli: 2 Schwarzmäuse, 3. August: 1 Feldmaus – akribisch notiert der 74-Jährige, wann und wo er die Mäuse gefangen hat.

Erwin Löttscher ist vielleicht gerade der bekannteste Rentner der Schweiz. Er war im «Blick», wurde von «La Liberté» porträtiert, hatte einen Auftritt in einem SRF-Dokfilm und wurde in der SVP-Hauspostille «Schweizerzeit» verewigt.

Die Zahl, die seinen Ruhm begründete, kann er rückwärts im Schlaf aufsagen: 9638. So viele Unterschriften hatte Löttscher für die Burka-Initiative des Egerkinger Komitees gesammelt. Vom 5. April 2016 bis zum 10. September 2017 fuhr Löttscher mit seinem Toyota Yaris Hunderte Schneisen in die Zentralschweiz. Herzogenbuchsee bis Mettmenstetten auf der Ost-West-Achse, Schwarzenberg bis Reinach auf der Nord-Süd-Achse. 3607 Kilometer. Ein Einzugsgebiet von knapp 800 000 Menschen. Zweimal die Stadt Zürich.

Löttscher machte unbewusst das, wovon Städter, Journalisten, Architekten, Landschaftsgestalter, Städteplaner, Zukunftsforscher, liberale und linke Politiker in letzter Zeit so oft ehrfürchtig raunen: Er fuhr ins Land und sprach mit den Leuten. Einfach so.

Willisau LU. An der Tankstelle vorbei, im grossen Kreis die erste Ausfahrt rechts, an der zweiten Kreuzung links; danach immer links halten, sonst landen Sie in der Altstadt. Rechts sollte jetzt die Apotheke auftauchen, linkerhand die Kirche, süüferli das Steuerrad nach links halten, dann gleitig wieder rechts abbiegen, aber nicht allzu scharf, sonst



Erwin Löttscher vor seinem Haus.

watson

geht's hoch zum Bleikiwald. Noch 300 Meter, immer geradeaus, die Garage lassen Sie links liegen, dann sollten Sie mich sehen, ich stehe im Garten, die Harke in der Hand und schaue den Autos nach, hinter mir eine grosse Schweizer Fahne, die einzige hier am Platz. Hier wohne ich, Erwin Löttscher. Herzlich willkommen im Schweizerdurchschnitt.

## Munition gegen die Islamisierung

Wahrscheinlich müssten die Politiker und Politologen, die Geisteswissenschaftler und Historiker, die an der Seele des Schweizlers in der jüngeren Vergangenheit regelmässig zweifeln, einfach mal zu Löttscher nach Willisau fahren. Der pensionierte Gabelstaplerfahrer ist ein lebendiges Umfrageinstitut. 20 000 Leute hat er in den letzten eineinhalb Jahren befragt. Löttscher war auf dem Chäs-mart in Hutten, im Sport-Rock Hergiswil, am

Motocross-Treff in Grosswangen und auf dem Biomarkt in Zofingen. Er war an der grossen Badenfahrt und an der Pferdeschau in Sempach, am Summermärit in Sumiswald und beim Ländlerabend in Trubschachen.

Bei Wind und Regen, beim schlimmsten Souwetter, und bei Bruthitze und sengender Sonne schlich Löttscher durch Menschenmassen, tastete sich an Stammtische heran und hielt sich von Uniformierten fern – auf öffentlichem Grund ist es ja so eine Sache mit dem Unterschriftensammeln. In der Hand immer den abgewetzten weissen Plastiksack («Schwarzenegger – Textilwäsche für die ganze Familie»), darin ein weiterer Plastiksack, darin Hunderte Unterschriften-Bögen, kilowise Munition in der Abwehrschlacht gegen die angebliche Islamisierung der Schweiz.

50 Prozent haben ihn zum Teufel gejagt, sagt Löttscher, Linke und FDP-Leute, vor allem;

das habe ihm dann schüli weh getan, die anderen 50 Prozent aber, die haben ihm «aus der Hand gefressen». Schelmisches Lächeln. Lötscher hat die Begegnungen mit den Menschen tief im Gedächtnis abgespeichert. Sie sind für den 74-Jährigen der letzte Beweis dafür, dass die Burka, «dieser eklige Stofffetzen», keinen Platz hat in diesem Land.

Er erzählt von dem ägyptischen Ehepaar, eingebürgert seit mehreren Jahrzehnten, das eine Arztpraxis in der Gegend führt und ihn regelrecht «aufgefressen» hatte: im positiven Sinn. «Die Burka, sagten sie mir, sei ein Unterdrückungsobjekt, sie seien nicht aus Ägypten in die Schweiz gekommen, um hier die Islamisierung mitzuerleben. Rüdiger scharf waren die auf die Initiative.» Oder die Frau eines Maschineningenieurs, der in den 80er-Jahren im Irak gearbeitet hat: «Eine blonde Frau, nicht mehr ganz jung, sie kam auf mich zu, und ich sagte zu mir: Oh oh, Lötscher, die führt nichts Gutes im Schild. Dann aber erzählte sie mir, dass sie in den 80er-Jahren einmal ihren Mann im Nahen Osten besucht hatte. «Mal schauen, ob man dort leben kann.» Weil sie sich weigerte, ein Kopftuch anzuziehen, wurde sie von dem Saupack mit schwarzer Farbe übergossen.» Oder die junge Frau, die ihm sagte, dass sie am liebsten am Zoll arbeiten würde, damit sie den Islamfrauen den «Hudel vode Schnorre rüsse chan».

### Schüüfeli mit Sauerkraut und Kartoffeln

Punkt 6.30 Uhr klingelt der Wecker. Manchmal wacht Lötscher aber auch früher auf. Heute zum Beispiel, da träumte ihm, dass die Heizung rinnt. Zwei Minuten vor halb sieben stand er hellwach im Bett. Tatsächlich leckte die Heizung. Seltsam, diese innere Uhr. Dann geht's zum Kontrollgang rund ums Haus, im Briefkasten liegen die Post und der «Blick». Frühstück, Dreiviertelstunde, dann Rasieren, Waschen, sotigs Züg. Halb 11, manchmal kommt dann ein Telefon, dann ist der ganze Zeitplan über den Haufen geworfen.

Heute blieb das Telefon stumm, Lötscher stellte das Zmittag bereit, Resten von gestern, es gibt Schüüfeli mit Sauerkraut und Kartoffeln. Während des Unterschriftensammelns hat er manchmal vergessen, Zmittag zu essen. Acht Kilo weniger hat die Waage am Schluss angezeigt.

### Zum 3. Mal arbeitslos

Am 10. September, als Erwin Lötscher zusammen mit den Leuten vom Egerkinger Komitee – Walter Wobmann, Anian Liebrand, Naveen Hofstetter – vor dem Bundeshaus die Burkaverbots-Initiative einreichte und mit seinem selbstgebastelten Schild («9638 Unterschriften gesammelt») um den Hals wie ein geistig verwirrter Prediger aussah, ist Lötscher ein drittes Mal arbeitslos geworden. Das erste Mal war bei seiner Pensionierung, 2008.

Die Geistlich AG – «Unser Credo heisst Vertrauen» – hatte keine Verwendung mehr für den alten Mann, der in 30 Jahren in allen

Funktionen für die Firma tätig war: Gabelstaplerfahrer, interner Pöstler, Knochensäger – «Den Lötscher konnte man überall gebrauchen.» Stolz schwingt mit in der Stimme des alten Mannes.

Vor etwas mehr als einem Jahr wurde er ein zweites Mal arbeitslos. Seine Frau, verheiratet seit den 70er-Jahren, eine blonde Schönheit, toupiertes Haar, jahrelang im Service tätig, dem Alkohol nicht abgeneigt, starb im März 2016. Leberzirrhose. Teufelszeug. Zuvor kümmerte sich der Pensionär während Jahren um seine Frau, nachdem sie mehrere Schlägli im Kleinhirn erlitten hatte. Lötscher seufzt, joaa, so war das.

Jetzt poltert Lötscher mit der Faust auf den Tisch. Das ausgebleichte Plastiktischtuch mit den fahlpinken Rosenstauden verrutscht, die Sehnenscheidenentzündung, die er sich beim Jäten holte, ist vergessen. Lötscher, unter setzt, knapp 1,70 gross, vierschrötig, will jetzt laut werden. Man sieht ihm den ehemaligen Bauern an. Herr Lötscher, haben Sie schon mal eine Burka gesehen, in echt?

Herrgottsternechaib, spielt es eine Rolle, ob der Lötscher schon mal eine Burka gesehen hat, in echt? Er sieht sie ja täglich im Fernsehen, er sieht sie im «Blick», wenn Nora Illi dort wieder einmal über die schikanöse Behandlung ihrer Salafisten-Truppe durch die Behörden lamentieren darf. Und ja, er hat natürlich schon einmal eine Burka gesehen, letztens nämlich, da fuhr er bei Merlischachen an einem Aussichtspunkt vorbei, da standen zwei Verhüllte neben ihrem Auto. Ein Mann



Erwin Lötscher in seinem Wohnzimmer bei der Morgenlektüre

watson

aber sei weit und breit nicht zu sehen gewesen, keine Spur, das heisse ja, huere cheibegfutz, dass die Frauen selber autofahren! Mit dem Schleier! Gefährlich sei das, jawoll.

### Zu viele Menschen in der Schweiz

Lötscher hat auf einem linierten Papierblock notiert, was ihm nicht gefällt am Islam. Es ist eine lange Liste. Sieben Seiten, dicht beschrieben. Wenn er im Gespräch nicht mehr weiter weiss, konsultiert er sie. Er schiebt dann die Hornbrille etwas näher an die Augen, hält den Block fest in den Händen mit den schwieligen Fingern und liest in holprigem Deutsch: «Nur die SVP macht etwas gegen die Islamisierung der Schweiz – deshalb: Burka-Verbot.» Oder: «Die Personenfreizügigkeit hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen ins Land kommen. Diese brauchen Platz und Wohnungen. Das Kulturland verschwindet. Darum: PFZ Nein!.»

Es gibt aber auch noch eine andere, eine persönlichere Erzählung, warum Lötscher den Islam, den er auf der ersten Silbe betont, nicht mag, und sie hat nicht allzu viel mit dieser Religion zu tun. In dieser Erzählung ist Geschichte linear und die Schweiz bald ein dunkler Ort. In den Strassen schwarze Gewänder, in den Häusern flackernde Lichter. Der Strom aus dem Ausland nimmt zu und der Strom in den hiesigen Leitungen ab. «Es ist doch sonnenklar, dass die Schweiz nicht alle aufnehmen kann, z'vil isch z'vil!»

In dieser Erzählung ist nicht mehr vom

Muslim die Rede, sondern vom Ausländer, der bald einmal zum Fremden wird und schliesslich zum anderen. Es geht vom Grossen ins Kleine, und am Schluss wäre wohl auch der Nachbar aus Ettiswil einer z'vil in Willisau. Lötscher malt düstere Zukunftsvisionen in die kleine gekachelte Küche mit der hölzernen Eckbank. Es sind die gleichen Dystopien, die das Komitee «Energiegesetz Nein» bei der letzten Energieabstimmung in eine Broschüre gepackt hatte: Da werden Fussballspiele wegen Strommangel abgesagt, Staubsaugen ist nur noch bei Sonnenschein erlaubt und Bananen werden gleich ganz verboten.

«Der Wohlstand», sagt Lötscher, «ist viel zu hoch» und meint damit den Wohlstand der anderen. Ihm selber gehe es gut, moll, noch, er habe sich schliesslich immer eingeschränkt, sein Leben lang. Wenn nun die anderen aber kommen und immer nur fordern, fordern, fordern, dann reiche es eben nicht, «dann wollen die bald auch noch, dass ich am Abend den Fernseher früher ausschalte», Gopfertelcheibnomal.

Lötscher, Jahrgang 43, ist ein Kind der Nachkriegszeit. Als er zur Welt kam, lag zwar halb Europa in Trümmern, aber die Gefahr des Faschismus schien ein für alle mal gebannt. Die Zukunft lag vor einem und sie konnte nur besser werden als die zerbombte Vergangenheit und die staubgraue Gegenwart. Die Politiker und die Arbeitgeber und die Werbeleute riefen es in die Mittelstands-Wohnzimmer dieses Kontinents: «Arbeite hart, dann lebst du gut.»

Lötscher ist dem Ruf gefolgt, er hat ein Leben lang geschuftet, trotz Hohlfuss und Speichfuss und Hallux, hat geknuppelt und gebügelt und geackert, stand so lange ohne Gehörschutz an der elektrischen Knochensäge, dass es ihm heute in den Ohren pfeift. Er radelte mit seinem alten Pöstlerad dem Versprechen des Wirtschaftswunders hinterher und kam ihm so einige Mal recht nahe. Zum Beispiel, als er mit dem Geld der Eltern ein Einfamilienhaus kaufte. Oder als er sich in den 70er-Jahren sein eigenes Häuschen baute, in dem er jetzt noch wohnt. Den ganzen Winter '73 durch stand er auf der Baustelle, alles eigenhändig hochgezogen.

Aber Lötscher weiss auch: Wenn er heute noch einmal jung wäre, dann würde es ihm nicht mehr so gut gehen.

Vielleicht ist Lötschers Aufblehnen

gegen die Zukunft seine Art, Solidarität zu zeigen mit der nachfolgenden Generation.

### Austritt aus der Kirche

Lötscher, der alte Mann aus dem Napfgebiet, ist auch eine Uhr, ein Geschichtsbuch, ein Gradmesser für die Veränderung der Region. Diese Uhr ist stehengeblieben. Lötschers Heimat ist nicht in Gefahr, Willisau sieht – abgesehen von den drei Eritreern, die am Mittag durchs Dorf schlendern – so aus wie vor 25 Jahren. Die Schnuddergoofe und Schnuddermeitschi, die schnäderfräsigen, die schon am frühen Abend mit der Bierflasche in der Hand am Dorfplatz blaaged, und über die sich Lötscher so masslos ärgert, gab es auch schon in den 80ern.

Noch lässt man die Kirche im Dorf, noch regiert hier, im Stammland der Katholiken, die Hüterin der Werte, die CVP. Solide 44 Prozent gab es bei den letzten Wahlen, zweitstärkste Partei ist die FDP, dann kommt die SVP. Lötscher hat früher auch CVP gestimmt, «weil's der Vater so gemacht hat», aber seitdem die Kirche in Frick ihr Kreuz zugedeckt hat, aus Angst, religiöse Gefühle der Nichtkatholiken zu verletzen, wie Lötscher weiss, kann ihm die Kirche gestohlen bleiben. Spart er halt Steuern, ja nu. Hätte er schon viel früher machen müssen, eigentlich.

### Ein anderer Herr Lötscher

Drei Tage später. Telefon von Lötscher. Der Mann brüllt in den Hörer, wie es nur alte Männer machen. Man weiss ja nie, was unterwegs verloren gehen könnte, und Lötscher hat etwas zu sagen. Er tönt jetzt anders, aufgebracht, aggressiver, unbarmherziger; das langgezogene Buuretütsch-«joaaa», mit dem er seine Sätze sonst abschliesst, und mit dem er den härtesten Beleidigungen ein Versöhnungsangebot hinterherschickt, fehlt.

Lötscher sagt Dinge, die an der Grenze des Justiziablen liegen, er wettet durchs Telefon, dass alle kuschten, der Bundesrat, die linken Saucheiben, die Amerikaner, und am Schluss komme dann eben halt das Handabhacken. Nur er, der Lötschererwin aus Willisau, rede. «Ich redel!»

Wieso tönen Sie jetzt plötzlich so, Herr Lötscher? Lötscher fährt runter, wird kleinlaut, der Heizkessel müsse entrusst werden, da komme ihm halt gäng anderes in den Sinn.

Kann er verstehen, dass er mit seinem



Propagandamaterial in Lötschers Reduit

watson

Kampf gegen die Burka den Leuten Angst macht?  
Lötscher versteht die Frage nicht, es ist ja  
gerade umgekehrt, der Islam macht ihm Angst.

Sind Sie eigentlich ein Rassist, Herr  
Lötscher? Man darf ihn das fragen, es folgt  
keine entrüstete Reaktion. «Neineineinei, gar  
nöd.» Er wolle nur ein bisschen Sorge tragen  
zur Schweiz, «damit es ist, wie's sött si, wie ich's  
wött.»

Vielleicht ist es so: Wenn der Heizkessel russt,  
wenn die Mäuse nicht in den Fallen zappeln,  
sondern sich an den Salatblättern vergehen,  
dann ist Feuer unterm Dach, dann bläst  
Lötscher zum Halali. Sonst ist er einfach ein  
knorriger alter Mann mit sehr, sehr konser-  
vativen Ansichten.

### Hier in der Schweiz

Wir stehen vor seinem Haus, Lötscher, die rot  
geäderten Hände auf das Holzgeländer  
gestützt, überblickt sein kleines Reich. Fünf  
Reihen Kartoffeln, Salate und Tomaten,  
dahinter die Quartierstrasse, dahinter eine Reihe  
Einfamilienhäuser, dahinter der Schlossfeld-  
hügel mit dem kleinen Schulhaus obendrauf.  
Rechts geht es ins Dorf, links in eine Sack-  
gasse. Die Herbstsonne taucht das Napfgebiet  
in eine schläfrige Mittagsruhe.

Lötscher ist 74, er wird die Islamisierung,  
von der er sich so sehr fürchtet, nicht mehr  
erleben, er hat keine Kinder, keine Nachkommen.  
Seine Kassettensammlung – Andy Borg,  
Andreas Hauff, Austria Fredy – will er dem Re-  
porter vererben. Was treibt diesen Mann an?

Lötscher schweigt lange. Letztens, da habe  
er seinem Schwager gesagt: «Los, Toni, das  
mit der Burka ist der letzte Bock, den ich raus-  
lasse. Jetzt mag ich nicht mehr.»

Und dann sagt Lötscher noch diesen Satz,  
den man immer öfter hört in diesem Land,  
meist von denen, die ohnehin schon laut sind:  
«Eines will ich ja sagen, wir sind freie Schwei-  
zer, wir leben in einem freien Land, wir dürfen  
ja wohl noch den Mund aufmachen.»

«Ja, wo sind wir denn hier?!»

Wo wir hier sind? In der Schweiz natürlich.  
Hinter uns weht der Stofffetzen mit dem weis-  
sen Kreuz auf rotem Grund sanft im Wind.

# Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger

1981

Hugo Bütler, Peter Frey, Urs P. Gasche

1982

Caroline Ratz, Jonn Häberli, Wilfried Maurer,  
Hans Moser, Edmund Ziegler

1983

Andreas Kohlschütter, Gisela Blau,  
Gottlieb F. Höpli, Peter Meier

1984

Dieter Bachmann, Georg Gerster,  
Anna-Christina Gabathuler

1985

Margrit Sprecher, Herbert Cerutti,  
Arthur K. Vogel

1986

Markus Mäder, Verena Eggmann, Hans Caprez  
Klaus Vieli, Benedikt Loderer

1987

Christian Speich, Jürg Frischknecht,  
Martin Born

1988

Werner Catrina, Barbara Vonarburg,  
Christoph Neidhart

1989

Beat Allenbach, Hansjörg Utz, Rolf Wespe  
Alois Bischof, Niklaus Meienberg, Jürg Rohrer

1990

Ursula Binggeli, Colomba Feuerstein,  
Urs Haldimann, Toni Lanzendörfer,  
Josef Rennhard, Al Imfeld, Stefan Keller  
Hedi Wyss, Hanspeter Bundi

1991

Peter Hufschmid, Christoph Keller,  
Christina Karrer, Ernst Hunziker,  
Guerino Mazzola, Isolde Schaad

1992

Hans Caprez, Christine Fivian-Isliker,  
Erwin Koch, Patrik Landolt, Linus Reichlin,  
Mix Weiss, Nadia Bindellam, Regula Heusser  
(Swissair-Preis)

1993

Thomas Burla, Antonio Cortesi, Sepp Moser,  
Kaspar Schnetzler, Walter Sturzenegger,  
Barbara Suter, Edith Zweifel, Peter Pfrunder  
(Swissair-Preis)

1994

Herbert Fischer, Peter Haffner, Stefan Keller,  
Willi Wottreng, Brigitte Hürlimann (Swissair-  
Preis), Giorgio von Arb (Swissair-Preis)

1995

Erwin Haas, Erwin Koch, Herbert Cerutti,  
Regula Heusser-Markun, Richard Stoffel,  
Martin Frischknecht (Swissair-Preis)

1996

Irène Dietschi, Lukas Lessing (Text),  
Ute Mahler (Bild), Bernard Senn,  
Ronald Sonderegger, Peer Teuwsen (Text),  
Reto Klink (Bild), Peter Sidler (Text) (Swissair-  
Preis), Daniel Schwartz (Bild) (Swissairpreis)

1997

Pia Horlacher, Thomas Meister, Bruno Ziaud-  
din, Finn Canonica (Swissair-Preis)

1998

Fredi Lerch, Christoph Keller,  
Christoph Neidhart, Alfred Schlienger,  
Peter Haffner (Swissair-Preis)

1999

Daniel Ganzfried, Brigitte Hürlimann,  
Beat Kappeler, Bernhard Raos, Urs Rauber  
Werner Lüdi (Swissair-Preis)

2000

Beat Kraushaar, Martin Meier, Irena Brezná,  
Nicole Müller, Richard Reich, Miklós Gimes  
(Swissair-Preis)

---

2001

Martin Beglinger, Alexej Djomin, Andri Bryner,  
Lisbeth Herger, Rahel Stauber, Urs Rauber,  
Oswald Iten (Swissair-Preis)

---

2002

Jürg Ramspeck (Gesamtwerk), Jürg Rohrer  
(Alltag/Kleine Form), Arthur Rutishauser,  
Patrik Landolt, Stephan Ramming,  
Anna Schindler, Georg Seesslen, Ursula von  
Arx, Peter Ackermann

---

2003

Margrit Sprecher (Gesamtwerk),  
Daniel Germann (Alltag/Kleine Form),  
Michael Marti, Bernhard Odehnal,  
Cornelia Kazis, René Staubli

---

2004

NZZ Auslandredaktion (Gesamtwerk),  
Daniele Muscionico (Alltag/Kleine Form),  
Bruno Vanoni, Andreas Schürer,  
Markus Schneider, Jean-Martin Büttner

---

2005

Manfred Papst (Alltag/Kleine Form),  
Thomas Angeli, Daniel Benz,  
Rico Czerwinski, Nico Renner, Meinrad Ballmer,  
Marco Zanchi

---

2006

Peter Baumgartner (Gesamtwerk),  
René Brunner (Alltag/Kleine Form),  
Peer Teuwsen, Karin Wenger,  
Christoph Scheuring, Hansi Voigt,  
Ursula Gabathuler

---

2007

Karl Lüönd (Gesamtwerk),  
Charlotte Jacquemart, Daniel Hug,  
Bruno Ziauddin, Christian Schmidt,  
Gabrielle Kleinert, Marcel Hänggi

---

2008

Rainer Stadler (Gesamtwerk), Constantin Seibt  
(Zeitung), Anja Jardine (Zeitschrift), Daniel  
Ryser (Nachwuchs)

---

2009

Bernard Imhasly (Gesamtwerk), Catherine Boss,  
Martin Stoll, Karl Wild (Zeitung), Roland Bingis-  
ser (Zeitschrift), Dinu Gautier (Nachwuchs)

---

2010

Balz Bruppacher (Gesamtwerk), Viktor Dam-  
mann (Zeitung), Mathias Ninck (Zeitschrift),  
Christian Kündig und Lukas Messmer (Nach-  
wuchs)

---

2011

Michael Meier (Gesamtwerk),  
Dagmar Appelt, Katharina Baumann (Zeitung),  
Otto Hostettler, Dominique Strebel (Zeitschrift),  
Maurice Thiriet (Nachwuchs)

---

2012

Gion Mathias Cavelty (Zeitung),  
Daniel Ammann (Zeitschrift), Julia Hofer  
(Zeitschrift), Joel Bedetti (Nachwuchs)

---

2013

Köbi Gantenbein (Gesamtwerk),  
Rico Czerwinski, Iwan Städler, Susi Stühlinger

---

2014

Frank A. Meyer (Gesamtwerk), Simone Rau,  
Mark Dittli, Alex Baur

---

2015

Arnold Hottinger (Gesamtwerk), Andrea Jeska,  
Christian Brönnimann, Manuel Bühlmann,  
Oliver Wietlisbach

---

2016

Felix E. Müller (Gesamtwerk), Paula Scheidt,  
Markus Häfliger, Thomas Preusse, Daniel Puntas  
Bernet, Federico Franchini, Hannes Grassegger

---

2017

Rita Flubacher (Gesamtwerk),  
Anja Jardine, Claudia Senn, Daniel Ryser

---









# Dank für Unterstützung und Spenden

Wir danken der Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich, für den Druck dieser Broschüre.

Folgende Firmen und Organisationen (gestaffelt nach Höhe der Beiträge) haben die Ausrichtung der diesjährigen Preisgelder in verdankenswerter Weise ermöglicht:



**JTI**  
Goldsponsor



**Google**  
Silbersponsor



**Clinic Utoquai**  
Bronzesponsor



**Ikea**  
Sponsor Newcomer-Preis

UBS

Tamedia

SIX

Ringier

Somedia

Graubündner Kantonalbank

Credit Suisse

Raiffeisen Schweiz

Basler Zeitung

Neue Zürcher Zeitung

Die Weltwoche

Axa Winterthur

Johann-Jacob-Rieter-Stiftung

Bank Vontobel

Lindt & Sprüngli

Keystone

Bank Julius Bär

Hirzel.Nef.Schmid.Konsulenten

UPC

Zürcher Presseverein

WOZ Die Wochenzeitung

Schweizer Journalist

Zürcher Kantonalbank

Hoffmann-La Roche

Novartis International AG

Syngenta International

Verband Schweizer Medien

Dr. Björn Johansson

## Impressum

### Herausgeberin

Stiftung Zürcher Journalistenpreis  
Rainstrasse 24  
8104 Weiningen  
T 044 750 29 68  
info@zh-journalistenpreis.ch  
www.zh-journalistenpreis.ch

### Bankverbindung

UBS AG  
8098 Zürich  
IBAN CH44 0023 0230 2082 4140 J

### Redaktion

Rainer Stadler

### Satz und Druck

Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich



Stiftung Zürcher Journalistenpreis  
Rainstrasse 24  
8104 Weiningen  
T 044 750 29 68  
[info@zh-journalistenpreis.ch](mailto:info@zh-journalistenpreis.ch)  
[www.zh-journalistenpreis.ch](http://www.zh-journalistenpreis.ch)